

Tobias Kindler

# Sozialarbeitspolitik

Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von  
Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz

Master-Thesis des Kooperationsstudiengangs Master of Science in Sozialer Arbeit  
der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich  
Januar 2019



Sozialwissenschaftlicher Fachverlag Edition Soziothek

Edition Soziothek  
c/o Berner Fachhochschule BFH  
Soziale Arbeit  
Hallerstrasse 10  
3012 Bern  
www.soziothek.ch

Tobias Kindler: Sozialarbeitspolitik. Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz

ISBN 978-3-03796-719-5

Schriftenreihe Master-Thesen des Kooperationsstudiengangs Master of Science in Sozialer Arbeit der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich

In dieser Schriftenreihe werden Master-Thesen von Studierenden des Kooperationsstudiengangs Master of Science in Sozialer Arbeit der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich publiziert, die mit Bestnote beurteilt und zur Publikation empfohlen wurden.



Dieses Werk wurde unter einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht.

Lizenz: CC-BY-NC-ND 4.0

Weitere Informationen: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Sie dürfen:

Teilen – das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung – Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Nicht kommerziell – Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke nutzen.

Keine Bearbeitungen – Wenn Sie das Material remixen, verändern oder darauf anderweitig direkt aufbauen, dürfen Sie die bearbeitete Fassung des Materials nicht verbreiten.

Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.

Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte nach Schweizer Recht unberührt.

---

**Eine empirische Untersuchung  
der politischen Aktivität von  
Fachpersonen der Sozialen  
Arbeit in der Schweiz**

# **Sozial arbeits politik**

**Tobias Kindler**

---

# **Sozial arbeits politik**

# **Sozial arbeits politik**

## **Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz.**

### **Masterthesis von**

tobiaskindler@icloud.com

Tobias Kindler (Studienbeginn HS15)

Master in Sozialer Arbeit Bern | Luzern | St.Gallen | Zürich

### **Begleitet von**

Prof. Dr. phil. habil. Christian Reutlinger,  
Professor an der Fachhochschule St. Gallen,  
Fachbereich Soziale Arbeit

### **Abgegeben**

am 3. Januar 2019 an der BFH in Bern

### **Zeichenzahl**

177'103 (inkl. Leerzeichen, exkl. Inhalts- und  
Literaturverzeichnis, Tabellen und Abbildungen)

### **Zitationsvorschlag**

Kindler, Tobias (2019): *Sozialarbeitspolitik. Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz* (Masterthesis). St.Gallen: FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften

## ABSTRACT

Die vorliegende Masterthesis befasst sich mit der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz. Ausgehend von der Feststellung, dass im deutschsprachigen Fachdiskurs zwar viel zum Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Politik diskutiert, jedoch kaum geforscht wird, verfolgt diese Arbeit das Ziel, erste Grundlagen für eine stärker empirisch gestützte Diskussion zu schaffen. Die dieser Studie zugrundeliegenden empirischen Daten wurden im Jahr 2018 mittels einer Online-Umfrage erhoben, an der sich 1815 Sozialarbeitende aus allen Kantonen der Schweiz beteiligten. Die Untersuchung orientiert sich an den folgenden Hauptfragestellungen: (1) *In welchem Ausmass sind Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz politisch aktiv?* (2) *Welche Faktoren fördern die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz?* In der deskriptiven Auswertung zeigt sich eine eher geringe politische Aktivität, die jedoch im Vergleich mit der Schweizer Gesamtbevölkerung als durchschnittlich einzuordnen ist. In der hypothesenprüfenden Auswertung können die folgenden sechs Haupteinflussfaktoren auf politische Aktivität identifiziert werden: (1) Politikinteresse, (2) Anzahl Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken, (3) interne politische Wirksamkeit, (4) Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit sowie (5) Stärke der Parteipräferenz und (6) Stärke der Links-Rechts-Einordnung. Aus den Ergebnissen werden Empfehlungen für Praxis und Wissenschaft sowie ein Plädoyer für eine Professionalisierung des «Politikmachens» der Sozialen Arbeit abgeleitet.

# INHALTSVERZEICHNIS

- 1 EINLEITUNG 15**
- 2 FACHDISKURS 17**
  - 2.1 Das politische Mandat 17
  - 2.2 Der politische Auftrag 18
  - 2.3 Politisierung und Repolitisierung 19
  - 2.4 Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Politik 20
  - 2.5 Methoden einer politischen Sozialen Arbeit 21
  - 2.6 Überleitung zum Forschungsstand 22
- 3 FORSCHUNGSSTAND 23**
  - 3.1 Deutschsprachiger Forschungsstand 25
  - 3.2 US-amerikanischer Forschungsstand 30
  - 3.3 European Social Survey 36
  - 3.4 Zwischenfazit 37
- 4 DEFINITIONEN 39**
  - 4.1 Fachpersonen der Sozialen Arbeit 39
  - 4.2 Politische Aktivität 42
  - 4.3 Einflussfaktoren 45
- 5 METHODISCHES VORGEHEN 48**
  - 5.1 Fragebogenerstellung 48
  - 5.2 Stichprobe 56
  - 5.3 Pretest 57
  - 5.4 Datenerhebung 57
  - 5.5 Datenaufbereitung 58
  - 5.6 Datenauswertung 61
- 6 ERGEBNISSE 65**
  - 6.1 Deskriptive Ergebnisse 65
  - 6.2 Hypothesenprüfende Ergebnisse 71
  - 6.3 Zusammenfassung der Ergebnisse 79
- 7 DISKUSSION 81**
  - 7.1 Diskussion der deskriptiven Ergebnisse 81
  - 7.2 Diskussion der hypothesenprüfenden Ergebnisse 85
  - 7.3 Grenzen der Studie 90
  - 7.4 Zusammenfassung der Diskussion 91
- 8 FAZIT 92**
  - 8.1 Antworten 92
  - 8.2 Empfehlungen 94
  - 8.3 Forschungsideen 95
  - 8.4 Schlussplädoyer 97
- 9 DANKE 98**
- 10 EIGENSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG 99**
- 11 ANHANGSVERZEICHNIS 100**
- 12 LITERATURVERZEICHNIS 101**

## **ABBILDUNGSVERZEICHNIS**

- Abbildung 1. Transparent an der Fassade des Jugendamtes Mitte von Berlin. 15
- Abbildung 2. Einteilung der Formen politischen Handelns nach Angstenberger. 29
- Abbildung 3. Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Sozialbereich in der Schweiz. 41
- Abbildung 4. Erweitertes Civic Voluntarism Modell. 47
- Abbildung 5. Umkodierung der Links-Rechts-Positionierung. 49
- Abbildung 6. Datenbereinigungsprozess im Dreiaugenprinzip mit «Hempelchen». 59
- Abbildung 7. Mittelwerte politischer Aktivität (Auszug). 67
- Abbildung 8. Ebenen des politischen Interesses. 68
- Abbildung 9. Verteilung auf der Links-Rechts-Skala. 68
- Abbildung 10. Verteilung auf der Skala einer politischen Sozialen Arbeit. 70
- Abbildung 11. Alter X politische Aktivität. 71
- Abbildung 12. Subjektive Einschätzung verfügbarer Zeit X politische Aktivität. 73
- Abbildung 13. Politikinteresse X politische Aktivität. 75
- Abbildung 14. Politisch aktive Bezugspersonen X politische Aktivität. 75
- Abbildung 15. Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken X politische Aktivität. 76
- Abbildung 16. Bildungsabschluss X politische Aktivität. 77
- Abbildung 17. Skala einer politischen Sozialen Arbeit X politische Aktivität. 78
- Abbildung 18. Links-Rechts-Skala von drei Studien im Vergleich. 84
- Abbildung 19. Alter X politische Aktivität. 88
- Abbildung 20. Ermutigung zu politischer Aktivität im Studium X politische Aktivität. 89
- Abbildung 21. Balkendiagramm der politischen Aktivitäts-Skala. 92

## TABELLENVERZEICHNIS

- Tabelle 1. Forschungsstand. *24*
- Tabelle 2. Anzahl der Beschäftigten im Sozialbereich im Jahr 2016. *40*
- Tabelle 3. Realdefinition von politischer Aktivität. *44*
- Tabelle 4. Politische Involviertheit. *50*
- Tabelle 5. Politische Sozialisation. *51*
- Tabelle 6. Aussagen zu einer politischen Sozialen Arbeit. *52*
- Tabelle 7. Ressourcen. *53*
- Tabelle 8. Berufliche Situation. *54*
- Tabelle 9. Demographische Daten. *55*
- Tabelle 10. Auswertungsmethoden. *62*
- Tabelle 11. Höchster erreichter Bildungsabschluss der Teilnehmenden. *66*
- Tabelle 12. Politische Aktivitätskategorien und ihre Häufigkeiten. *66*
- Tabelle 13. Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken. *69*
- Tabelle 14. Aussagen zu einer politischen Sozialen Arbeit. *70*
- Tabelle 15. Übersicht über die Korrelationen und Mittelwertsunterschiede hinsichtlich politischer Aktivität. *72*
- Tabelle 16. Bildungsabschluss X politische Aktivität: Mittelwertsunterschiede und Signifikanzen. *77*
- Tabelle 17. Politische Aktivitätskategorien und ihre Häufigkeiten im Vergleich zur ESS-Runde 8. *82*
- Tabelle 18. Politisches Interesse im Vergleich zur ESS-Runde 8. *83*
- Tabelle 19. Interne politische Wirksamkeit im Vergleich zur ESS-Runde 7. *84*
- Tabelle 20. Einflussfaktoren auf politische Aktivität. *93*

**«The literature suggests a need for social workers to become more active in the legislative process even though the extent and quality of the political activism of social workers have never been documented»  
(Wolk 1981: 283).**

## 1 EINLEITUNG

Im Februar 2011 startete ich mein praxisbegleitendes Bachelorstudium in Sozialer Arbeit an der FHS St.Gallen. Während im Rahmen von Vorlesungen und Seminaren die Forderung nach einer politischen Sozialen Arbeit von Dozierenden, Kommiliton\*innen<sup>1</sup> und Professor\*innen teilweise prominent vertreten wurde, nahm ich die Kolleg\*innen in der Praxis diesbezüglich weitaus zurückhaltender wahr. Als ich im Jahr 2014 mein zweites Pflichtpraktikum im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst eines Berliner Jugendamtes absolvierte, erlebte ich dort, wie Einzelfallhilfe und politische Einflussnahme im Berufsalltag kombiniert werden können. Meine Praxisanleitenden nahmen während ihrer Arbeitszeit an Demonstrationen teil, verfassten Flugblätter oder wiesen Politiker\*innen auf Lücken im Kinder- und Jugendhilfesystem hin.



*Abbildung 1. Transparent an der Fassade des Jugendamtes Mitte von Berlin (rbb24 2018)*

Die mehrheitlich gewerkschaftlichen Anliegen der Berliner Berufskolleg\*innen beschäftigen mich seither. Mir war und ist es jedoch zusätzlich ein Anliegen, mich auch fach- und gesellschaftspolitisch einzubringen, sodass ich nach meiner Rückkehr in die Schweiz dem Berufsverband AvenirSocial beitrug, für den ich mich noch immer aktiv engagiere. Neben der «praktischen» politischen Arbeit habe ich während meines Masterstudiums auch Gefallen an der «theoretischen» Auseinandersetzung mit politischer Aktivität gefunden. Ausgehend von der Feststellung, dass auch im Masterstudium, über Fachliteratur, durch verschiedene Berufskodizes oder an Fachtagungen Sozialer Arbeit ein politischer Auftrag zugeschrieben wird, habe ich

<sup>1</sup> In der vorliegenden Arbeit wird immer dann das Gender\*sternchen verwendet, wenn keine genderneutralen Formulierungen wie z.B. «Sozialarbeitende» existieren. Diese Handhabung stützt sich auf die Empfehlungen aus dem Sprachleitfaden der Universität Zürich (2018: 10) und soll die existierende Geschlechtervielfalt abbilden.

mich gefragt, ob und wie ein solcher Auftrag ganz konkret von Fachpersonen der Sozialen Arbeit<sup>2</sup> in ihrem Berufsalltag gelebt wird. Der Fachdiskurs liefert hierzu nur begrenzt Antworten. Wenn zum Beispiel Mechthild Seithe (2014b) schreibt, dass «in der gegenwärtigen Sozialen Arbeit an der Basis . . . eher politische Apathie angesagt [ist] als politisches Bewusstsein und Engagement» (109), bleibt sie einen empirischen Nachweis schuldig. Und auch wenn Benjamin Benz und Günter Rieger (2015) mit ihrem Lehrbuch «Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit» Fachpersonen der Sozialen Arbeit zentrale methodische Kompetenzen vermitteln, ist damit noch nicht geklärt, in welchem Ausmass diese tatsächlich Anwendung in der Praxis finden.

Es kann festgehalten werden: Während theoretische und methodische Aspekte des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik rege diskutiert werden, wurde im deutschsprachigen Raum die politische *Aktivität* von Sozialarbeitenden bislang kaum empirisch erforscht. Mit meiner Masterthesis möchte ich einen Beitrag leisten, diese bedeutende Forschungslücke zu schliessen. Als Ausgangspunkt dienen die folgenden beiden Hauptfragestellungen:

(1) *In welchem Ausmass sind  
Fachpersonen der Sozialen Arbeit  
in der Schweiz politisch aktiv?*

(2) *Welche Faktoren fördern die politische Aktivität  
von Fachpersonen der Sozialen Arbeit  
in der Schweiz?*

Die vorliegende Arbeit verfolgt nicht das Ziel, politisch weniger interessierten Berufskolleg\*innen ein schlechtes Gewissen einzureden oder eine aktivistisch-radikale Soziale Arbeit anzupreisen. Vielmehr soll eine erste Grundlage für eine stärker empirisch orientierte Diskussion geschaffen werden.

In Kapitel 2 wird entlang von fünf ausgewählten Themenschwerpunkten ein Einblick in den deutschsprachigen Fachdiskurs zur politischen Sozialen Arbeit gegeben. Kapitel 3 arbeitet den deutschsprachigen und US-amerikanischen Forschungsstand auf. In Kapitel 4 wird dargelegt, wer in der vorliegenden Arbeit als «Fachperson der Sozialen Arbeit» gemeint ist und was unter «politischer Aktivität» sowie «fördernden Faktoren» verstanden werden kann. Kapitel 5 beschreibt das methodische Vorgehen, welches dieser Studie zugrunde liegt. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in Kapitel 6 dargestellt und in Kapitel 7 diskutiert. Das Kapitel 8 dient der Beantwortung der Hauptfragestellungen, formuliert Empfehlungen und weiterführende Forschungsideen und endet mit einem Schlussplädoyer. Gute Lektüre!

<sup>2</sup> Im Folgenden werden die Begrifflichkeiten «Fachpersonen der Sozialen Arbeit» und «Sozialarbeitende» synonym verwendet. Zur Arbeitsdefinition siehe Kapitel 4.1

## 2 FACHDISKURS

Soziale Arbeit macht Politik. Ein Blick in die Geschichtsbücher<sup>3</sup> zeigt, dass sich bereits die Wegbereiterinnen einer professionellen Sozialen Arbeit politisch einbrachten. Beispielsweise ging Jane Addams bei der Gründung des Hull House in Chicago im Jahr 1889 davon aus, dass viele soziale Probleme strukturell verursacht sind und richtete ihren Blick entsprechend auf grössere, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge. Für sie galt es, Einzelfallhilfe und politischen Reformbedarf zusammen zu denken: so kämpfte sie für Frauenrechte und Anliegen der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung. 1915 war sie an der Gründung der «Women's International League for Peace and Freedom» mitbeteiligt und setzte sich 1917 aktiv gegen die Beteiligung der USA am Ersten Weltkrieg ein (Benz et al. 2013: 12–14; Epple & Schär 2015: 70–72)<sup>4</sup>.

Auch ein Jahrhundert später üben Sozialarbeitende politische Ämter aus, finden in Arbeitskreisen kritischer Sozialer Arbeit zusammen oder verweigern mit Verweis auf die Professionsethik ungerechte Aufträge. Soziale Arbeit macht also noch immer Politik. Aber soll sie auch? Fällt politische Aktivität in das Aufgabenspektrum von Fachpersonen der Sozialen Arbeit? «*Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?*» Bis zur Veröffentlichung des gleichnamigen Sammelbandes von Roland Merten im Jahr 2001 beschäftigten sich im deutschsprachigen Raum über die Jahrzehnte hinweg etwa 40 Publikationen mit solchen und verwandten Fragestellungen. Seither erschienen mehr als 100 Veröffentlichungen zur Thematik<sup>5</sup>, was darauf schliessen lässt, dass die Auseinandersetzung mit einer politischen Sozialen Arbeit an Bedeutung für den wissenschaftlichen Diskurs gewinnt. In den folgenden Unterkapiteln wird entlang von fünf ausgewählten Themenschwerpunkten ein Einblick in die deutschsprachigen Diskussionen seit 2001 gegeben, wobei empirische Forschungsbefunde gesondert in Kapitel 3 behandelt werden.

### 2.1 DAS POLITISCHE MANDAT

In der Veröffentlichung des Sammelbandes von Roland Merten im Jahr 2001 fand die hitzig geführte Debatte um ein politisches Mandat der Profession ihren Höhepunkt. Auf den 182 Seiten streiten die Autor\*innen vor allem um den Bedeutungsgehalt des Mandatsbegriffs. Während z.B. Kusche und Krüger (2001) mit Nachdruck fordern, dass Soziale Arbeit sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen soll und dafür auch konkrete Wege aufzeigen, bezeichnet u.a. Merten (2001b) das politische Mandat als «(Selbst-)Missverständnis des professionellen Auftrags». Er führt an, dass nicht geklärt sei, wer das Mandat erteilt. «Oder hat

<sup>3</sup> Für eine historische Einführung in die politische Soziale Arbeit siehe z.B. Stark 2007

<sup>4</sup> Die Zitierweise dieser Arbeit orientiert sich an den Empfehlungen der American Psychological Association (2010). Entsprechend werden (direkte) Zitate und Referenzen (indirekte Zitate) identisch und ohne vgl. dargestellt. Direkte Zitate werden von «*Guillemets*» gerahmt, Referenzen nicht.

<sup>5</sup> Im Anhang 1 befindet sich eine Literaturliste zum Thema «Soziale Arbeit & Politik»

die Soziale Arbeit womöglich einen Ruf gehört, den andere gar nicht ausgesandt haben?» (Merten 2001b: 96). Ausserdem sei keinesfalls klar, wem genau das erteilte Mandat zukommen soll. Sind es die Hochschulen, die Berufsverbände oder die Fachpersonen der Sozialen Arbeit? Darüber hinaus, so Merten, sei die inhaltliche Ausgestaltung und Bedeutung des politischen Mandats nicht definiert (ebd.).

Insgesamt kann die Diskussion um die Begrifflichkeit des politischen Mandats als semantische Wortklauberei begriffen werden, wobei klar wird, dass alle Autor\*innen eine politische Verstrickung der Sozialen Arbeit wahrnehmen und mehr oder weniger weitreichende professionelle politische Interventionen grundsätzlich befürworten. So schreibt Kreft (2001) bereits in der Einleitung seines Beitrags: «Alle Schlachten zur Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat habe, sind geschlagen, es lohnt sich m.E. nicht, diesen Diskussionszweig zu verlängern» (153). Lauwers (2001: 132-142) schlägt vor, nicht mehr von einem politischen Mandat zu sprechen, sondern vielmehr eine politische Verantwortung gegenüber Adressat\*innen, politischen Gremien und Entscheidungstragenden zu übernehmen. Seit der Veröffentlichung des Sammelbandes im Jahr 2001 scheint der Vorschlag von Lauwers Zuspruch zu erhalten: Während die Rede vom *politischen Mandat* nur noch in vereinzelt Beiträgen weitergetragen wird<sup>6</sup>, finden zunehmend die Begrifflichkeiten der *politischen Aufgabe bzw. der Politisierung und Repolitisierung* Eingang in den Fachdiskurs (siehe Kapitel 2.2 und 2.3).

## 2.2 DER POLITISCHE AUFTRAG

«Sozialarbeitende müssen sich vergegenwärtigen, dass Soziale Arbeit und damit auch sie selbst sich nicht unpolitisch oder neutral verhalten können. Was Soziale Arbeit auch tut, ob sie sich anpasst, ob sie rebelliert, ob sie versucht das Beste daraus zu machen oder sich zu wehren – immer wirkt sie politisch. Sie muss sich deshalb entscheiden, wem sie letztlich dienen will» (Seithe 2012b: 18). Dass eine apolitische Soziale Arbeit niemals existiert hat und auch nie existieren wird, beschreibt auch Benz (2013: 70), indem er deutlich macht, dass politische Interessen nicht erst durch aktives politisches Engagement verfolgt, sondern bereits durch vermeintlich unpolitisches Hilfehandeln «bedient» werden. Nun könnte argumentiert werden, dass Sozialarbeitende sich dieser Politikimmanenz ihrer Profession bewusst sein und einen reflektierten Umgang damit pflegen sollten. Aber haben Fachpersonen der Sozialen Arbeit einen über reine Reflexionstätigkeiten hinausreichenden politischen Auftrag? Lüssi (2008) verneint dezidiert und bezeichnet politische Parteinahme und Polemik als unangemessen und kontraproduktiv für die Soziale Arbeit. Er schreibt: «Ein Sozialarbeiter, der in keinerlei Weise direkt in

<sup>6</sup> Siehe z.B. Kachel (2016), SOSA (2016), Rieger (2010) oder Werwein (2008)

der Sozialpolitik mitwirkt, aber untadelig soziale Problemlösung im einzelnen Fall betreibt, erfüllt die im engeren Sinn sozialarbeiterische . . . Berufsaufgabe voll. Sozialpolitische Aktivität ist kein notwendiger Bestandteil dieser Aufgabe» (Lüssi 2008: 130). Dass Soziale Arbeit über eine «untadelige Einzelfallabwicklung» hinauszugehen hat, fordert z.B. Staub-Bernasconi (1998) als Vertreterin der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession. Sie weist darauf hin, «dass die Formulierungen in den Berufskodizes eigentlich ausreichen würden, um auf fachlich-wissenschaftlicher Basis (leidenschaftlich) politisch zu denken und zu handeln» (Staub-Bernasconi 2007: 242f).<sup>7</sup> Entsprechend empfiehlt sie Fachpersonen der Sozialen Arbeit, «ihr Wissen über soziale Probleme für die öffentlichen Entscheidungsträger zugänglich zu machen und sich in die (sozial)politischen Entscheidungsprozesse über mögliche Problemlösungen einzumischen» (Staub-Bernasconi 2012: 277). Auch Grunwald und Thiersch (2004: 23) verstehen das Prinzip der politischen Einmischung als konstitutives Moment des Konzepts der Lebensweltorientierung. «Angesichts der gesellschaftlichen Bedingtheit von Lebensverhältnissen ist sie [die Soziale Arbeit, TK] verpflichtet zur Einmischung in die Politikbereiche, die die Strukturen von Lebenswelten prägen» (Thiersch 2000: 533). Rieger (2013: 56) bemerkt, die Überlegungen von Staub-Bernasconi und Thiersch resümierend, dass sich aus den gängigen Theorien problemlos ein politischer Auftrag ableiten lässt und konzeptualisiert «das Politikmachen . . . als eine Form der vielfältig durch Soziale Arbeit angebotenen Hilfen» (ebd.: 58).

### 2.3 POLITISIERUNG UND REPOLITISIERUNG

Auch Maus (2016) wünscht sich eine Soziale Arbeit, die im Sinne einer Menschenrechtsprofession ihre «politische Kraft» (91) entfaltet, um sich gegen neoliberale Paradigmen<sup>8</sup> einzusetzen. Gleichzeitig stellt er fest, dass sich die grosse Mehrheit der Sozialarbeitenden schicksalsergeben den vorgefundenen Rahmenbedingungen unterwirft und fragt: «Ist das nicht «bewusstlose» Soziale Arbeit?» (ebd.: 90). Ähnlich ernüchtert konstatiert Seithe (2012a), dass Soziale Arbeit «sich heute weitgehend stillschweigend in die neuen Bedingungen und Herausforderungen [füge]. Ein Teil der Sozialarbeitenden sind längst bewusst oder auch unbewusst zu Agitatoren der

<sup>7</sup> So verweist z.B. die internationale Definition Sozialer Arbeit auf die strukturverändernde Aufgabe der Sozialen Arbeit (IFSW 2014) und der schweizerische Berufskodex definiert – ähnlich wie sein deutsches Pendant (DBSH 2014: 4) – u.a. folgendes Ziel: «Soziale Arbeit initiiert und unterstützt über ihre Netzwerke sozialpolitische Interventionen und beteiligt sich . . . an der Lösung struktureller Probleme» (AvenirSocial 2010: 6).

<sup>8</sup> Maus beschreibt, wie unter der Vorherrschaft des Neoliberalismus zunehmend mehr Lebensbereiche ökonomisiert werden. Die grundlegende Idee dieses Paradigmas ist, dass der Markt sowohl Geschäfts-, als auch soziale Beziehungen gerecht organisieren kann. Dabei wird der Markt als unfehlbar und somit auch als nicht regulationsbedürftig angesehen. In der Praxis funktioniert diese Vorstellung nicht und so führt die Einführung von neoliberalen Programmen und Menschenbildern in der Konsequenz zu Ausgrenzung, Verelendung und Tod (Maus 2016: 84f).

neosozialen Politik . . . geworden» (402). Seithe (2014a; 2012a) und Maus (2016) gehen explizit davon aus, dass Soziale Arbeit einen politischen Auftrag hat und fordern zusammen mit anderen Vertreter\*innen der Profession und Disziplin (z.B. Stark 2007; Rieger 2007; Chassé 2014) eine Politisierung bzw. eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit. Was ist damit gemeint? Zunächst einmal unterstellen die Forderungen nach einer (Re-)Politisierung, dass Soziale Arbeit zurzeit nicht (ausreichend) politisiert ist. Soziale Arbeit wird in einem entpolitisierten Schlafzustand verortet (Lütke-Harmann & Kessl 2013: 133f) und Seithe (2014a) betont entsprechend in einem leicht überheblichen Unterton die Notwendigkeit, «dass die kritischen und widerständigen Kräfte . . . versuchen, ihren jeweiligen KollegInnen die Augen zu öffnen» (40). Sie fordert von der Sozialen Arbeit, sich politisch einzubringen:

Sie könnte sich zur Wehr setzen, auf den Kernelementen der Sozialen Arbeit bestehen, sich zusammenschließen und Forderungen stellen. Sie könnte den neoliberalen und neokonservativen Vorstellungen und Erwartungen klar und ohne faule Kompromisse die Ethik, Fachlichkeit und Parteilichkeit unserer Profession entgegenstellen. Und sie sollte sich in die Diskussion um das Soziale in der Gesellschaft lautstark einmischen. Das meint der Begriff der Politisierung Sozialer Arbeit ganz konkret. (Seithe 2012b: 16)

Im Fachdiskurs unterscheiden sich die Begrifflichkeiten der (Re-)Politisierung (Seithe 2012a), (Re)politisierung (Seithe 2012b), Re-Politisierung (Chassé 2014), Repolitisierung (Lindner 2014) oder Politisierung (Rieger 2007) zwar in der Diktion, die Verwendung geschieht jedoch meist synonym, teilweise auch innerhalb eines einzelnen Beitrags. Bei der Abgrenzung zwischen Repolitisierung und Politisierung könnte vermutet werden, dass Autor\*innen, die mit dem Begriff der Repolitisierung arbeiten, von einer historisch-politischen Tradition der Sozialen Arbeit ausgehen, die nun wiederbelebt werden soll. Anders die Vertreter\*innen der Politisierung: Hier scheint Soziale Arbeit als generell unpolitisch wahrgenommen zu werden, wobei es nun darum geht, sie erstmalig «politisch werden zu lassen». Eine andere, hier vorgeschlagene Lesart der Politisierung wäre, sie als fortwährenden Prozess zu verstehen: Fachpersonen der Sozialen Arbeit werden nicht einmal politisiert und bleiben es dann über Pensionierung, Tod, gesellschaftliche Transformationen und Bildungsreformen hinweg. Dischler (2014: 108) führt eine weitere Dimension zur Unterscheidung ein, indem sie Politisierung stärker systemerhaltend und Repolitisierung eher systemgestaltend verortet.

## 2.4 VERHÄLTNIS ZWISCHEN SOZIALER ARBEIT UND POLITIK

Wie auch immer Soziale Arbeit zu einem politischen Auftrag steht, wie sehr ihre Vertreter\*innen politisiert, entpolitisiert oder repolitisiert sein mögen, Soziale Arbeit steht immer in einem Verhältnis zum politischen System und darin – nicht ausschliesslich, aber insbesondere – zu

sozialpolitischen Fragestellungen. Schönig beschreibt Sozialpolitik als die *generalisierende*, materiell orientierte Zurverfügungstellung von Angeboten für regelhafte soziale Probleme. Damit sind Ereignisse wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter oder Familiengründung gemeint, die ohne soziale Sicherungsinstitutionen zu massiven gesellschaftlichen Exklusionsprozessen führen würden. Die Sozialpolitik befasst sich dabei selten mit Einzelfällen, sondern hat zum Ziel, generalisierende Problemlösungen für möglichst grosse Personengruppen zu etablieren. Dies gelingt nicht für jeden Einzelfall und so existiert neben der generalisierenden Hilfe auch eine *«fallbezogene Intervention»*, die in der Schweiz oftmals von Sozialarbeitenden übernommen wird (Schönig 2013: 36–39). Dabei geht es der Sozialen Arbeit «gerade um solche Menschen, die trotz oder wegen der typisiert auf Personengruppen gerichteten sozialpolitischen (Nicht-)Mitgestaltung von Lebensbedingungen Hilfe suchen» (Benz 2010: 319). Insofern gehört es zur Aufgabe vieler Sozialarbeitender, sozialpolitisch beschlossene *Massnahmen umzusetzen*. Darüber hinaus wirkt Soziale Arbeit aber auch als der Sozialpolitik *vor- und nachgelagerte* Instanz: Sie beseitigt Lücken im System nachträglich aus und macht zugleich als Expertin an der Basis auf neue soziale Problemlagen und strukturelle Defizite aufmerksam (Benz & Rieger 2015: 30f). Diese «innovatorisch-gestalterische Funktion Sozialer Arbeit» (Schönig 2013: 40) kann oder soll Anpassungen in der generellen Sozialpolitik zur Folge haben, was wiederum dazu führt, dass sich die Aufgaben der Sozialen Arbeit weiterentwickeln (ebd.: 37). Die vorgestellten Überlegungen können über das Politikfeld Sozialpolitik hinaus Anregungen geben. So sind z.B. Städtebau-, Strafrechts- oder Wirtschaftspolitik je nach Handlungsfeld ebenso relevant für die Soziale Arbeit und deren Positionierung.

## 2.5 METHODEN EINER POLITISCHEN SOZIALEN ARBEIT

Wenn Soziale Arbeit einen politischen Auftrag hat und das Verhältnis zwischen der Profession und der Politik es zulässt, stellt sich die Frage, wie und mit welchen Methoden Fachpersonen der Sozialen Arbeit sich politisch einbringen können. Seit im Fachdiskurs mehrheitlich geklärt scheint, dass Soziale Arbeit «auch» (Rieger 2013: 54) einen politischen Auftrag zu erfüllen hat, können vermehrt Veröffentlichungen identifiziert werden, die sich mit spezifischen Methoden des professionellen politischen Handelns befassen (z.B. Lindner 2014; Rieger 2014; Benz 2013; Engemann et al. 2007). Die aktuellste Publikation wurde von Benz und Rieger (2015) unter dem Titel «Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit» vorgelegt. Die Autoren beschreiben vier Hauptformen des politischen Handelns in der Sozialen Arbeit: (1) Sozialarbeitende sind oftmals mit der *Implementation* von politisch beschlossenen Programmen und Vorgaben betraut und können in diesem Rahmen auch bewusst vorhandene Handlungsspielräume nutzen (Benz 2018).

(2) Fachpersonen der Sozialen Arbeit agieren als Vertreter\*innen für *eigene und advokatorische Interessen*.<sup>9</sup> Benz und Rieger zählen Soziallobbying, Monitoring, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Einsitz in politischen Gremien als Methoden der Interessensvertretung. (3) Sozialarbeitende sind als Expert\*innen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen aus der Basisarbeit *politikberaterisch* tätig. «Politikberatung dient der Information, Aufklärung oder Irritation der Politik» (Benz & Rieger 2015: 47). (4) Darüber hinaus gilt auch für das professionelle politische Handeln der Sozialen Arbeit das Primat der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Adressat\*innen der Sozialen Arbeit sollen sich, wann immer möglich, auch in politischen Prozessen selbst vertreten können. Dazu stellen Fachpersonen der Sozialen Arbeit Angebote im Bereich der *politischen Bildung* zur Verfügung (ebd.: 45–48).

In den von Benz und Rieger ausgearbeiteten vier Dimensionen der *Politikimplementation, Interessensvertretung, Politikberatung und politischen Bildung* spiegeln sich hauptsächlich konsensuale, formalpolitische Aktivitäten wider. Konfrontative, konflikthafte oder gar illegale Handlungen sind im Konzept der Autoren nicht vorgesehen und so erweitert z.B. Angstenberger (2018: 107) im Rahmen einer empirischen Überprüfung das Schema um zusätzliche Dimensionen (siehe Kapitel 3.1).

## 2.6 ÜBERLEITUNG ZUM FORSCHUNGSSTAND

Die Frage nach dem politischen Mandat ist veraltet. Entsprechende Diskussionen wurden im Sammelband von Merten (2001a) ebenso spitzfindig wie hitzig geführt. Inzwischen hat sich die produktivere Begrifflichkeit des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit durchgesetzt, wobei ein solcher Auftrag in verschiedenen Berufskodizes, Theorien und Publikationen expliziert und befürwortet wird. Daran anschliessend erscheinen im deutschsprachigen Raum zunehmend Beiträge, die sich mit konkreten Möglichkeiten der politischen Aktivität befassen. Gleichzeitig beklagen verschiedene Autor\*innen die heutige entpolitisierte Haltung vieler Sozialarbeitenden und fordern mit Nachdruck eine Politisierung der Profession. Worauf beruht diese Feststellung einer entpolitisierten Sozialen Arbeit? Welche Nachweise gibt es dafür, dass Sozialarbeitende sich nicht politisch engagieren? Im deutschsprachigen Raum existieren bislang kaum empirische Erkenntnisse zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden.

<sup>9</sup> Für eine genaue Analyse der politischen Interessensvertretung in der Sozialen Arbeit siehe Benz (2013)

### 3 FORSCHUNGSSTAND

Wie in Kapitel 2.6 angedeutet, bestehen im deutschsprachigen Raum kaum Untersuchungen zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden. Neben wenigen Qualifikationsarbeiten forschen Kulke (2018) sowie Roth und Yollu-Tok (2017) zu politischen Einstellungen von Studierenden der Sozialen Arbeit. Weitere Studien scheinen bislang nicht zu existieren. In den USA präsentiert sich der Forschungsstand fortgeschrittener, wenngleich auch dort viele Autor\*innen (Ostrander 2016; Felderhoff et al. 2016; Ritter 2008) auf eine Forschungslücke hinweisen.

Zwei US-amerikanische Forschende haben versucht, die Anzahl der Untersuchungen zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden zu beziffern. Im Jahr 2008 sprach Jessica Anne Ritter (2008: 348) von neun Studien, die zwischen 1968 (Epstein 1968) und 2001 (Hamilton & Fauri 2001) durchgeführt worden seien. Acht Jahre später schrieb Jason Ostrander (2016: 9) in der Einleitung seiner Dissertation: «There is a dearth of studies on the political participation of social workers». Er zählte insgesamt 32 Untersuchungen in den USA. Im Rahmen der Recherche für die vorliegende Arbeit konnten 49 Studien aus den USA und dem deutschsprachigen Raum identifiziert werden. Tabelle 1 gibt dazu einen Überblick. Bei der Lektüre zeigt sich, dass gewisse Beiträge nicht direkt die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, sondern zum Beispiel den Politikgehalt von Praktikumsstellen an Hochschulen (Wolk et al. 1996) in den Blick nehmen. Um dieser vorgefundenen Heterogenität gerecht werden zu können, werden die unterschiedlichen Studien in sechs Hauptkategorien eingeteilt (siehe Tabelle 1). *Kategorie 1* beinhaltet dabei alle empirischen Arbeiten aus dem deutschsprachigen Raum. In *Kategorie 2* bis *6* werden ausschliesslich US-amerikanische Studien aufgelistet, wobei die Forschungsschwerpunkte in den unterschiedlichen Kategorien wie folgt bestimmt werden können: In *Kategorie 2* befinden sich Studien zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden, während *Kategorie 3* auf Mitglieder der National Association of Social Workers (NASW) fokussiert. Die Studien in *Kategorie 4* befassen sich ausschliesslich mit Abteilungen – d.h. Organisationseinheiten – der NASW. Die politische Aktivität von Fachpersonen als Individuen wird bewusst nicht untersucht. Die Forschungen in *Kategorie 5* evaluieren in erster Linie den Einfluss bestimmter Seminarangebote auf die Aktivität von Studierenden der Sozialen Arbeit. *Kategorie 6* beinhaltet zwei Studien von Lane und Humphreys, die eine spezielle Untergruppe von Sozialarbeitenden befragt haben, nämlich solche, die zugleich als Politiker\*innen tätig sind. Die Forschungen in den Kategorien 4 bis 6 befassen sich nicht schwerpunktmässig mit dem Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit und werden deshalb im weiteren Verlauf nicht diskutiert.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Anhang 2 kann eine ausführliche Aufarbeitung des Forschungsstandes entnommen werden, welche auch die Beschreibung der Studien aus den Kategorien 4, 5 und 6 beinhaltet.

Tabelle 1. Forschungsstand<sup>11</sup>

1	2	3	4	5	6
Deutschsprachige Arbeiten	Sozialarbeitende	Mitglieder der NASW	NASW «Chapters»	Seminarangebote & Studierende	In der Politik tätige Sozialarbeitende
Kulke 2018	Ostrander 2016	Rome & Hoechstetter 2010	Beimers 2015	Ostrander et al. 2018	Lane 2011
Angstenberger 2018	Felderhoff et al. 2016	Rome et al. 2010	Scanlon et al. 2006	Lane et al. 2018	Lane & Humphreys 2011
Roth & Yollu-Tok 2017	Rocha et al. 2010	Dickinson 2004	Hartnett et al. 2005	Ostrander et al. 2017	
Amann 2017	Ritter 2008	Dietz Domanski 1998	Salcido & Seck 1992	Pritzker & Burwell 2016	
Schmidt 2017	Ritter 2007	Parker & Sherraden 1991		Bernklau Halvor 2016	
Kachel 2016	Ritter 2006	Reeser & Epstein 1990		Sherraden et al. 2015	
Wetzel 2015	Mary 2001	Reeser 1988		Hylton 2015	
Wegmüller 2015	Hamilton & Fauri 2001	Reeser & Epstein 1987		Pritzker & Lane 2014	
Helfer & Saxer 2014	Hamilton 1998	Wolk 1981		Mizrahi & Dodd 2013	
Burri & Wandeler 2005	Bowers Andrews 1998	Epstein 1968		Swank 2012	
Baumann & Schüpbach-Keller 2005	Ezell 1993			Rocha 2000	
	Pawlak & Flynn 1990			Butler & Coleman 1997	
				Wolk et al. 1996	

<sup>11</sup> Wo nicht anders vermerkt, handelt es sich bei Tabellen und Abbildungen um eigene Darstellungen.

Kapitel 3.1 gibt einen Überblick über den Forschungsstand im deutschsprachigen Raum. In Kapitel 3.2 werden die US-amerikanischen Untersuchungen aus den Kategorien 2 und 3 vorgestellt, Kapitel 3.3 gibt einen Einblick in die Ergebnisse des European Social Survey in der Schweiz und Kapitel 3.4 beinhaltet Überlegungen zur Bedeutsamkeit des Forschungsstandes für die vorliegende Arbeit.

### 3.1 DEUTSCHSPRACHIGER FORSCHUNGSSTAND

Im deutschsprachigen Raum konnten über die Studie von Roth und Yollu-Tok (2017), eine laufende Untersuchung von Kulke (2018) sowie neun abgeschlossene Qualifikationsarbeiten hinaus keine empirischen Forschungen zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden gefunden werden.<sup>12</sup> Die folgenden Abschnitte geben in chronologischer Reihenfolge einen Einblick in die elf erwähnten Studien.

Sarah Baumann und Daniela Schüpbach-Keller haben 2005 in ihrer Diplomarbeit Einflussfaktoren auf das sozialpolitische Engagement von Sozialarbeitenden und deren Wandel zwischen 1970 und 2000 untersucht. Die Autorinnen haben Zeitungen, Zeitschriften und Protokolle analysiert (ebd.: 39–81) und basierend auf dieser Dokumentenanalyse z.B. den Schweizerischen Berufsverband Soziale Arbeit (SBS)<sup>13</sup> kritisiert. Dieser engagiere sich zwar sozialpolitisch, beziehe seine Mitglieder jedoch nicht aktiv in die politische Arbeit mit ein (ebd.: 60). «Es ist weder früher noch heute ein Einfluss des SBS auf das sozialpolitische Engagement von Sozialarbeiterinnen erkennbar» (ebd.: 93). Weiter schlussfolgerten Baumann und Schüpbach-Keller, dass politisches Handeln vor allem im Berufsalltag – z.B. durch Verweigerung von ungerechten Aufträgen – stattfinde (ebd.: 60). Die Autorinnen beobachteten einen Rückgang des politischen Engagements von Sozialarbeitenden im Zeitraum zwischen 1970 und 2000. «Obwohl sozialpolitische Entscheidungen . . . einen grossen Einfluss auf den Alltag der Sozialarbeiterinnen haben, treten sie selten als . . . Expertinnen öffentlich in Erscheinung» (ebd.: 79). Baumann und Schüpbach-Keller begründen diesen Rückgang u.a. mit gesteigener Arbeitsbelastung und flächendeckendem Sozialabbau. Die Organisationen der Sozialen Arbeit bieten, so die Autorinnen, zunehmend individualisierte anstelle von struktureller Unterstützung an (ebd.: 80).

<sup>12</sup> Theoretische Bachelor- und Masterarbeiten, z.B. zur Begründung des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit, sind häufiger und wurden u.a. von Werwein (2008), Widmer (2010), Strzoda (2011), Hollinger (2013), Lanz (2013) oder Kull (2017) verfasst.

<sup>13</sup> Der früheste Verein von Sozialarbeitenden in der Schweiz wurde 1921 in Zürich gegründet. 1933 schlossen sich mehrere Fürsorge-Vereine aus der ganzen Schweiz zusammen. 1946 gründete sich aus diesem losen Zusammenschluss die Schweizerische Vereinigung Sozialarbeitender SVSA, welche durch mehrere Namenswechsel 1969 zum SBS wurde. Im Jahr 2005 fusionierte der SBS mit dem *Schweizerischen Berufsverband der Sozialpädagogik* und der *Fédération romande des travailleurs et travailleuses de l'éducation sociale* zum neuen Verband *AvenirSocial* (AvenirSocial 2011b: 239).

Ebenfalls im Jahr 2005 untersuchten Katrin Burri und Dorothe Wandeler im Rahmen ihrer Diplomarbeit, wie es Hochschulen, Arbeitgebenden oder dem Berufsverband gelingen kann, das politische Engagement von Sozialarbeitenden zu fördern (ebd.: 3). Die Autorinnen interviewten dazu fünf Sozialarbeitende mit Leitungsfunktion (ebd.: 38–40) und konnten in der Analyse zehn Einflussfaktoren auf politische Aktivität herausarbeiten. Unter anderem regten sie an, dass Organisationen der Sozialen Arbeit ihren Mitarbeitenden Zeit für politische Aktivität zur Verfügung stellen, dass eine aktive Beteiligung an politischen Diskussionen und Aktivitäten ermöglicht wird, dass u.a. der Berufsverband zeitlich begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten schafft, dass Professor\*innen oder Vorgesetzte als Vorbilder handeln oder dass die Vorteile eines politischen Engagements expliziert werden (ebd.: 68f). In der Diskussion ihrer Ergebnisse wiesen Burri und Wandeler darauf hin, dass unter den interviewten Leitungspersonen unterschiedliche Ansichten darüber bestehen, ob politisches Engagement im Rahmen der Erwerbstätigkeit oder als Privatperson ausgeübt werden soll (ebd.: 69).

Franziska Helfer und Stéfanie Saxer untersuchten im Jahr 2014 im Rahmen ihrer Bachelorarbeit, wie sich das Verständnis und die Umsetzung der politischen Funktion zwischen den drei Berufsfeldern der Sozialarbeit, Soziokulturellen Animation und Sozialpädagogik unterscheiden (ebd.: 46–51). In den Ergebnissen zeigt sich, dass sich bezüglich des Verständnisses «mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede ausmachen» lassen (ebd.: 82), während sich die Aktivitäten zwischen den Berufsfeldern unterschiedlich zu gestalten scheinen (ebd.: 83). Helfer und Saxer regen im letzten Kapitel ihrer Arbeit die Durchführung einer quantitativen Studie und damit einhergehend die Identifikation von Einflussfaktoren auf die politische Aktivität von Sozialarbeitenden an (ebd.: 90f).

2015 formulierte Andrea Wegmüller für ihre Bachelorarbeit die folgende Fragestellung: «Welche Haltung haben Sozialarbeitende in Bezug auf politisches Handeln und wie zeigt sich dieses im Berufsalltag?» (10) Die Autorin befragte sechs Sozialarbeitende aus dem Kanton Bern und wertete die Interviews inhaltsanalytisch aus. Wegmüller identifiziert in ihrer Studie u.a. den biografischen Hintergrund, die Arbeitsbedingungen, das Arbeitsfeld, den Berufsverband als Mobilisationsnetzwerk, politische Kenntnisse sowie die Sensibilisierung im Rahmen des Studiums als wichtige Einflussfaktoren auf die Haltung und die Aktivität der interviewten Fachpersonen (ebd.: 56f & 62f). Alle Befragten machen sich für eine politisch agierende Soziale Arbeit stark (ebd.: 68f) und sehen insofern die Aufgaben der Sozialen Arbeit sowohl in der direkten Arbeit mit Adressat\*innen als auch auf gesellschaftlicher Ebene angesiedelt (ebd.: 57–59).

Als Bestandteil ihrer Masterthesis befragte Jana Wetzel im Jahr 2015 303 Bachelor- und Masterstudierende in Sozialer Arbeit zu ihrem politischen Interesse und ihrer politischen Beteiligung. In der Analyse stellt Wetzel dar, dass sich 53% der Teilnehmenden für bundes-, 36% für landes-, 40% für kommunal- und 45% für europapolitische Thematiken interessieren (ebd.: 49). Die Daten weisen auf einen starken Effekt von Geschlecht hin. So erklären Männer (86%) häufiger als Frauen (41%), politisch interessiert zu sein (ebd.: 51f). Neben dem Interesse fragte Wetzel auch nach einer Selbsteinschätzung der politischen Aktivität. Hierbei gaben 90% der Teilnehmenden an, nicht politisch aktiv zu sein (ebd.: 52). 67% der Befragten wählen immer bei Bundestags-, 55% wählen immer an Landtags-, 53% wählen immer bei Kommunal- und 43% wählen immer bei Europawahlen (ebd.: 54). Zwischen 3% und 6% der Studierenden gaben an, Mitglied einer Bürgerinitiative, einer Gewerkschaft, eines Berufsverbandes oder einer Menschenrechtsgruppe zu sein. 2% der Teilnehmenden sind Mitglied einer Partei. Wetzel forderte die Befragten dazu auf, sich auf einer 10er-Skala zwischen links und rechts einzuordnen. 24% machten keine Angaben, 51% positionierten sich links, 19% wählten exakt den Mittelwert und 6% ordneten sich rechts ein (ebd.: 57). Mit 97% stimmt eine überwiegende Mehrheit der teilnehmenden Studierenden einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zu (ebd.: 65).

Kathrin Amann (2017) suchte im Rahmen ihrer Masterthesis nach «begünstigenden, unterstützenden Faktoren . . . , die dazu führen, dass sich Sozialarbeitende in der Parteipolitik engagieren» (28). Sie führte sieben Interviews mit parteipolitisch aktiven Fachpersonen der Sozialen Arbeit und wertete diese inhaltsanalytisch aus (ebd.: 29–34). Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass eine «Mehrheit der Befragten aus Herkunftsfamilien stammt, in denen häufig über Politik diskutiert wurde» (ebd.: 67). Neben der Kernfamilie erwähnten die Interviewten andere Vorbildpersonen aus ihrem sozialen Umfeld, durch die sie wesentlich in ihrer politischen Sozialisation beeinflusst worden sind (ebd.: 67f). Die interviewten Sozialarbeitenden waren häufig schon vor ihren parteipolitischen Engagements in Gewerkschaften oder Verbänden aktiv und wurden über diese mobilisierenden Netzwerke zusätzlich politisiert (ebd.: 68f). Weitere zentrale Einflussfaktoren auf die politische Aktivität konnte Amann in der zeitlichen und inhaltlichen Vereinbarkeit identifizieren. Die sieben Sozialarbeitenden erklärten einerseits, dass ein Engagement auf parteipolitischer Ebene nur mit genügend zeitlichen Ressourcen möglich sei. Andererseits gestalte sich auch die Vereinbarkeit von politischem Mandat und Erwerbsarbeit nicht immer einfach. Teilweise komme es zu Loyalitätskonflikten, insbesondere dann, wenn ein politisches Engagement von Vorgesetzten explizit nicht gutgeheissen wird (ebd.: 72).

Im Jahr 2017 befragte Johanne Schmidt im Rahmen ihrer Masterthesis Sozialarbeitende mittels einer Online-Umfrage. Ihren Schwerpunkt legte sie dabei auf die Einstellung gegenüber einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit (ebd.: 54–66). 74% der 235 Teilnehmenden gaben ein sehr starkes oder starkes Interesse an Politik an, während nur 26% der Teilnehmenden nicht so stark oder überhaupt nicht interessiert waren. Dabei zeigt sich, wie bereits in der Untersuchung von Wetzel (2015), dass sich Männer im Durchschnitt mehr für Politik interessieren als Frauen und dass das Interesse mit dem Alter zunimmt (Schmidt 2017: 47–49). Bei der Auswertung der *Sonntagsfrage*<sup>14</sup> stellte sich ein klares Resultat ein. Die Linke, SPD und die Grünen erzielten zusammen 70% (ebd.: 51). Der Aussage «Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag» stimmte mit 87% der Befragten eine überwiegende Mehrheit zu (ebd.: 55). In der Inferenzstatistik konnte Schmidt keinen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit und dem politischen Interesse finden (ebd.: 67). Hingegen wurde offensichtlich, dass eine wiederholte Thematisierung politischer Fragestellungen während des Studiums die Zustimmung zu einem politischen Auftrag positiv beeinflusst (ebd.: 69f).

Im Jahr 2017 veröffentlichten Günter Roth und Aysel Yollu-Tok ihre Ergebnisse aus einer Studie, die sie mit 115 Studierenden des Bachelorstudiengangs in Sozialer Arbeit an der Hochschule München durchgeführt haben. Nur 3% der befragten Studierenden gaben an, sich sehr stark für Politik zu interessieren. Auch Roth und Yollu-Tok konnten hierbei ein signifikant höheres Interesse bei Männern als bei Frauen feststellen. 77% der Befragten erklärten, bei der letzten Bundestagswahl gewählt zu haben. Ebenfalls über 50% der Studierenden haben sich zudem in den letzten zwölf Monaten an einer Unterschriftensammlung beteiligt (54%) oder Produkte und Unternehmen boykottiert (58%). 37 Prozent nahmen an Demonstrationen teil und zwölf Prozent engagierten sich in politischen Organisationen. In Parteien hingegen arbeiteten nur vier Prozent aktiv mit und Kontakte mit Politiker\*innen wurden von knapp zehn Prozent der Befragten angegeben. Damit zeigt sich in den Ergebnissen ein Gefälle des Engagements: Aktivitäten, die weniger Wissen, Kompetenzen oder Zeit voraussetzen, werden gegenüber anspruchsvolleren und aufwändigeren Aktivitäten bevorzugt (ebd.: 160f). Die Aussage «Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken» haben in der Studie von Roth und Yollu-Tok 28% verneint (ebd.: 161). Bei der Frage nach der politischen Orientierung gaben 10% der Befragten auf einer Skala von 1 (=links) bis 10 (=rechts) Werte zwischen 6 und 10 an. Die Werte zwischen 1 und 5 wurden von 90% der Teilnehmenden gewählt (ebd.: 163). Die Studierenden schätzten ihre eigene Politikkompetenz auf einer Skala von 0 bis 100 im Mittel bei 47 ein. Werte über 60 erreichten dabei nur 19% (ebd.: 168f).

<sup>14</sup> «Wen würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?» (Schmidt 2017: 34)

Im Rahmen seiner Masterthesis untersuchte Benedikt Angstenberger (2018) das professionelle politische Handeln von Sozialarbeitenden und interviewte dazu sechs Mitarbeitende aus Migrationsberatungsstellen in Berlin. In der Analyse konnte Angstenberger einerseits das Zirkelmodell des politischen Handelns entwerfen (ebd.: 91–97). Andererseits identifiziert er im Interviewmaterial eine Vielzahl an unterschiedlichen Formen des politischen Handelns (ebd.: 98–106). Diese Formen fasst er in einem Schema zusammen und unterscheidet in einem ersten Schritt zwischen politischem Handeln «für die Belange von Sozialarbeiter\*innen» und politischem Handeln «für die Belange der Klient\*innen». Der politische Einsatz für Adressat\*innen der Sozialen Arbeit kann gemäss Angstenberger dann wiederum in «Empowerment» und «Stellvertretung» unterteilt werden (siehe Abbildung 2).

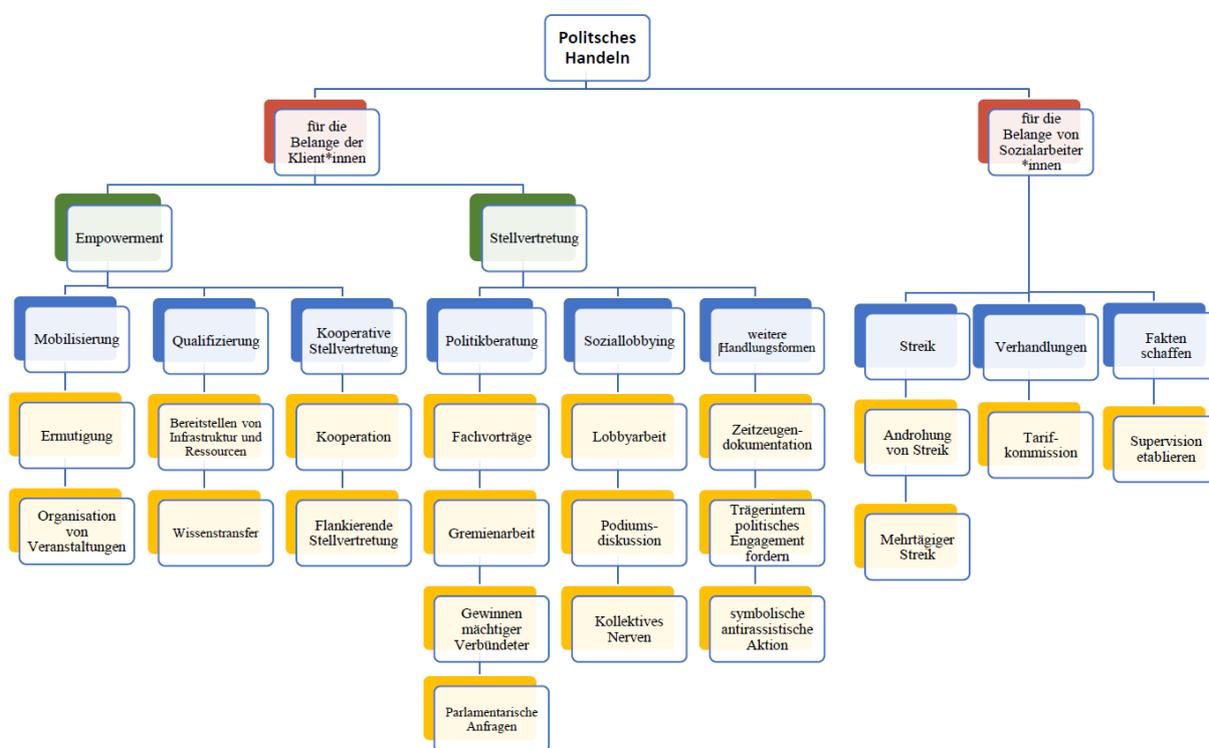


Abbildung 2. Einteilung der Formen politischen Handelns nach Angstenberger (2018: 107)

An einer von Kulke durchgeführten Online-Befragung zu politischen Einstellungen nahmen 3226 Studierende der Sozialen Arbeit aus 51 Hochschulen in Deutschland und Österreich teil (Kulke 2018: 7). 73% der Befragten gaben an, politisch interessiert zu sein. Männer und Studierende mit anderer Geschlechtsidentität (88%) scheinen insgesamt interessierter als Studentinnen (68%). Auch Studierende im Master (83%) gaben öfter an, politisch interessiert zu sein als ihre Kommiliton\*innen im Bachelor (70%) (ebd.: 9). Politisch interessierte Befragte erreichten bei dem Item *interne politische Wirksamkeit* einen Mittelwert von 4.9 auf der Skala von 1 bis 10. Politisch nicht interessierte Teilnehmende erreichten im Mittel einen Wert von 2.7 (ebd.: 10). Auf einer Skala von 1 (=links) bis 10 (=rechts) ordneten sich 93% der Studierenden zwischen 1

und 5 und 7% zwischen 6 und 10 ein (ebd.: 11). Auf die Frage, welche Partei sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben, antworteten 32% mit «Die Linke», 28% mit «Bündnis 90/Die Grünen» und 16% mit «SPD» (ebd.: 12). 11% der Befragten sind Mitglied in einer Gewerkschaft und je 8% in einem Berufsverband oder einer politischen Partei (ebd.: 13). Der Aussage «Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag» stimmten 90% der Studierenden zu, 67% davon sehen darüber hinaus eine Notwendigkeit für Fachpersonen der Sozialen Arbeit, politisch aktiv zu sein (ebd.: 17).

Es kann festgehalten werden: Der deutschsprachige Forschungsstand zur politischen Aktivität besteht zurzeit hauptsächlich aus Qualifikationsarbeiten mit qualitativem Forschungsdesign. Im Rahmen der Recherche wurden ausschliesslich Arbeiten aus der Schweiz und Deutschland, nicht aber aus Österreich, Luxemburg oder anderen deutschsprachigen Ländern gefunden. Die vorgestellten Studien fokussieren teilweise stark auf politische und professionelle *Einstellungen* und weniger auf konkrete *Aktivitäten*. Zudem werden meist *entweder* Studierende *oder* ausgebildete Fachpersonen der Sozialen Arbeit befragt, sodass die beiden Gruppen nicht verglichen werden können.

### 3.2 US-AMERIKANISCHER FORSCHUNGSSTAND

In den USA präsentiert sich der Forschungsstand zum Thema fortgeschrittener, was sich u.a. daran festmachen lässt, dass neben Studierenden vor allem ausgewiesene Sozialarbeitswissenschaftler\*innen zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden forschen. Die folgenden Abschnitte geben in chronologischer Reihenfolge einen Einblick in 15 Studien.

Im US-amerikanischen Raum existiert eine Vielzahl an Verbänden der Sozialen Arbeit. Die grösste Vertretung von Sozialarbeitenden in den USA ist die National Association of Social Workers (NASW) mit 153'000 Mitgliedern.<sup>15</sup> In der bisherigen US-amerikanischen Forschung zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden wurden vielfach ausschliesslich Mitglieder der NASW untersucht. So befragte z.B. Irwin Epstein im Rahmen seiner Dissertation 1020 Mitglieder der NASW-Abteilung New York City (Epstein 1968: 102). Er legte acht politische Aktivitäten<sup>16</sup> vor und bat die Teilnehmenden um eine Einschätzung der Legitimität derselben (ebd.: 103). Im zweiten Abschnitt befragte der Forscher die Teilnehmenden entlang derselben

<sup>15</sup> Die NASW entstand 1955 aus fünf kleineren Organisationen und besteht heute aus 50 Staatsabteilungen (*Chapters*) im ganzen Land, einer internationalen Abteilung und fünf zusätzlichen Abteilungen in Guam, New York City, Puerto Rico, den Jungferninseln und Washington, D.C. Die Mitglieder sind immer zugleich Angehörige des nationalen sowie des jeweiligen Abteilungsverbandes (Scanlon et al. 2006: 41f).

<sup>16</sup> Die acht politischen Aktivitäten sowie die genaue Operationalisierung können Anhang 2, Seite 14 entnommen werden.

Aktivitäten nach der wahrgenommen effektivsten Strategie (ebd.: 105f) und im letzten Abschnitt seiner Untersuchung fragte Epstein, welche Strategien möglicherweise die grösste Zustimmung durch Arbeitskolleg\*innen sowie Arbeitgebende erfahren würden (ebd.: 107). In den Ergebnissen zeigt sich eine sehr hohe Zustimmung zu konsensorientierten Strategien (z.B. Forschung zu politischen Themen der Sozialen Arbeit, Kontakt zu Politiker\*innen) (ebd.: 104). Auch die Einschätzung der Effektivität ist in diesem Bereich am ausgeprägtesten (ebd.: 105f). Diese Tendenz verdichtet sich durch die Antworten aus dem dritten Abschnitt. Hier gingen 91% der Befragten davon aus, dass ihre Kolleg\*innen und Vorgesetzten konsensorientierte Strategien bevorzugen und nur 9% entschieden sich für konfliktorientierte Strategien (z.B. Organisation von Demonstrationen) (ebd.: 107).

13 Jahre nach der frühen Untersuchung von Epstein publizierte James L. Wolk eine Studie, auf die sich bis heute alle weiteren Arbeiten beziehen. Er hat sich 1981 mit der folgenden Frage befasst: «Are social workers politically active?» (Wolk 1981) Er beobachtete, dass in der Literatur eine aktive politische Einmischung von Sozialarbeitenden gefordert wurde, «even though the extent and quality of the political activism of social workers have never been documented» (ebd.: 283). Wolks Anliegen war es, diese Lücke zu schliessen und so befragte er 289 Mitglieder der NASW-Abteilung Michigan. Seine Ergebnisse weisen darauf hin, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit durchschnittlich politisch weitaus aktiver sind als die Gesamtbevölkerung der USA (ebd.: 285). In einem Vergleich unter seinen Teilnehmenden fand Wolk heraus, dass Sozialarbeitende auf «macro-level» signifikant aktiver sind als Sozialarbeitende, die an der Basis mit Adressat\*innen arbeiten (ebd.: 285–287).

1987 befragten Linda Cherrey Reeser und Irwin Epstein 682 Sozialarbeitende der NASW-Abteilung New York. Ihr Ziel war es, Einstellungen der Befragten gegenüber Armut und politischer Aktivität zu untersuchen (ebd.: 610). Die erhobenen Daten haben die Forschenden mit den Ergebnissen aus der Studie von Epstein (1968) verglichen. Dabei zeigte sich ein Widerspruch: Im Jahr 1984 gab ein grösserer Anteil der Befragten strukturelle Rahmenbedingungen als Hauptursache für Armut an, während 1968 noch individualisierende Argumentationen überwogen. Im Gegensatz dazu schien sich die Zieldefinition der Profession Soziale Arbeit zu verkehren: Während 1968 53% der Befragten *gesellschaftlichen Wandel* als Ziel angaben, waren es 1984 nur noch 37% (Reeser & Epstein 1987: 615–618). Sowohl in der Umfrage von 1968 als auch in der Studie von 1987 fanden die Forschenden eine hohe Zustimmung zu konsensorientierten und eine geringere Zustimmung zu Konfliktstrategien (ebd.: 617). Die gleichen Daten nutzte Reeser (1988), um zu untersuchen, inwiefern sich Sozialarbeitende in

verschiedenen Berufsfeldern in Bezug auf ihre politische Aktivität unterscheiden. Ihre Ergebnisse zeigen, dass «community organizers» politisch aktiver als «groupworkers» und diese wiederum aktiver als Berufsleute im «casework» sind (ebd.: 49).

Edward J. Pawlak und John P. Flynn interviewten im Jahr 1990 57 Geschäftsleitende von Organisationen im Sozialwesen im Bundesstaat Michigan. Die Mehrheit der Befragten gab an, dass ihre politische Aktivität positive Auswirkungen mit sich gebracht habe. Zum Beispiel seien neue Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen, Kürzungen verhindert oder wichtige Kontakte zu Entscheidungstragenden geknüpft worden (ebd.: 308). So beschrieben denn auch 16 der Befragten politische Aktivität als zentrales Instrument ihrer Geschäftsleitungsfunktion. Dem widersprachen 32 Teilnehmende, die gegenüber politischer Aktivität aufgrund von Rollen- oder Interessenskonflikten Bedenken äusserten (ebd.: 310).

1991 analysierten Michael D. Parker und Michael Sherraden die politischen Aktivitäten von 222 NASW-Mitgliedern aus allen Bundesstaaten der USA rund um die Präsidentschaftswahl im Jahr 1988 (ebd.: 23). Die Forscher fanden heraus, dass 93 Prozent der Teilnehmenden gewählt haben. Interessant ist, dass die Wahlbeteiligung in dieser Studie – im Unterschied zu Untersuchungen der Gesamtgesellschaft – nicht mit Bildung, Alter, Geschlecht, Einkommen oder Wohnort zusammenhängt (ebd.: 25). Parker und Sherraden erklären sich dieses Resultat mit der Tatsache, dass der Sozialarbeitendenstatus gewisse Variablen, wie zum Beispiel Einkommen und Bildung, nivelliert. Ausserdem vermuten sie, dass die Charakteristika von Sozialarbeitenden den Einfluss von anderen Variablen, z.B. von Alter, überschreiben.

Im Jahr 1993 untersuchte Mark Ezell, ob und wie sich die politische Aktivität von Sozialarbeitenden während der Amtszeit von Ronald Reagan (1981-1989) verändert hat. Dazu hat Ezell einerseits die Daten von Wolk (1981) herbeigezogen und andererseits selbst 388 Fachpersonen der Sozialen Arbeit befragt. Zur Operationalisierung politischer Aktivität verwendete er den von Woodward und Roper (1950) eingeführten und von Wolk (1981) weiterentwickelten Political Activity Index<sup>17</sup> in einer leicht angepassten Formulierung (Ezell 1993: 84). Im Vergleich zwischen 1981 und 1989 zeigte sich eine eindeutige Zunahme der politischen Aktivität: Während 1981 66% der Befragten der aktiven oder sehr aktiven Kategorie angehörten, erhöhte sich diese Zahl 1989 auf 86%. 1989 waren die häufigsten Aktivitäten *politische Themen diskutieren* (gelegentlich und oft: 99%), *Briefe verfassen* (84%) und *Mitgliedschaft in einer politischen Organisation* (66%). *Mitarbeit in Kampagnen* (27%) und *vor einer politischen Kommission aussagen* (9%) waren weniger stark vertreten (ebd.: 87). NASW-Mitglieder, «macro practitioners» und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen stellten sich als besonders aktiv heraus (ebd.: 86).

<sup>17</sup> Die Operationalisierung und Funktionsweise des Political Activity Index kann Anhang 2, Seite 21 entnommen werden.

In ihrer Befragung von 513 Mitgliedern der Society for Social Work Administrators in Health Care (SSWAHC) konnte Margaret Dietz Domanski (1998: 162) die Erkenntnis von Ezell (1993) bestätigen, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit insbesondere dann politisch aktiv sind, wenn die entsprechende Tätigkeit wenig Ressourcen in Form von Zeit und Geld beansprucht.

1998 befragte Arlene Bowers Andrews 184 Child and Family Service Workers. In ihrer Arbeit konnte sie, basierend auf der Selbstwirksamkeitstheorie von Bandura (1977) und der Konzeption von Niemi, Craig und Mattei (1991), nachweisen, dass eine ausgeprägtere politische Wirksamkeit der Befragten mit einer höheren politischen Aktivität einhergeht (Bowers Andrews 1998: 457f).

David Henry Hamilton (1998) hat in seiner Dissertation die politische Aktivität von 242 Sozialarbeitenden im Staat New York untersucht. Dabei zog er das *Civic Voluntarism Model*<sup>18</sup> von Verba, Schlozmann & Brady (1995) als Basismodell hinzu und prüfte dessen Grundannahmen (Hamilton 1998: 20). 92% der von Hamilton befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit haben an der Präsidentschaftswahl von 1996 gewählt (ebd.: 118). Wie bereits in verschiedenen Studien zuvor (Ezell 1993; Reeser 1988; Wolk 1981), zeigte sich somit auch in der Untersuchung von Hamilton eine höhere Wahlbeteiligung von Sozialarbeitenden verglichen mit der Gesamtbevölkerung. Hamilton konnte aufzeigen, dass mit zunehmendem Zeitaufwand die Aktivität der Befragten sinkt (Hamilton 1998: 127f). Das Einkommen hingegen zeigte keine signifikanten Effekte (ebd.: 132). Weitere positiv mit politischer Aktivität zusammenhängende Faktoren waren: Berufserfahrung und Alter (ebd.: 134f), Mitgliedschaft in der NASW (ebd.: 137), Interesse an Politik (ebd.: 145) und – wie auch in der Studie von Bowers Andrews (1998) – politische Wirksamkeit (Hamilton 1998: 141). Eine negative Korrelation fand Hamilton zwischen politischer Aktivität und der Anzahl an Kindern unter fünf Jahren. Der Forscher stellte dar, dass politische Aktivität nicht durch eine gewisse Parteipräferenz, dafür aber sehr wohl durch die Stärke der Identifizierung mit einer Partei bestimmt wird (ebd.: 143).

Nancy L. Mary hat 2001 ihre Befunde aus einer quantitativen Befragung von Dozierenden und Praxisausbildenden im Bereich der Sozialen Arbeit veröffentlicht. Sie konnte mit ihrer Untersuchung einige vorangehende Studienergebnisse bestätigen. So erwiesen sich z.B. die befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit als politisch aktiver im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, wobei die Teilnehmenden eindeutig politische Aktivitäten bevorzugten, die mit weniger Aufwand verbunden sind. Weiter zeigte sich, dass «macro practice social workers» politisch aktiver sind als Sozialarbeitende, die im direkten Kontakt mit Adressat\*innen arbeiten (ebd.: 5f). Die Variablen *Einkommen* und *Alter* beeinflussten das Engagement der Teilnehmenden

<sup>18</sup> Das Modell wird in Kapitel 4.3 vorgestellt.

nicht signifikant (ebd.: 8). Gefragt nach Hindernissen für politische Aktivität, wurde mehrfach mangelnde Zeit, Energie oder Geld genannt und einige der Teilnehmenden beschrieben «Politics as Dirty Business» (ebd.: 14).

Janet C. Dickinson (2004) untersuchte, wie bereits Reeser und Epstein (1987), nicht die tatsächliche politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, sondern erhob deren Einstellungen. Dazu befragte sie 152 Mitglieder einer NASW-Abteilung im Südosten der USA (Dickinson 2004: 12-14). 89 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass soziale Reform für die Soziale Arbeit eine hohe Priorität innehaben sollte (ebd.: 19). Auf die Frage nach den Gründen für politische Inaktivität gaben 32% der Befragten an, dass sie aufgrund ihrer Arbeit und/oder persönlicher und familiärer Verpflichtungen keine Zeit für ein politisches Engagement haben (ebd.: 15). Dickinson stellte, wie auch schon Epstein (1968), fest, dass Konsens-Strategien bei Sozialarbeitenden eine hohe Akzeptanz genießen. So wurde auf einer Skala von 1 (=strongly disagree) bis 5 (=strongly agree) z.B. das Verfassen von Leserbriefen mit einem Durchschnitt von 4.32 bewertet. Im Gegensatz dazu fanden konfliktorientierte Strategien – wie z.B. Streiks für bessere Rahmenbedingungen der Adressat\*innen (2.95) – weniger Zustimmung (Dickinson 2004: 16).

Im Jahr 2005 hat das Forschungsteam von Jessica Anne Ritter 396 Sozialarbeitende aus 11 Bundesstaaten der USA telefonisch befragt (Ritter 2007: 67). Ritter verwendete zur Konzipierung ihrer Studie ebenfalls das von Verba, Schlozmann und Brady (1995) entwickelte *Civic Voluntarism Model*. In der Auswertung zeigte sich, dass Ressourcen in Form von Freizeit, Einkommen und Wissen keine signifikanten Effekte ausüben. Die stärksten Prädiktoren für politische Aktivität waren die Mitgliedschaft in der NASW, das angegebene politische Interesse und die politische Wirksamkeit (Ritter 2008: 353f). In ihrem Fazit fordert Ritter, ähnlich wie Hamilton und Fauri (2001), mehr praktische Trainings für Studierende der Sozialen Arbeit. Sie empfiehlt zum Beispiel den Einbezug von Studierenden in politische Kampagnenarbeit mit vorbereitenden Politikseminaren (Ritter 2008: 355).

Im Jahr 2010 veröffentlichten Sunny Harris Rome und Susan Hoehstetter eine Studie, in der sie 1274 NASW-Mitglieder aus den ganzen USA befragt haben. In den Resultaten zeigt sich in Bezug auf politische Aktivität kein signifikanter Unterschied zwischen Bachelor- und Masterabschluss. Alter und Berufserfahrung korrelieren positiv mit politischer Aktivität (ebd.: 112). Mitarbeitende im öffentlichen Sektor waren politisch aktiver als solche im Nonprofit- und diese wiederum aktiver als diejenigen im Profitbereich (ebd.: 113). 88% widersprachen dem Statement «that it is unethical for social workers to be involved in politics» (ebd.: 115). Der Aussage «It is part of my mission to empower my clients politically as well as personally» (ebd.) stimmten 42%

zu, 31% stimmten nicht zu und 27% äusserten keine Meinung. Diesem Themenbereich des «Empowerments» gingen Rome und Hoechstetter zusammen mit Michael Wolf-Branigin auf der Basis des gleichen Datensatzes weiter auf den Grund. Rome, Hoechstetter und Wolf-Branigin (2010) wollten insbesondere untersuchen, inwiefern die befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit ihre Adressat\*innen dazu ermutigen, selbst politisch aktiv zu werden. Dazu legten die Forschenden 18 unterstützende Aktivitäten vor und fragten die Teilnehmenden, wie oft sie diese in ihrer Praxis ausüben. Die befragten Sozialarbeitenden gaben nur bei zwei Aktivitäten zu mehr als einem Drittel an, dass sie diese oft oder immer anwenden (ebd.: 208). Sozialarbeitende mit viel Berufserfahrung, einem Dokortitel, öffentlich-rechtlichen Arbeitgebenden oder einer starken Parteipräferenz ermutigten ihre Adressat\*innen eher zu politischen Aktivitäten als ihre jeweiligen Kontrastgruppen (ebd.: 206). In der Diskussion ihrer Ergebnisse weisen die Forschenden darauf hin, dass die Teilnehmenden ihre Adressat\*innen bevorzugt in denjenigen Aktivitäten unterstützen, die sie auch für sich selbst am ehesten anwenden. Dabei handelt es sich vornehmlich um passive Aktivitäten und weniger um zeit- oder kostenintensive Tätigkeiten (ebd.: 212).

Brandi Jean Felderhoff, Richard Hoefler und Larry Dan Watson stellten fest, dass der NASW Code of Ethics (NASW 2017) Sozialarbeitende explizit zu politischer Aktivität auffordert.<sup>19</sup> Mit ihrer im Jahr 2016 veröffentlichten Studie wollten sie überprüfen, in welchem Ausmass Fachpersonen der Sozialen Arbeit dieser Aufforderung in ihrer Praxis tatsächlich nachkommen. Zudem wurde erhoben, wie sich die 149 befragten Sozialarbeitenden über politische Aktualitäten informieren (Felderhoff et al. 2016: 30f). 69 Prozent der Befragten gaben an, sich oft oder fast immer im Internet (ohne Social Media) zu informieren. Auf den Plätzen 2 bis 5 lagen der Austausch mit Freunden, Familie und Mitarbeitenden (57%), Fernsehnachrichten (53%), Zeitung (51%) und mit 50% das öffentliche Radio (ebd.: 32). In Bezug auf die tatsächliche politische Aktivität konnten die Forschenden vorangehende Studien bestätigen: Es zeigte sich insbesondere eine ausgesprochen hohe Wahlbeteiligung. Mindestens 89% der Teilnehmenden gaben an, in den letzten beiden Jahren auf verschiedenen Ebenen gewählt zu haben (ebd.: 33). Weniger aktiv schienen die befragten Sozialarbeitenden auch in dieser Studie zu sein, wenn es darum ging, zu demonstrieren oder für ein politisches Amt zu kandidieren (ebd.: 34).

Ebenfalls im Jahr 2016 publizierte Jason A. Ostrander seine Dissertation, in welcher er die politische Aktivität von «clinical social workers»<sup>20</sup> untersuchte. Im Gegensatz zu den meisten anderen US-amerikanischen Studien zu dieser Thematik wählte er eine überwiegend qualitative

<sup>19</sup> Siehe zum Beispiel NASW (2017): «Social workers should engage in social and political action» (Punkt 6.04 a).

<sup>20</sup> Zur Definition dieser Professionsgruppe siehe zum Beispiel: NASWNY 2010

Herangehensweise in Form von Leitfadeninterviews, die durch einen kurzen Fragebogen ergänzt wurden (ebd.: 22-26 & 160-164). Die Auswertung der quantitativen Befragung zeigte, dass 33% der Teilnehmenden sich stark oder sehr stark mit einer Partei identifizierten. 36% der befragten Sozialarbeitenden fühlten eine professionelle Verantwortung, politisch zu partizipieren (ebd.: 43f). Ostrander unterteilte die erfragten 18 politischen Aktivitäten in passive (z.B. Nachrichten lesen) und aktive (z.B. an Demonstrationen teilnehmen) Tätigkeiten und wies darauf hin, dass die 23 Befragten sich am meisten in passiven Formen politischer Aktivität engagieren (ebd.: 44–48). Dieses Ergebnis stimmt mit den Resultaten aus früheren Studien, z.B. mit der Untersuchung von Hamilton (1998), überein. In der qualitativen Auswertung der Interviews erfasste Ostrander einige Geschlechtsunterschiede. So fand er heraus, dass Sozialarbeiterinnen Politik öfter mit etwas Negativem konnotieren als ihre männlichen Kollegen und durchschnittlich eine geringere politische Wirksamkeit äussern (Ostrander 2016: 83–86). Insgesamt gab nur eine sehr kleine Gruppe von Interviewten die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit als leitende Berufsmotivation an. Darüber hinaus bezeichnete ein grosser Teil der befragten Sozialarbeitenden die Verbindung von politischer Aktivität und Einzelfallarbeit mit Adressat\*innen als unethisch (ebd.: 113).

Es kann festgehalten werden: Der US-amerikanische ist im Vergleich zum deutschsprachigen Forschungsstand fortgeschrittener. Dies zeigt sich darin, dass in den USA bereits seit 1968 ausgewiesene Sozialarbeitswissenschaftler\*innen zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden forschen. Im Unterschied zu deutschsprachigen Studien sind die US-amerikanischen Untersuchungen grösstenteils quantitativ angelegt. Dabei kann an den meisten Studien eine (zu) stark vereinfachte Operationalisierung politischer Aktivität kritisiert werden: Abgesehen von der Arbeit von Dietz Domanski (1998) konstruieren die meisten Studien politische Aktivität entlang von sieben bis zehn Items. Dem Berufsverband kommt in den Forschungen eine grosse Bedeutung zu: Viele Untersuchungen befassen sich ausschliesslich mit Mitgliedern der NASW. Interessant an einigen der US-amerikanischen Studien ist, dass Einstellungen *und* Aktivitäten erfragt werden. Somit lassen sich unterschiedliche Ausprägungen in den Einstellungen als Einflussfaktoren auf politische Aktivität untersuchen.

### **3.3 EUROPEAN SOCIAL SURVEY**

Bei der Untersuchung der politischen Aktivität einer speziellen Gruppe ist es sinnvoll, die Ergebnisse mit existierenden Referenzwerten zu vergleichen. Hierzu bieten sich beispielsweise die Daten des European Social Survey (ESS) an: Im Rahmen des ESS werden nicht ausschliess-

lich Sozialarbeitende, sondern zufällig ausgewählte Personen aus rund 30 europäischen Ländern befragt. Der ESS wird seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführt und beinhaltet verschiedene Schwerpunkte, unter anderem auch mehrere Fragen zum Themenfeld Politik. Ziel des ESS ist es, eine breite Datenbasis für die Verwendung in verschiedenen Disziplinen bereitzustellen. Die Schweiz hat sich unter der Leitung von Michèle Ernst Stähli bisher an allen neun Runden beteiligt und ist jeweils mit einer Zufallsstichprobe von mindestens 1500 Personen ab einem Alter von 15 Jahren vertreten (FORS o.J.). Die aktuellsten Schweizer Ergebnisse liegen für die Runden 7 (N=1532) (Ernst Stähli et al. 2014) und 8 (N=1525) (Ernst Stähli et al. 2016) vor. Die Analysen zeigen u.a., dass sich 58.8% der befragten Personen aus der Schweiz sehr oder ziemlich für Politik interessieren. 30.2% interessieren sich kaum und 10.9% überhaupt nicht. 19.5% wählten an den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2015 die SVP, 18.5% die FDP, 17.2% die SP, 15.5% die CVP und 8.5% die Grünen. Auf der Links-Rechts-Skala von 0 (=links) bis 10 (=rechts) positionierten sich 33.4% zwischen null und vier, 27.6% wählten mit fünf exakt die Mitte und 35.1% positionierten sich zwischen sechs und zehn. Politisches Engagement wurde entlang von neun konkreten Aktivitäten operationalisiert. In den Ergebnissen zeigt sich z.B., dass 55.7% der Teilnehmenden an den letzten Wahlen ihre Stimme abgegeben haben. 15.1% haben in den letzten zwölf Monaten etwas über Politik im Internet gepostet oder geteilt und 5.4% haben im selben Zeitraum an einer bewilligten Demonstration teilgenommen. Faktoren, welche die politische Aktivität der Befragten signifikant begünstigen sind: Politikinteresse, interne politische Wirksamkeit, Stärke der Parteipräferenz und der Links-Rechts-Orientierung, Bildung sowie die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (ebd.).

Es kann festgehalten werden: Die Befragungen im Rahmen des ESS werden seit 2002 durchgeführt und beinhalten eine Vielzahl erprobter Forschungsinstrumente. Einige davon wurden für die vorliegende Studie übernommen (siehe Kapitel 5.1). Somit eröffnet sich die Möglichkeit, die Daten der ESS-Runden sieben und acht mit den Daten aus der vorliegenden Untersuchung zu vergleichen.

### **3.4 ZWISCHENFAZIT**

Die vorgestellten Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Sozialarbeitende – dem Grundtenor des Fachdiskurses folgend – grundsätzlich einen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit befürworten (z.B. Kulke 2018: 17). Fachpersonen der Sozialen Arbeit scheinen politisch aktiver zu sein als die Durchschnittsbevölkerung (z.B. Hamilton 1998: 118), wobei präferiert «kostengünstige» Aktivitäten ausgeübt werden, die eher wenig Ressourcen in Form von Zeit, Geld und öffentlicher Präsenz erfordern (z.B. Ostrander 2016: 44-48). Die erwähnten Studien

konnten aufzeigen, dass Bildung (z.B. Ezell 1993: 86), Alter und Berufserfahrung (z.B. Rome & Hoechstetter 2010: 112), politische Diskussionen in der Herkunftsfamilie (z.B. Amann 2017: 67), die Mitgliedschaft in Mobilisationsnetzwerken – insbesondere im Berufsverband (z.B. Ritter 2008: 353f) oder verfügbare Zeit (z.B. Amann 2017: 72) die politische Aktivität von Sozialarbeitenden positiv beeinflussen. Auch eine starke Parteipräferenz, eine ausgeprägte politische Wirksamkeit und grosses Interesse für Politik scheinen politische Aktivität zu fördern (z.B. Rome et al. 2010: 206; Hamilton 1998: 141-145; Ritter 2008: 353f). Darüber hinaus können auch das jeweilige Berufsfeld (z.B. Wegmüller 2015: 56f & 62f), die Art der Trägerschaft (z.B. Rome & Hoechstetter 2010: 113) und die Interaktionshäufigkeit mit Adressat\*innen (z.B. Ezell 1993: 86) einen Einfluss auf die politische Aktivität von Sozialarbeitenden haben.

Alle erwähnten Einflussfaktoren auf politische Aktivität lassen sich theoretisch mit dem *Civic Voluntarism Model* fassen. Hamilton (1998), Ritter (2007; 2008), Lane und Humphreys (2011), Swank (2012), Pritzker und Burwell (2016), Ostrander et al. (2017)<sup>21</sup>, Lane et al. (2018) Ostrander et al. (2018)<sup>21</sup> sowie Kulke (2018) haben in ihren Studien explizit mit diesem Modell gearbeitet und dessen Grundannahmen für die Gruppe der Sozialarbeitenden bzw. Studierenden der Sozialen Arbeit mehrheitlich bestätigt. Das *Civic Voluntarism Model* hat sich insofern für die politische Sozialarbeitsforschung als geeignet herausgestellt und liegt auch der vorliegenden Untersuchung zugrunde. Das Modell wird in Kapitel 4.3 genauer beschrieben.

Die vorangehenden Kapitel zeigen, dass die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit insgesamt wenig erforscht ist. Insbesondere im deutschsprachigen Raum existieren zu diesem Themenbereich noch kaum Untersuchungen. Die bestehenden Studien fokussieren teilweise stark auf Einstellungen und weniger auf konkrete Tätigkeiten von Sozialarbeitenden. Zudem werden vielfach ausschliesslich Studierende der Sozialen Arbeit und nicht ausgebildete Fachpersonen befragt, sodass die beiden Gruppen nicht verglichen werden können. An den benannten Forschungslücken setzt die vorliegende Arbeit an: Befragt werden sowohl ausgebildete als auch studierende Fachpersonen der Sozialen Arbeit.<sup>22</sup> Ausserdem werden neben den Einstellungen der Befragten auch deren konkrete Tätigkeiten untersucht, um einen ersten Überblick über die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz zu erlangen. Darüberhinaus sollen – ähnlich wie bei Hamilton (1998) – auch Vergleiche zwischen den in der vorliegenden Studie befragten Sozialarbeitenden und der allgemeinen Bevölkerung in der Schweiz angestellt werden. Hierzu können die Daten aus den ESS-Runden sieben und acht (Ernst Stähli et al. 2014; 2016) wichtige Referenzwerte bieten.

<sup>21</sup> Siehe Anhang 2

<sup>22</sup> Zur Definition von «Fachpersonen der Sozialen Arbeit» siehe Kapitel 4.1

## 4 DEFINITIONEN

Die vorliegende Arbeit fragt einerseits danach, in welchem Ausmass Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz politisch aktiv sind. Andererseits wird untersucht, welche Faktoren die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz fördern (siehe Kapitel 1). Die bisherigen Ausführungen haben dabei noch offengelassen, wer als «Fachperson der Sozialen Arbeit» gemeint ist und was unter «politischer Aktivität» sowie «fördernden Faktoren» verstanden werden kann. Kapitel 4.1, 4.2 und 4.3 geben erste Antworten in Form von Arbeitsdefinitionen, welche dem empirischen Teil der Thesis zugrunde liegen.

### 4.1 FACHPERSONEN DER SOZIALEN ARBEIT

AvenirSocial (o.J.) beschreibt *Professionelle der Sozialen Arbeit* als diejenigen Fachpersonen «mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstattleitung». Die entsprechenden Abschlüsse sind geschützt und Personen ohne korrespondierende Ausbildung können sich zum Beispiel nicht *Sozialpädagog\*in FH* nennen. Abgesehen von den Abschlüssen können die Berufsbezeichnungen im Bereich der Sozialen Arbeit jedoch frei von den Arbeitgebenden gewählt werden. So kann jede Person ohne entsprechende Ausbildung als Soziokulturelle Animatorin, Streetworker oder Sozialpädagogin eingesetzt werden. Berechnungen des Berufsverbandes zeigen, dass im Jahr 2014 weniger als die Hälfte der im Sozialbereich Tätigen über eine entsprechende Ausbildung verfügte (Keller 2017: 10–22). Damit kann festgehalten werden: Fachpersonen der Sozialen Arbeit können über eine *entsprechende Ausbildung* und/oder über eine *entsprechende Tätigkeit* im Bereich der Sozialen Arbeit definiert werden.

In der vorliegenden Untersuchung werden all diejenigen Personen als Fachpersonen der Sozialen Arbeit verstanden, die im Bereich der Sozialen Arbeit tätig sind (Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstattleitung) oder sich für eine entsprechende Tätigkeit ausbilden lassen.

Dieser Definition folgend werden alle Fachpersonen in die Untersuchung aufgenommen, die sich tagtäglich im beruflichen oder Ausbildungsumfeld mit Themen der Sozialen Arbeit auseinandersetzen. Diese Eingrenzung wird der beschriebenen Heterogenität im Feld der Sozialen Arbeit gerecht. Somit ist theoretisch geklärt, wer zur Grundgesamtheit der vorliegenden Untersuchung gezählt wird. Doch wie kann diese Grundgesamtheit praktisch erreicht werden: Wie viele Fachpersonen der Sozialen Arbeit gibt es in der Schweiz? Nach der eben beschriebenen Arbeitsdefinition zählen sowohl Studierende als auch Beschäftigte der Sozialen Arbeit zum

Kreis der Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Zunächst soll die Frage interessieren, wie viele Personen im Bereich der Sozialen Arbeit tätig sind. Dazu existieren keine eindeutigen Zahlen. Frey, Braun und Waeber (2009: 4) gehen in ihrer Studie davon aus, dass im Jahr 2009 113'600 Personen in einem «Sozialberuf» beschäftigt waren. Das Bundesamt für Statistik – auf dessen Berechnungen sich die folgenden Überlegungen stützen – ordnet in seiner Strukturhebung die Berufe der Sozialen Arbeit zusammen mit anderen Berufen der Berufsgruppe 831 «Berufe der Fürsorge und Erziehung» zu (BFS 2018b). Das BFS unterteilt diese Gruppe – zusammengesetzt aus insgesamt 236 Berufsbezeichnungen – wiederum in vier Untergruppen: Sozialarbeiter\*innen (52 Berufsbezeichnungen), Erzieher\*innen (29), Heim- und Krippenleiter\*innen (42) und andere Betreuerberufe (113). In den ersten drei Untergruppen nennt das BFS Berufe, die teilweise klar dem Feld der Sozialen Arbeit zuzuordnen sind: Sozialpädagoge HF, Jugendarbeiterin, Soziokultureller Animator FH etc. Insbesondere in der Untergruppe «andere Betreuerberufe» finden sich jedoch Berufsbezeichnungen, welche mit Sozialer Arbeit nichts zu tun haben: «Jugendherbergsleiterin, Randstundenbetreuer, Babysitterin, Fachmann Betreuung» etc. (BFS 2018c). Tabelle 2 gibt einen Überblick über die aktuellsten Hochrechnungen des BFS für das Jahr 2016.

*Tabelle 2. Anzahl der Beschäftigten im Sozialbereich im Jahr 2016 (BFS 2018b)*

Nummer	Untergruppe	Anzahl Beschäftigte
831.01	Sozialarbeiter*innen	17'000
831.02	Erzieher*innen	29'000
831.03	Heim- und Krippenleiter*innen	11'000
831.04	Andere Betreuungsberufe	60'000
	<i>Total</i>	<i>117'000</i>

Von 1980 bis 2010 ist die Zahl der Beschäftigten im Sozialbereich (831.01-831.04) von 12'000 auf 92'000 gestiegen (BFS 2018b). Diese Zunahme wurde seit 2010 abgebremst, befindet sich aber noch immer im positiven Bereich, wie Abbildung 3 entnommen werden kann. Für die Jahre 2017 und 2018 liegen noch keine aktuellen Daten des BFS vor, weshalb Abbildung 3 eine hypothetische Prognose beinhaltet.

Angenommen im Jahr 2018 sind 120'00 Personen in den Berufsgruppen 831.01 bis 831.04 beschäftigt: Wie viele davon sind im Bereich der Sozialen Arbeit tätig? Das BFS kann aufgrund der Stichprobengrösse der Strukturhebung keine verlässliche Aussage über die Anzahl der

erwerbstätigen «Badehelferinnen, Zöglingsaufseher, Studienprogrammiererinnen oder Anstaltsgehilfen» machen (BFS 2018a). Somit gestaltet sich auch eine genaue Kalkulation der Beschäftigten im Bereich der Sozialen Arbeit unmöglich und eine Schätzung drängt sich auf.

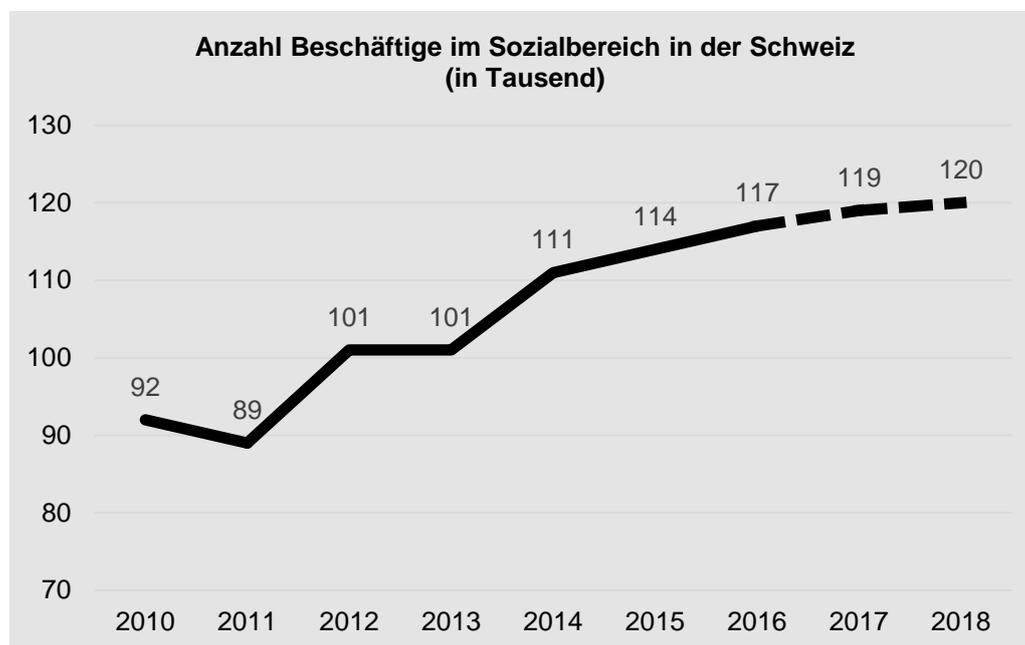


Abbildung 3. Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Sozialbereich in der Schweiz (BFS 2018b)

Bei der Durchsicht der vier Berufsgruppen lassen sich mindestens 59 Berufsbezeichnungen (Kinderhüter, Pflegeheimangestellte etc.) als nicht dem Bereich der Sozialen Arbeit zugehörig identifizieren. Somit verbleiben 177 von 236 Berufsbezeichnungen in der Berechnung, womit ein einfacher Dreisatz möglich wird: 236 Berufsbezeichnungen = 120'000 Personen, 177 Berufsbezeichnungen = 90'000 Personen. Von den 17'000 Beschäftigten in der Untergruppe 831.01 «Sozialarbeiter/innen» sind 71% weiblichen und 29% männlichen Geschlechts. 94% der Sozialarbeitenden verfügen über die schweizerische Nationalität (BFS 2018b).<sup>23</sup>

Im Jahr 2018 arbeiten schätzungsweise 90'000 Personen (mit und ohne fachrelevante Ausbildung) im Bereich der Sozialen Arbeit.

Um die Frage nach der Anzahl der Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz abschliessend zu beantworten, erfolgt nun eine Schätzung der Studierendenzahlen. AvenirSocial (2011a: 8f) verweist in seinem Dokument «Beschäftigung und Ausbildung im Bereich der Sozialen Arbeit in der Schweiz» auf insgesamt 20 Ausbildungsstätten auf HF- und FH-Niveau.

<sup>23</sup> In der gesamten Berufsgruppe 831 liegt der Frauen- mit 79% und der Auslandsanteil mit 17% höher (BFS 2018b). Die Zahlen der Untergruppe 831.01 scheinen aber für Fachpersonen der Sozialen Arbeit relevanter, da z.B. keine Fachpersonen Betreuung in die Berechnung aufgenommen werden.

Diese Liste<sup>24</sup> wurde für die vorliegende Recherche um die beiden Schulen Curaviva HFG und Curaviva HFK ergänzt. 17 der 22 Hochschulen und Schulen haben in Ihren Jahresberichten oder im Internet die aktuellen Studierendenzahlen für das Geschäftsjahr 2017/2018 veröffentlicht. Werden diese zusammengezählt, ergibt sich ein Total von 10'076 Studierenden der Sozialen Arbeit.

Im Jahr 2018 arbeiten und studieren schätzungsweise 100'000 Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz.

## 4.2 POLITISCHE AKTIVITÄT

Die empirische Erforschung von politischer Aktivität begann in den 1930er Jahren. Damals interessierten ausschliesslich Tätigkeiten, die mit Wahlen in Zusammenhang standen. Anfang der 1960er Jahre erweiterte sich diese Perspektive und es gerieten zunehmend unkonventionelle Aktivitäten<sup>25</sup>, wie beispielsweise Proteste, in den Fokus der Untersuchungen (Vetter & Remer-Bollow 2017: 56–60). Bis heute ist das Repertoire politischer Partizipation weiter angewachsen (Gabriel 2013: 383). Während Wolk (1981) politische Aktivität beispielsweise noch entlang von sieben Tätigkeiten operationalisierte, arbeitete Dietz Domanski (1998) bereits mit 34 politischen Aktivitäten. Die Auseinandersetzung mit empirischen Fragestellungen der politischen Aktivität wird heute unter dem Dach der «Partizipationsforschung»<sup>26</sup> geführt. Dabei werden die folgenden Begrifflichkeiten teilweise synonym verwendet:

- ▶ politisches Engagement (Vetter & Remer-Bollow 2017: 61)
- ▶ politische Beteiligung (van Deth 2016: 173)
- ▶ politische Partizipation (van Deth 2016: 171)
- ▶ politische Aktivitäten (van Deth 2016: 172)
- ▶ politische Tätigkeiten (van Deth 2016: 171)
- ▶ politisches Verhalten (Gabriel 2013: 393)

<sup>24</sup> Die Liste mit den Studierendenzahlen kann im Anhang 3 eingesehen werden.

<sup>25</sup> Zur Unterscheidung zwischen unkonventionellen und konventionellen Formen politischer Aktivität siehe Vetter & Remer-Bollow (2017: 58)

<sup>26</sup> Für eine Einführung in die Partizipationsforschung siehe z.B. Vetter & Remer-Bollow (2017) oder auch van Deth (2016) und Gabriel (2013)

Im Folgenden wird auf den Terminus «politische Aktivität»<sup>27</sup> zurückgegriffen. Dieser Gebrauch lässt einerseits anklingen, dass sich das Konstrukt der politischen Aktivität aus vielen verschiedenen Aktivitäten zusammensetzt und in unterschiedlichen Formen<sup>28</sup> zeigt. Andererseits wird dadurch expliziert, dass *Aktivitäten* fokussiert werden und verwandte Bereiche der Politikforschung, wie z.B. politische Einstellungen oder politisches Interesse, zunächst nicht gemeint sind. Zur Definition politischer Aktivität wurden in der Geschichte der Partizipationsforschung verschiedene Charakteristika vorgeschlagen, wobei heute fünf Merkmale des Terminus unumstritten scheinen. Kaase (1996) fasst diese zusammen und versteht unter politischer Aktivität «alle Tätigkeiten . . ., die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen» (521).

Demnach handelt es sich bei politischer Aktivität **erstens** um konkrete Tätigkeiten und nicht um Einstellungen. Diese Abgrenzung ist relevant, weil so Einstellungen als Einflussfaktoren auf politische Aktivität untersucht werden können. Nach der Definition von Kaase (1996) sind **zweitens** ausschliesslich «Bürger» in der Lage, politisch aktiv zu sein. Damit werden Politiker\*innen von Untersuchungen ausgeschlossen. Gleichzeitig werden so auch die politischen Aktivitäten von Ausländer\*innen ausgeblendet. Diese Eingrenzung auf «Bürger» scheint wenig zielführend und wird im Folgenden durch einen breiteren Fokus ersetzt. Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz können durchaus ausländischer Staatsangehörigkeit sein. Zudem ist es für die vorliegende Studie von Interesse, auch die politische Aktivität von Sozialarbeitenden mit (partei-)politischem Mandat zu erfassen. **Drittens** geht es bei politischer Aktivität immer um freiwillige Aktivitäten. Dadurch sind gesetzlich vorgeschriebene Tätigkeiten, wie beispielsweise das Wählen im Kanton Schaffhausen, ausgeschlossen. Politische Aktivität nach Kaase (1996) unterscheidet sich **viertens** von anderen freiwilligen Tätigkeiten durch ihre Zielsetzung, Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen der Politik zu beeinflussen. Damit werden Handlungen ausgeschlossen, die lediglich in ihren Konsequenzen politisch sind. **Fünftens** zeugt die Definition von einem breiten Politikverständnis: Kaase (1996) schränkt politische Aktivität weder auf eine spezifische Phase noch auf eine bestimmte Ebene oder Dimension<sup>29</sup> des politischen Systems ein (Vetter & Remer-Bollow 2017: 59; van Deth 2016: 171). Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Kritik am Bürgerbegriff, der

<sup>27</sup> Politische *Aktivität* ist nicht zu verwechseln mit politischem *Aktivismus* als besonders intensiver Form der Vertretung bzw. Durchsetzung von Interessen. Politischer Aktivismus kann gemäss der hier skizzierten Definition jedoch eine Form politischer Aktivität sein.

<sup>28</sup> Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen politischer Aktivität (konventionell, legal, passiv etc.) siehe Pickel (2012: 41–43)

<sup>29</sup> In den Politikwissenschaften werden die Dimensionen polity (Struktur), policy (Inhalt) und politics (Prozesse) unterschieden. Für weitere Informationen dazu siehe z.B. Benz & Rieger (2015: 45) oder Langer (2009: 8–10)

neben vielen anderen Menschen auch nicht-männliche Bürger\*innen ausschliesst, wird die Definition von Kaase (1996) wie folgt erweitert und der vorliegenden Thesis als Arbeitsdefinition zugrunde gelegt:

Unter politischer Aktivität werden alle Aktivitäten verstanden, die Personen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.

Für die empirische Befragung musste diese Arbeitsdefinition in eine «Realdefinition» (Blanz 2015: 59) überführt werden. So wurden, abgeleitet von den in Kapitel 3 benannten Studien, 37 politische Aktivitäten formuliert, die in ihrem Wortlaut Tabelle 3 entnommen werden können.<sup>30</sup> Die Liste ist nicht abschliessend und soll künftig erweitert werden.

*Tabelle 3. Realdefinition von politischer Aktivität*

#	Politische Aktivität
1	Wählen auf kommunaler Ebene
2	Wählen auf kantonaler Ebene
3	Wählen auf nationaler Ebene
4	Abstimmen auf kommunaler Ebene
5	Abstimmen auf kantonaler Ebene
6	Abstimmen auf nationaler Ebene
7	Petition, Initiative, Kampagne oder Referendum unterschreiben
8	Petition, Initiative, Kampagne oder Referendum lancieren
9	Kontakt zu Politiker*in (Treffen, Mail, Brief, Telefon)
10	Teilnahme an politischer Diskussions- oder Informationsveranstaltung, Gemeindeversammlung
11	Organisation von politischer Diskussions- oder Informationsveranstaltung, Gemeindeversammlung
12	Ehrenamtliche Arbeit für eine Partei
13	Bezahlte Arbeit für eine Partei (z.B. in einem Parteisekretariat)
14	Ehrenamtliche Arbeit für Politiker*in
15	Bezahlte Arbeit für Politiker*in (z.B. Beratung)
16	Ehrenamtliche Arbeit für politische Organisation, Verband, Gruppe
17	Bezahlte Arbeit für politische Organisation, Verband, Gruppe (z.B. Geschäftsleitung)

<sup>30</sup> Für detaillierte Angaben zur Operationalisierung politischer Aktivität im Fragebogen siehe Kapitel 5.1.1

- 18 Ehrenamtliche Arbeit für Petition, Initiative, Kampagne oder Referendum (z.B. Unterschriftensammlung, Flyer verteilen)
- 19 Bezahlte Arbeit für Petition, Initiative, Kampagne oder Referendum
- 20 Finanzielle Spende für einen politischen Zweck
- 21 Mit Freunden, Arbeitskolleg\*innen oder Familie über politische Themen diskutieren
- 22 Politische Meinung im Internet äussern (z.B. Soziale Medien, Website, Blog)
- 23 Privates Umfeld zu politischer Aktivität motivieren
- 24 Arbeitskolleg\*innen zu politischer Aktivität motivieren
- 25 Adressat\*innen zu politischer Aktivität motivieren
- 26 Adressat\*innen über ihre Rechte informieren
- 27 Leserbrief verfassen
- 28 Eine öffentliche Rede zu einem politischen Thema halten
- 29 In den Medien Position zu einem politischen Thema beziehen (z.B. Interview, Stellungnahme, Artikel, Diskussionsrunde)
- 30 An einer legalen Demonstration teilnehmen
- 31 Streiken (z.B. auch in Form von Arbeitsauftrag verweigern)
- 32 Legales Anbringen von Stickern oder Plakaten mit einer politischen Botschaft
- 33 Politisch motivierter Boykott bestimmter Produkte
- 34 Tragen von Ansteckern oder Kleidern mit einer politischen Botschaft
- 35 Nicht legale politische Aktivität (z.B. illegale Demonstration, Graffiti, Hausbesetzungen)
- 36 Politiker\*in in den Sozialen Medien unterstützen (z.B. liken, folgen)
- 37 Beitritt zu politischen Gruppen in den Sozialen Medien

### 4.3 EINFLUSSFAKTOREN

Wie kommt es, dass sich bestimmte Personen politisch stärker einbringen als andere? Bei der Beantwortung dieser Fragestellung durch die empirische Partizipationsforschung können zwei Strategien ausgemacht werden: Mit der ersten Strategie werden gesellschaftliche Makrofaktoren, wie beispielsweise die Regierungsform, der Säkularisierungsgrad oder die Bevölkerungsdichte von Staaten herangezogen, um politische Aktivität zu erklären. Dergestalt lassen sich zum Beispiel Partizipationsniveaus zwischen verschiedenen Ländern oder im zeitlichen Verlauf vergleichen. Die zweite Strategie zielt hingegen explizit auf die Beschreibung individuellen Verhaltens und untersucht dafür nichtaggregierte, persönlichkeitsbezogene Merkmale von Einzelpersonen, wie beispielsweise Einstellungen, Ressourcen oder Motive (Gabriel 2013: 388–393; Kaase 1996: 524). Die vorliegende Studie ist mit ihrem Fokus eindeutig der zweiten Strategie zuzuordnen und verwendet als theoretische Ausgangsbasis das Civic Voluntarism Modell.

Das Civic Voluntarism Modell wurde 1995 von Sidney Verba, Kay Lehman Schlozman und Henry Brady im Rahmen der Citizen Participation Study entwickelt. 1989 befragten die Politikwissenschaftlerin und die Politikwissenschaftler 15'053 Personen aus den USA telefonisch zu deren politischem und gesellschaftlichem Engagement. Im Jahr 1990 folgten ausführlichere Interviews mit 2517 Personen aus dem ursprünglichen Sample (Verba et al. 1995: 31–33). Verba, Schlozman und Brady wollten herausfinden, welche Faktoren die politische Aktivität fördern und stellten dazu zunächst die umgekehrte Frage:

In thinking about why some people are active while others are not, we find it helpful to invert the usual question and to ask instead why people do *not* take part in politics. Three answers immediately suggest themselves: because they can't; because they don't want to; or because nobody asked. (Verba et al.: 15)

Damit fokussieren Verba, Schlozman und Brady in ihrem Civic Voluntarism Modell die drei zentralen Einflussfaktoren «resources», «psychological engagement with politics» und «recruitment networks» (ebd.: 269). Die verfügbaren Ressourcen<sup>31</sup> in Form von Zeit, Geld und Wissen haben einen Einfluss darauf, ob und wie leicht eine Person politisch aktiv werden *kann*. Das Ausmass der politischen Involviertheit in Form von subjektivem Wirksamkeitsempfinden, politischem Interesse oder Stärke der Parteipräferenz beeinflusst, inwiefern sich eine Person am politischen Geschehen beteiligen *möchte*. Zuletzt bestimmt die Einbindung bzw. die Mitgliedschaft in Mobilisationsnetzwerken wie beispielsweise Parteien o.ä., wie oft eine Person *gefragt*, d.h. mit konkreten Aufforderungen zur Aktivität konfrontiert wird.

Das Civic Voluntarism Modell hat sich seit seiner Entwicklung 1995 mehrfach bewährt<sup>32</sup> und gilt in der empirischen Partizipationsforschung inzwischen als Standarderklärungsmodell. Und auch wenn nicht alle neueren Forschungsbeiträge explizit auf das Civic Voluntarism Modell Bezug nehmen, stellen die beschriebenen Faktoren in den meisten aktuellen Untersuchungen zentrale Bestandteile dar.<sup>33</sup>

Der empirische Teil der vorliegenden Studie basiert auf den Überlegungen von Verba, Schlozman und Brady, erweitert deren Modell jedoch um wesentliche Komponenten. So werden neben den drei Haupteinflussfaktoren auch berufliche und demographische Daten erhoben. Dies geschah ebenso bei Verba et al., die entsprechenden Daten fanden jedoch keinen direkten Eingang ins Modell. Da die vorliegende Arbeit eine spezifische Professionsgruppe untersucht, ist die prominente Behandlung von beruflichen Daten (Berufsfeld, Hierarchieposition etc.) an-

<sup>31</sup> Die Übersetzung der drei Faktoren ins Deutsche erfolgte in Anlehnung an Hansen (2009), der die Erklärungskraft des Civic Voluntarism Modells für den europäischen Raum bestätigte.

<sup>32</sup> Siehe für den Bereich der Sozialarbeitsforschung Kapitel 3

<sup>33</sup> Für Beispiele diesbezüglich siehe Gabriel (2013: 394)

gezeigt. Eine weitere Differenzierung erfährt das Modell durch Daten zur politischen Sozialisation. Mehrere Untersuchungen zeigen, dass politische Aktivität wesentlich durch politische Diskussionen und Aktionen in der Herkunftsfamilie gefördert wird (Amann 2017; Wegmüller 2015). Um dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen, wird im erweiterten Modell die politische Sozialisation nicht wie bei Verba, Schlozman und Brady unter der politischen Involviertheit subsumiert, sondern als eigenständiger Einflussfaktor untersucht. Ein zweites «Spinn-off» der politischen Involviertheit stellen die Einstellungen zu einer politischen Sozialen Arbeit dar. Dieser Einflussfaktor wird im erweiterten Modell ebenso separat geführt wie die beruflichen Daten, um den professionsspezifischen Eigenheiten von Fachpersonen der Sozialen Arbeit gerecht werden zu können. In Abbildung 4 sind die Erweiterungen durch gestrichelte Linien gekennzeichnet. Ausserdem sind die jeweiligen Kapitel angegeben, in denen Bedeutung und Operationalisierung der Faktoren ausführlicher beschrieben werden.

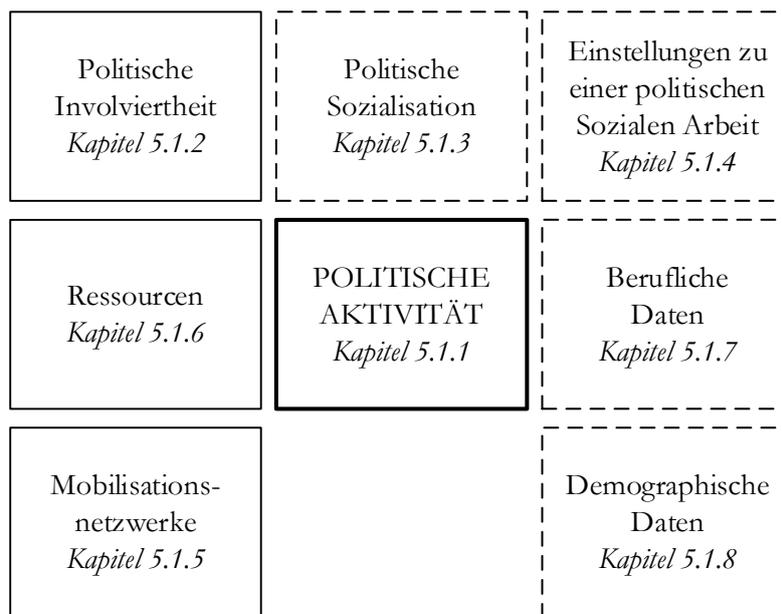


Abbildung 4. Erweitertes Civic Voluntarism Modell

## 5 METHODISCHES VORGEHEN

Was bislang mehrheitlich theoretisch diskutiert wurde, soll nun empirische Form annehmen. Hauptteil dieser Arbeit ist eine quantitative Online-Befragung und deren statistische Analyse. Die folgenden Unterkapitel beschreiben das methodische Vorgehen, wobei die Ausführungen sich an den Überlegungen von Diekmann (2017: 192–200) zum Forschungsplan orientieren. Kapitel 5.1 stellt dar, wie die bereits theoretisch diskutierten Konstrukte im Fragebogen operationalisiert wurden. Kapitel 5.2 gibt einen Einblick in den Stichprobenplan bevor die Kapitel 5.3 und 5.4 sich mit dem Pretest und der Datenerhebung befassen. In den Kapiteln 5.5 und 5.6 wird beschrieben, wie die Datenaufbereitung sowie die Datenauswertung erfolgten.

### 5.1 FRAGEBOGENERSTELLUNG

In den Kapiteln 4.2 und 4.3 wurden das Verständnis von politischer Aktivität sowie die Auswahl der hier interessierenden Einflussfaktoren theoretisch begründet. Im Folgenden geht es nun darum, die für die empirische Untersuchung gewählte Operationalisierung nachzuvollziehen. In Kapitel 5.1.1 wird die Messung politischer Aktivität als abhängige Variable vorgestellt. Kapitel 5.1.2 bis 5.1.8 zeichnen anschliessend nach, wie die unabhängigen Variablen konstruiert und die zugehörigen Hypothesen formuliert wurden. Kapitel 5.1.9 beinhaltet allgemeine Informationen zum Fragebogen. Die Strukturierung dieses Unterkapitels sowie die Darstellung der folgenden Tabellen orientieren sich an der Arbeit von Hamilton (1998: 78–93). Parallel zur Lektüre der Kapitel 5.1.1 bis 5.1.9 wird das Studium des Originalfragebogens im Anhang 4 empfohlen.

#### 5.1.1 POLITISCHE AKTIVITÄT

Um das Ausmass der politischen Aktivität der befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit zu messen, bedient sich die Untersuchung eines Instruments, welches in ähnlicher Weise bei Rome und Hoehstetter (2010: 114) sowie Ostrander (2016: 45) Anwendung findet: die *Political Participation Scale*. Diese wird hier *Politische Aktivitäts-Skala (PAS)* genannt und berechnet sich wie folgt: In der vorliegenden Studie sollten die Befragten für alle in Kapitel 4.2 genannten 37 Aktivitäten (Fragen 10, 11, 12, 19, 20 und 21) angeben, ob sie diese in den letzten 12 Monaten<sup>34</sup> nie (=0), selten (=1), manchmal (=2), oft (=3) oder sehr oft bzw. immer (=4) ausgeübt haben. Zur Berechnung des PAS-Wertes wird aus allen 37 Antworten das arithmetische Mittel mit zwei Dezimalstellen gebildet. Auf der PAS weisen somit alle Befragten einen Mindestwert von

<sup>34</sup> Da die Befragung zwischen Mai und Juli 2018 durchgeführt wurde, bezieht sich somit der Untersuchungszeitraum auf Mai 2017 bis Juli 2018. Der Zeitraum von 12 Monaten wird z.B. auch im European Social Survey (2016: 7) vorgegeben.

0 (=keine politische Aktivität) und einen Maximalwert von 4 (=maximale politische Aktivität) auf. Hat z.B. eine teilnehmende Person bei 27 Aktivitäten mit «selten» ( $27 \cdot 1 = 27$ ) und bei zehn Aktivitäten mit «oft» ( $10 \cdot 3 = 30$ ) geantwortet, erhält sie einen *PAS*-Wert von  $(27 + 30) / 37 = 1.54$ .

### 5.1.2 POLITISCHE INVOLVIERTHEIT

Dem *Civic Voluntarism Model* von Verba, Schlozman und Brady (1995) folgend, gibt es Menschen, die politisch kaum aktiv sind, weil sie sich z.B. nicht für Politik interessieren oder nur geringe politische Wirksamkeit erfahren.<sup>35</sup> Neben diesen beiden Einflussfaktoren wurde in der vorliegenden Arbeit in Anlehnung an Ritter (2007: 73) und den European Social Survey [ESS] (2016: 8)<sup>36</sup> auch die Parteipräferenz erhoben. Zunächst fragt Item 8, welche Partei bei Wahlen und Abstimmungen bevorzugt wird. Darauffolgend sollen die Befragten bei Frage 9 angeben, wie oft sie mit der angegebenen Partei übereinstimmen. Das fünfte Item im Block der politischen Involviertheit misst die Stärke der Links-Rechts-Einordnung. Dazu wurde zu Vergleichszwecken – wie auch bei Frage 1, 4, 5, 6 und 7 – die Formulierung aus dem ESS (2016: 8) wörtlich übernommen. Die Befragten wurden gebeten, sich auf einer Skala von 0 (=politisch links) bis 10 (=politisch rechts) zu positionieren. In der Auswertung interessierte jedoch nicht mehr die Links-Rechts-Positionierung (Abbildung 5, Zeile 2), sondern vielmehr die *Stärke* dieser Positionierung (Abbildung 5, Zeile 1). Die Werte wurden wie folgt umkodiert: Die mittlere Zahl 5 erhielt den Wert 0, die beiden Zahlen 4 und 6 den Wert 1 und so weiter bis 0 und 10, die mit 5 bewertet wurden.

5=sehr stark	4	3	2	1	0=sehr schwach	1	2	3	4	5=sehr stark
0=links	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10=rechts

Abbildung 5. Umkodierung der Links-Rechts-Positionierung

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die vorgestellten Items und deren Kodierung. Um den Zusammenhang zwischen den einzelnen Items und dem Ausmass politischer Aktivität zu untersuchen, werden die Hypothesen 1 bis 5 getestet.

<sup>35</sup> Zur Unterscheidung zwischen interner und externer Wirksamkeit siehe allgemein Niemi et al. (1991) und für Untersuchungen speziell bei Sozialarbeitenden Hamilton (1998), Ritter (2007) oder Ostrander (2016).

<sup>36</sup> Angaben zu Anlage, Zielen und Ergebnissen des European Social Survey (ESS) können ESS (o.J.) und FORS (o.J.) entnommen werden.

Tabelle 4. Politische Involviertheit

Frage	Unabhängige Variable	Kodierung
1	Politikinteresse	1=überhaupt nicht; 2=kaum; 3=ziemlich; 4=sehr interessiert
3	Stärke der Links-Rechts-Einordnung	0=Mitte bis 5=sehr stark links bzw. rechts
4, 5	Externe politische Wirksamkeit	2-Item Skala: 0 (=keine) bis 20 (=maximale externe Wirksamkeit)
6, 7	Interne politische Wirksamkeit	2-Item Skala: 0 (=keine) bis 20 (=maximale interne Wirksamkeit)
9	Übereinstimmung mit präferierter Partei	0=nie; 1=selten; 2=manchmal; 3=oft; 4=sehr oft

**H<sub>1</sub>:** Die Stärke des Politikinteresses korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität.

**H<sub>2</sub>:** Die Stärke der Links-Rechts-Einordnung korreliert positiv mit dem Ausmass politischer

Aktivität. **H<sub>3</sub>:** Die externe politische Wirksamkeit korreliert positiv mit dem Ausmass politi-

scher Aktivität. **H<sub>4</sub>:** Die interne politische Wirksamkeit korreliert positiv mit dem Ausmass

politischer Aktivität. **H<sub>5</sub>:** Die Stärke der Parteipräferenz korreliert positiv mit dem Ausmass

politischer Aktivität.

### 5.1.3 POLITISCHE SOZIALISATION IM ELTERNHAUS

Verschiedene Untersuchungen weisen darauf hin, dass die politische Aktivität von Sozialarbeitenden wesentlich durch die Bedingungen im Elternhaus mitbestimmt wird (Ritter 2008: 352; Ostrander 2016: 163). Amann (2017) hat parteipolitisch aktive Fachpersonen der Sozialen Arbeit interviewt und konnte aufzeigen, dass eine «Mehrheit der Befragten aus Herkunftsfamilien stammt, in denen häufig über Politik diskutiert wurde» (73). Verba et al. (1995: 569) gehen davon aus, dass auch die Bildung der Eltern sowie deren eigene politische Aktivität die spätere politische Aktivität ihrer Kinder beeinflussen. Ritter (2008: 352) konnte diese Effekte für Sozialarbeitende in den USA ebenfalls nachweisen. In der vorliegenden Arbeit wurden diese Erkenntnisse berücksichtigt, indem die Teilnehmenden angehalten wurden, sich an ihre Jugendjahre zu erinnern und anzugeben, ob sie ihre Mutter, ihren Vater und eine andere Person im selben Haushalt damals als politisch aktiv bezeichnen würden oder nicht. Die Antwortmöglichkeiten ja (=1), nein (=0) und weiss nicht (=0) ermöglichen dann die Berechnung einer Skala mit den Werten von 0 (=keine Person) bis 3 (=mindestens drei Personen im Jugendhaushalt

waren politisch aktiv). Tabelle 5 gibt einen Überblick über die vorgestellten Items und deren Kodierung. Um den Zusammenhang zwischen den einzelnen Items und dem Ausmass politischer Aktivität zu untersuchen, werden die Hypothesen 6 bis 9 getestet.

*Tabelle 5. Politische Sozialisation*

Frage	Unabhängige Variable	Kodierung
50-52	Anzahl politisch aktiver Bezugspersonen im Jugendhaushalt	3-Item Skala: 0 bis 3 (=Anzahl Personen)
53	Regelmässigkeit politischer Diskussionen im Jugendhaushalt	0=nie; 1=selten; 2=oft; 3=sehr oft
56	Höchster erreichter Bildungsabschluss der Mutter	0=kein Abschluss/weiss nicht; 1=Sekundarstufe I; 2=Sekundarstufe II; 3=Tertiärstufe; 4=Dissertation/Habilitation
57	Höchster erreichter Bildungsabschluss des Vaters	0=kein Abschluss/weiss nicht; 1=Sekundarstufe I; 2=Sekundarstufe II; 3=Tertiärstufe; 4=Dissertation/Habilitation

**H<sub>6</sub>**: Die Anzahl politisch aktiver Bezugspersonen im Jugendhaushalt korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>7</sub>**: Die Regelmässigkeit politischer Diskussionen im Jugendhaushalt korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>8</sub>**: Der höchste erreichte Bildungsabschluss der Mutter korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>9</sub>**: Der höchste erreichte Bildungsabschluss des Vaters korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität.

#### 5.1.4 EINSTELLUNG ZU EINER POLITISCHEN SOZIALEN ARBEIT

In seiner Befragung von Studierenden der Sozialen Arbeit hat Kulke (2018) den Teilnehmenden mehrere Aussagen zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit vorgelegt und sie gebeten, ihre Zustimmung oder Ablehnung anzugeben. Der Aussage «Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag» haben z.B. 90% der Befragten zugestimmt (ebd.: 17). In der vorliegenden Untersuchung wird diesbezüglich von der folgenden Hypothese ausgegangen. **H<sub>10</sub>**: Die Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit (Skala einer politischen Sozialen Arbeit) korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität.

Angelehnt an das Vorgehen von Kulke (2018) wurden zur Überprüfung dieser Hypothese acht Aussagen formuliert. Die Teilnehmenden waren gebeten, den jeweiligen Statements nicht zuzustimmen (=0), eher nicht zuzustimmen (=1), eher zuzustimmen (=2) oder

zuzustimmen (=3). Item 46.4 ist negativ gepolt und wird deshalb in der Datenbereinigung umkodiert. In der Analyse werden alle acht Werte zusammengerechnet, sodass sich insgesamt ein Wert auf der *Skala einer politischen Sozialen Arbeit* zwischen 0 (=keine Befürwortung) und 24 (=volle Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit) ergibt. Tabelle 6 gibt einen Überblick über die verwendeten Aussagen und deren theoretische Hintergründe.

Tabelle 6. Aussagen zu einer politischen Sozialen Arbeit

Frage	Aussage	Theorie
46.1	Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag.	Merten 2001
46.3	Soziale Arbeit muss sozialpolitische Interventionen initiieren.	AvenirSocial 2010: 6
46.4	Politische Aktivität widerspricht den ethischen Werten der Sozialen Arbeit.	Ostrander 2016: 109
46.5	Sozialarbeitende sollten die Einlösung der Menschen- und Sozialrechte einfordern.	AvenirSocial 2010: 8
46.6	Sozialarbeitende sollten während ihrer Arbeitszeit politisch aktiv sein.	Weiss-Gal 2017
46.7	Sozialarbeitende sollten während ihrer Freizeit politisch aktiv sein.	Weiss-Gal 2017
46.9	Politik zu verstehen, ist für Sozialarbeitende und ihre professionelle Arbeit wichtig.	Mary 2001: 12
46.11	Eine zentrale Aufgabe von Sozialarbeitenden ist es, auf struktureller Ebene soziale Ungleichheit zu bekämpfen.	Reeser & Epstein 1987: 618; Epple & Schär 2015: 388

### 5.1.5 MOBILISATIONSNETZWERKE

Verba et al. (1995: 272 & 373) gehen davon aus, dass die Mitgliedschaft in Mobilisationsnetzwerken die politische Aktivität von Individuen positiv beeinflusst. Ezell (1993: 88) konnte eine ähnliche Hypothese bereits in einer früheren Untersuchung bei Sozialarbeitenden bestätigen. Er zeigt auf, dass Mitglieder der *National Association of Social Workers* politisch aktiver sind als Nichtmitglieder. Hamilton (1998: 137) und Ritter (2008: 351) bestätigten diese Erkenntnisse fünf bzw. 15 Jahre später. Die vorliegende Arbeit untersucht diesen Zusammenhang ebenfalls, weitet dabei jedoch den Fokus. Neben Gruppierungen der Sozialen Arbeit (Frage 22) werden auch Mitgliedschaften in Parteien (Frage 23), Gewerkschaften (Frage 24), politischen Organisationen ohne Bezug zur Sozialen Arbeit (Frage 25) und in politischen Gremien (Frage 26) erhoben. Die

Befragten konnten angeben, ob sie in den genannten fünf Netzwerken Mitglied sind (=1) oder nicht (=0). So wird in der Analyse eine Skala mit den Werten 0 (=Mitglied in keinem) bis 5 (=Mitglied in mindestens fünf Mobilisationsnetzwerken) gebildet und die folgende Hypothese getestet. **H<sub>11</sub>**: Die Anzahl der Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität.

### 5.1.6 RESSOURCEN

Im *Civic Voluntarism Model* stellen Ressourcen einen zentralen Prädiktor der politischen Aktivität dar (Verba et al. 1995: 269). Untersuchungen bei Sozialarbeitenden zeigen, dass Einkommen (Hamilton 1998: 132; Ritter 2008: 353) und verfügbare Freizeit (Ritter 2008: 353) nicht signifikant mit der politischen Aktivität zusammenhängen. Wegmüller (2015: 56f) identifiziert in ihrer Analyse die durchlaufene Ausbildung als wichtigen Einflussfaktor für politische Aktivität. Insofern wurde in dieser Untersuchung nach dem höchsten erreichten Bildungsabschluss gefragt. Zusätzlich sollten die Teilnehmenden angeben, ob sie im Rahmen ihres Studiums zu politischer Aktivität ermutigt werden bzw. wurden. Tabelle 7 gibt einen Überblick über die vorgestellten Items und deren Kodierung. Um den Zusammenhang zwischen den einzelnen Items und dem Ausmass politischer Aktivität zu untersuchen, werden die Hypothesen 12 bis 16 getestet.

Tabelle 7. Ressourcen

Frage	Unabhängige Variable	Kodierung
54	Bildungsabschluss	1=Student*in Soziale Arbeit; 2=HF Soziale Arbeit; 3=Bachelor FH SA; 4=Master FH SA; 5=Bachelor Uni SA; 6=Master Uni SA; 7=Dissertation; 8=Habilitation
55	Ermütigung zu politischer Aktivität im Studium	1=trifft nicht zu; 2=trifft eher nicht zu; 3=trifft teilweise zu; 4=trifft eher zu; 5=trifft zu
71	Schweizerische Nationalität	0=nein; 1=ja
72	Einkommen	Angabe in Franken
73	Genügend verfügbare Zeit für politische Aktivität	1=stimme nicht zu; 2=stimme eher nicht zu; 3=stimme eher zu; 4=stimme zu

**H<sub>12</sub>**: Der höchste erreichte Bildungsabschluss korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>13</sub>**: Die Ermütigung zu politischer Aktivität im Studium korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>14</sub>**: Fachpersonen der Sozialen Arbeit mit Schweizerischer Na-

tionalität sind politisch aktiver als Fachpersonen der Sozialen Arbeit ohne Schweizerische Nationalität. **H<sub>15</sub>**: Das Einkommen in Franken korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>16</sub>**: Die subjektive Einschätzung von verfügbarer Zeit für politische Aktivität korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität.

### 5.1.7 BERUFLICHE SITUATION

Bei der Untersuchung der politischen Aktivität von Sozialarbeitenden messen viele Forschende der beruflichen Situation der Befragten einen hohen Stellenwert bei (Pawlak & Flynn 1990; Hamilton 1998: 199; Ritter 2008: 353; Ostrander 2016: 161). Dies scheint auch insofern zweckmässig, um die Besonderheiten der Profession in der Analyse angemessen zu reflektieren. Amann (2017: 72) weist in ihrer Analyse explizit auf Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von politischer Aktivität und Lohnabhängigkeit hin. Teilweise komme es zu Loyalitätskonflikten, insbesondere dann, wenn der oder die Vorgesetzte einem politischen Engagement kritisch gegenübersteht. Für die vorliegende Untersuchung wurden acht Fragen zur Erhebung der beruflichen Situation in den Fragebogen aufgenommen. Tabelle 8 gibt einen Überblick über die Items und deren Kodierung. Um den Zusammenhang zwischen den einzelnen Items und dem Ausmass politischer Aktivität zu untersuchen, werden die Hypothesen 17 bis 24 getestet.

*Tabelle 8. Berufliche Situation*

Frage	Unabhängige Variable	Kodierung
60	Tätigkeitsbereich	Siehe Anhang 5
61	Berufserfahrung	Angabe in Jahren
62	Hierarchieebene	1=Organisationsleitung; 2=Teamleitung; 3=Teammitglied; 4=andere
63	Arbeitsprozente	1=weniger als 50%; 2=51 bis 60%; 3=61 bis 80%; 4=81 bis 100%
64	Organisationsart	1=öffentliche Verwaltung; 2=Non-Profit; 3=GmbH/AG/Einzelfirma; 4=Kirche; 5=andere
65	Arbeitskanton	Alphabetisch 1-26; 27=Ausland
66	Kontakt zu Adressat*innen	1=nie; 2=selten; 3=manchmal; 4=oft; 5=sehr oft
67	Bewertung der politischen Aktivität durch Vorgesetzte*n	1=sehr schlecht; 2=schlecht; 3=weder noch; 4=gut; 5=sehr gut; 77=weiss nicht

**H<sub>17</sub>:** Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich nach Tätigkeitsbereich. **H<sub>18</sub>:** Die Berufserfahrung in Jahren korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>19</sub>:** Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich nach Hierarchieebene. **H<sub>20</sub>:** Die Höhe der Arbeitsprozente korreliert negativ mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>21</sub>:** Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich nach Organisationsart. **H<sub>22</sub>:** Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich nach Arbeitskanton. **H<sub>23</sub>:** Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich nach Regelmässigkeit des Kontakts mit Adressat\*innen. **H<sub>24</sub>:** Die Bewertung der politischen Aktivität durch den Vorgesetzten bzw. die Vorgesetzte korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität.

### 5.1.8 DEMOGRAPHISCHE DATEN

Neben biographischen, beruflichen, motivationalen oder sozialen Faktoren können auch demographische Unterschiede bestehen, welche die politische Aktivität von Individuen beeinflussen. So fand z.B. Hamilton (1998: 131) heraus, dass das Zusammenleben mit jungen Kindern die politische Aktivität von Sozialarbeitenden stark eingrenzen kann. Unterschiede nach Geschlecht in der politischen Aktivität bzw. bezüglich des politischen Interesses wurden von Ostrander (2016: 83–86) und Kulke (2018: 8) identifiziert. Zusätzlich zu den oben beschriebenen Einflussfaktoren wurden in dieser Untersuchung demographische Daten mithilfe von vier Items erhoben, die in Tabelle 9 eingesehen werden können. Die Hypothesen 25 bis 28 testen den Zusammenhang zwischen den demographischen Daten und der politischen Aktivität.

*Tabelle 9. Demographische Daten*

Frage	Unabhängige Variable	Kodierung
69	Alter	Angabe in Jahren
70	Geschlecht	1=weiblich; 2=männlich; 3=anderes
74	Kinder	0=nein; 1=ja
75	Konfession	1=römisch-katholisch; 2=evangelisch-reformiert; 3=jüdisch; 4=islamisch; 5=keiner Konfession; 6=andere

**H<sub>25</sub>:** Das Alter in Jahren korreliert positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. **H<sub>26</sub>:** Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich nach Geschlecht. **H<sub>27</sub>:** Fachpersonen der Sozialen Arbeit ohne Kinder unter 18 Jahren sind politisch aktiver als Fachpersonen der Sozialen Arbeit mit Kindern unter 18 Jahren. **H<sub>28</sub>:** Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich nach Konfessionszugehörigkeit.

### 5.1.9 ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUM FRAGEBOGEN

Bei der Gestaltung der Umfrage wurde auf die Hinweise von Diekmann (2017) zurückgegriffen. Er empfiehlt u.a., die Befragung mit «Eisbrecherfragen» zu starten, die wichtigsten Fragen im zweiten Drittel des Fragebogens zu platzieren und zwischen einzelnen Teilen «Überleitungssätze» zu formulieren (479-486). Der eingesetzte Fragebogen umfasst insgesamt 77 Fragen und 119 Items. Frage 12 besteht zum Beispiel aus sieben Items. Einige Fragen funktionieren als Filter, sodass eine teilnehmende Person mindestens 42 Fragen (84 Items) und maximal 73 Fragen (115 Items) beantworten kann. Frage 8 ist ein Beispiel für einen Filter: Je nach Antwort wird Frage 9 im weiteren Verlauf angezeigt oder ausgeblendet. Der Fragebogen liegt in deutscher, französischer und italienischer Sprache vor. Nach Abschluss der Umfrage wurden die Befragten auf eine separate Seite umgeleitet und zur Teilnahme an einem Gewinnspiel eingeladen. Verlost wurden drei Schweizer Bücherbons im Wert von je 50 Franken.

## 5.2 STICHPROBE

Alle 100'000 Fachpersonen der Sozialen Arbeit, wie sie in Kapitel 4.1 definiert wurden, bilden die Grundgesamtheit dieser «korrelativen Querschnittsuntersuchung» (Blanz 2015: 42). Aufgrund dieses Fokus wurden ausschliesslich einzelne Fachpersonen der Sozialen Arbeit und nicht Organisationen oder andere Kollektiveinheiten zur Teilnahme eingeladen. Wie in Kapitel 4.1 diskutiert, existiert in der Schweiz keine Statistik zur Beschäftigtenanzahl in der Sozialen Arbeit. Ein System, wie z.B. in Teilen Deutschlands oder den USA (Hamilton & Fauri 2001: 323), in dem sich Sozialarbeitende namentlich registrieren lassen können oder müssen, gibt es in der Schweiz ebenfalls nicht. Die Generierung einer Zufallsstichprobe durch Listenauswahl ist somit unmöglich (Diekmann 2017: 381). Ein weiteres Instrument zur grösstmöglichen Kontrolle der Stichprobe bzw. des Rücklaufs wäre die Bereitstellung von Namen bzw. Mail-Adressen durch zufällig ausgewählte Organisationen, Vereine und Arbeitgebende. Dieses Vorgehen wurde von allen angefragten Organisationen aus datenschutzrechtlichen Gründen abgelehnt, sodass die Stichprobenzusammenstellung nichtprobabilistisch (Blanz 2015: 51) erfolgte. Das bedeutet, dass einige Sozialarbeitende mit höherer, andere mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Einladung zur Teilnahme an der Umfrage erhielten.

Die Verteilung des Fragebogens erfolgte über zwei Fachhochschul-Alumni-Organisationen, acht Fachhochschulen, drei Studierendenorganisationen, sechs Höhere Fachschulen, 19 Gruppierungen der Sozialen Arbeit, 28 Arbeitgebende, fünf Facebookseiten und 141 persönliche Kontakte, welche allesamt als Multiplikator\*innen dienten. Insgesamt konnten so schätzungsweise 42'000 Fachpersonen der Sozialen Arbeit erreicht werden. 62% der angefragten

Organisationen sind der deutschsprachigen, 31% der französischsprachigen und 7% der italienischsprachigen Schweiz zuzuordnen. Detailliertere Angaben zu der Stichprobenzusammensetzung, wie beispielsweise Namen der Organisationen und Anzahl der jeweils erreichten Personen, können Anhang 7 entnommen werden.

### **5.3 PRETEST**

Nach Fertigstellung des Fragebogens wurde dieser zwischen dem 3. und dem 9. April 2018 an 15 Personen zur Pretestung versandt. Zwölf der Tester\*innen verfügen über fachspezifisches und forschungsmethodisches Wissen. Die französische Version wurde von einer Person und die italienische Ausgabe von zwei Personen korrekturgelesen. Die Rückmeldungen dienten als Grundlage für die finale Überarbeitung des Erhebungsinstruments. Schwerpunktmässig wurden in der Überarbeitung mehrere Skalen und Fragen an die Operationalisierung des European Social Survey angeglichen, um in der Auswertung eine Vergleichbarkeit mit der schweizerischen Gesamtbevölkerung zu ermöglichen.

### **5.4 DATENERHEBUNG**

Die Datenerhebung erfolgte mittels einer «offenen Onlinebefragung» (Diekmann 2017: 530f). Der Fragebogen wurde über das Instrument *umfrageonline.ch* bereitgestellt. Zugänglich war er vom 7. Mai bis 16. Juli 2018 über die Adresse *www.sozialarbeitspolitik.ch*. Die Teilnehmenden konnten den Fragebogen somit online ausfüllen und direkt im Webbrowser absenden. Die Teilnahme dauerte durchschnittlich 15 Minuten. Mehrfachteilnahmen wurden durch Sperrung der Browser-Session-ID und Setzen von Cookies eingeschränkt. Diekmann beschreibt Online-Umfragen als Spezialfall der schriftlichen Befragung. Neben vielen Vorteilen (z.B. erweiterte Möglichkeit von Filterfragen) weist er auf einen zentralen Nachteil von Online-Instrumenten hin: «Trotz weitverbreitetem Internetzugang unterscheiden sich die Nutzer noch erheblich von der allgemeinen Bevölkerung. Einkommen und Bildung sind positiv mit der Internetnutzung korreliert. Mehr Männer als Frauen und eher jüngere als ältere Personen greifen auf das Internet zurück» (ebd.: 526). Dieser Umstand ist bei der Interpretation der Ergebnisse mitzudenken, wobei davon ausgegangen werden kann, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit zumindest bezüglich Bildung eine homogene Gruppe bilden, da sie grossmehrheitlich über eine Ausbildung auf HF-, FH- oder Universitätsniveau verfügen dürften.

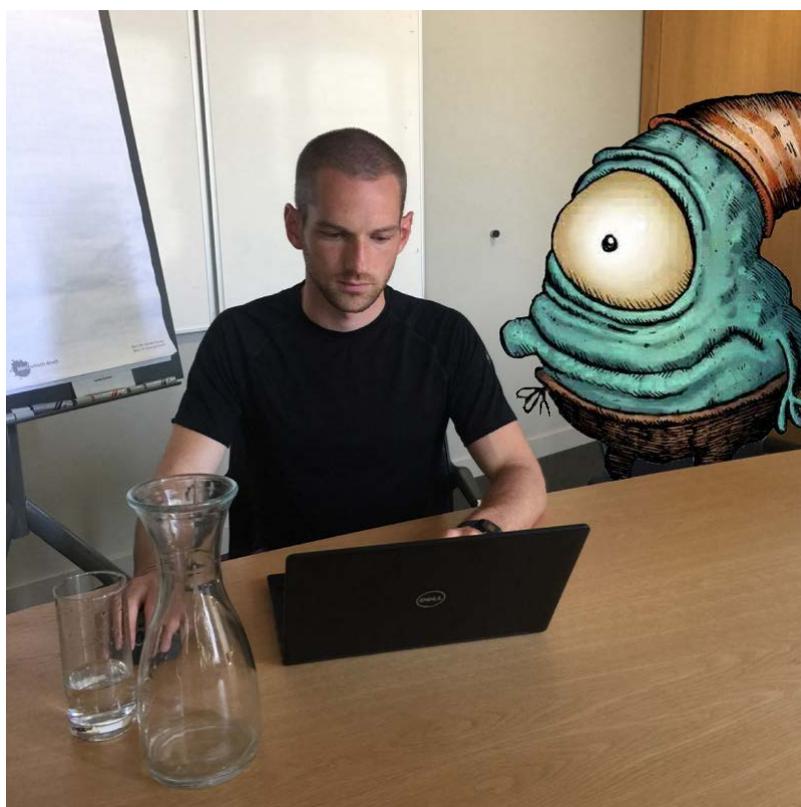
## 5.5 DATENAUFBEREITUNG

Nach Abschluss der Datenerhebung wurden die Antworten der Teilnehmenden als CSV-File heruntergeladen und in das Programm *Statistical Package for the Social Sciences* von IBM, Version 24.0.0.1 (SPSS) importiert. Dort erfolgte die Datenaufbereitung nach dem Vorgehen von Diekmann (2017: 660–669). Diese umfasst die Fehlerkontrolle und -bereinigung, die Bildung von neuen Variablen und Skalen, den Ausschluss von ungültigen Fragebögen sowie die Kategorisierung von offenen Textfeldern. Folgende Schritte wurden in dieser Phase unternommen:

- ▶ Von den 2250 insgesamt Teilnehmenden haben 1834 den Fragebogen komplett ausgefüllt. Für die Analyse wurden ausschliesslich die vollständig ausgefüllten Fragebögen verwendet. Im Rahmen der Datenbereinigung wurden weitere 19 Fragebögen von der Analyse ausgeschlossen: Zehn Teilnehmende fallen nicht unter die Definition einer Fachperson der Sozialen Arbeit gemäss Kapitel 4.1. Acht Befragte arbeiten im Ausland. Eine Person hat mehrfach inkonsistente Angaben gemacht und wurde deshalb ausgeschlossen. Insgesamt bilden so 1815 Datensätze die Grundlage für die Analysen und Berechnungen.
- ▶ Vier Items (Fragen 18, 47, 48, 49) wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Es handelt sich um offene Textfelder, deren Inhalt zu einem späteren Zeitpunkt inhaltsanalytisch ausgewertet wird (siehe Kapitel 8.3)
- ▶ Bei den Antworten auf die Fragen 8 (Unabhängig davon, ob Sie Mitglied einer Partei sind: Welche Partei präferieren Sie bei Wahlen und Abstimmungen?) und 28 (Sie haben angegeben, dass Sie Mitglied einer Partei sind. In welcher?) wurden Parteien mit einem Anteil von weniger als 0.5% in Bezug auf die Gesamtteilnehmendenzahl der Kategorie «andere Partei» oder bei Jungparteien ihren jeweiligen Mutterparteien zugeordnet. Darüber hinaus wurde sowohl für Frage 8 als auch für Frage 28 die neue Kategorie «Ensemble à gauche» geschaffen. Diese setzt sich aus folgenden Nennungen aus dem freien Textfeld zusammen: (1) solidarités, (2) ensemble à gauche, (3) pop und (4) décroissance alternatives.
- ▶ Frage 60 erhob mittels eines offenen Textfeldes den Bereich der Sozialen Arbeit, in dem die Teilnehmenden tätig sind. Alle Antworten wurden im Dreiaugenprinzip kategorisiert (siehe Abbildung 6). Die generierten Kategorien sowie eine detaillierte Beschreibung des Kategorisierungsprozesses finden sich in den Anhängen 5 und 6.
- ▶ 34 Personen, welche gemäss Item 60 in der «Forschung/Lehre» tätig sind, kreuzten bei Frage 64 (In welcher Art von Organisation sind Sie tätig?) «Öffentliche Verwaltung» an. Zusätzlich haben 45 Teilnehmende aus dem Bereich Forschung/Lehre die Möglichkeit genutzt, in einem freien Textfeld ihre Arbeitsorganisation in eigenen Worten zu spezifizieren. Sie haben allesamt eine Höhere Fachschule, Fachhochschule oder Universität als Arbeitsort

angegeben. Um möglichst wenig Informationen zu verlieren, wurden für Item 64 eine neue Kategorie «Hochschule» gebildet, in welche auch die 34 erstgenannten Personen aufgenommen wurden.

- ▶ Bei Frage 64 (In welcher Art von Organisation sind Sie tätig?) nutzte eine Gruppe von 90 Personen die Möglichkeit, in einem freien Textfeld ihre Arbeitsorganisation in eigenen Worten zu spezifizieren. Die Personen in dieser Gruppe gaben an, in einer «Stiftung» zu arbeiten. Aufgrund der hohen Anzahl dieser Rückmeldung und des grösseren Informationsgehalts im Vergleich zu «Non-Profit» wurde für die 90 Teilnehmenden eine zusätzliche Kategorie «Stiftung» gebildet.



*Abbildung 6. Datenbereinigungsprozess im Dreiaugenprinzip. «Hemp-elchen» ist dafür eigens aus Zamonien (o.J.) angereist*

- ▶ Bei Frage 62 (Hierarchieebene) nutzte eine Gruppe von 40 Personen die Möglichkeit, in einem freien Textfeld ihre Hierarchieposition in eigenen Worten zu spezifizieren. Die Personen in dieser Gruppe gaben an, in einer «Ausbildung oder einem Praktikum» zu sein. Diese Kategorie wurde aufgrund der Rückmeldungen im Rahmen der Datenbereinigung gebildet.
- ▶ Bei Frage 29 (Gewerkschaftsmitglied) nutzte eine Gruppe von 13 Personen die Möglichkeit, in einem freien Textfeld ihre Mitgliedschaft in eigenen Worten zu spezifizieren. Die Personen in dieser Gruppe gaben an, Mitglied eines «kommunalen Personalverbands» zu sein. Diese Kategorie wurde aufgrund der Rückmeldungen im Rahmen der Datenbereinigung gebildet.

- ▶ Bei Frage 27 (Mitgliedschaft in einer Gruppierung der Sozialen Arbeit) nutzte eine Gruppe von 10 Personen die Möglichkeit, in einem freien Textfeld ihre Mitgliedschaft in eigenen Worten zu spezifizieren. Die Personen in dieser Gruppe gaben an, Mitglied von «Soziokultur Schweiz» zu sein. Diese Kategorie wurde aufgrund der Rückmeldungen im Rahmen der Datenbereinigung gebildet.
- ▶ Bei zwei Fragen konnten die Teilnehmenden ihre Berufserfahrung (Frage 61) und ihr Alter (Frage 69) in Jahren angeben. Für beide Items wurde zusätzlich je eine neue, kategorisierte Variable erstellt. Die Variable «Berufserfahrung kategorisiert» beinhaltet die Kategorien 0-5, 6-10, 11-20, 21-30 und mehr als 30 Jahre. Die Variable Alter enthält die Kategorien bis 25, 26-30, 31-35, 36-40, 41-45, 46-50, 51-55, 55-60 und über 60 Jahre. Diese Kategorisierung wurde vorgenommen, um nicht nur etwas über den Zusammenhang zwischen Jahren und politischer Aktivität, sondern auch über besonders aktive Gruppen (beispielsweise 55-60-jährige Personen) aussagen zu können.
- ▶ Offensichtlich falsch eingegebene Variablenwerte wurden gelöscht und als «missing value» eingetragen. So wurden zum Beispiel bei Frage 72 nach dem Brutto-Haushaltseinkommen Werte wie «17» gelöscht, da davon auszugehen ist, dass in der Schweiz kein Haushalt mit einem Brutto-Haushaltseinkommen von 17 Franken existiert.
- ▶ 82 der 1292 antwortenden Teilnehmenden haben bei Frage 72 offensichtlich nicht das Brutto-Haushaltseinkommen, sondern das Jahreseinkommen angegeben. Im Schritt der Datenbereinigung wurden alle Einkommen  $\geq 40'000$  Franken mittels Division durch zwölf in Monatseinkommen umgerechnet (Beispiel: 120'000  $\rightarrow$  10'000).
- ▶ Einige Items wurden zusammengefasst und zu folgenden Skalen addiert:
  1. Politische Aktivitäts-Skala (siehe Kapitel 5.1.1)
  2. Skala der internen politischen Wirksamkeit (siehe Kapitel 5.1.2)
  3. Skala der externen politischen Wirksamkeit (siehe Kapitel 5.1.2)
  4. Stärke der Links-Rechts-Einordnung (siehe Kapitel 5.1.2)
  5. Anzahl der politisch aktiven Bezugspersonen im Jugendhaushalt (siehe Kapitel 5.1.3)
  6. Skala der Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit (siehe Kapitel 5.1.4)
  7. Anzahl der Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken (siehe Kapitel 5.1.5)

## 5.6 DATENAUSWERTUNG

Nach erfolgter Datenaufbereitung lag ein analysefähiges Datenfile vor. Die Datenauswertung erfolgte wie bereits die Datenaufbereitung im Softwarepaket SPSS. Für die Einarbeitung in SPSS wurde das Buch *Discovering Statistics using IBM SPSS Statistics* von Field (2018) sowie der Youtube-Kanal *Statistik am PC* von Walther (o.J.) verwendet. Kapitel 5.6.1 bis 5.6.4 legen dar, welche Verfahren angewendet wurden, wie diese funktionieren und wie die Ergebnisse interpretiert werden können. Als Grundlage dienen die Lehrbücher von Blanz (2015) sowie Bortz und Schuster (2010).

### 5.6.1 WAHL DER AUSWERTUNGSMETHODEN

Bei den Methoden der statistischen Analyse kann zunächst zwischen deskriptiver und hypothesenprüfender Statistik unterschieden werden. Die deskriptive Statistik stellt Kennzahlen wie zum Beispiel Mittelwerte, Summen oder Lagemasse einer einzigen Variable dar (z.B. «20% der Befragten sind Mitglied einer Partei»). In der hypothesenprüfenden Statistik werden Beziehungen zwischen Variablen untersucht. So können Mittelwerte zwischen mehreren Gruppen verglichen (Untersuchung von Unterschiedshypothesen) oder Zusammenhänge zwischen zwei Variablen analysiert werden (Untersuchung von Zusammenhangshypothesen)<sup>37</sup> (Blanz 2015: 115ff & 137ff). Bei der Auswahl von geeigneten Auswertungsverfahren gilt es zwischen parametrischen und nichtparametrischen Tests zu unterscheiden. Parametrische Verfahren verfügen über eine höhere Teststärke, sind dafür aber an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft (z.B. Normalverteilung, Varianzgleichheit, Intervallskalierung der Variablen). Nichtparametrische Tests hingegen sind voraussetzungsärmer. Jeder parametrische Test verfügt über ein nichtparametrisches Äquivalent (Blanz 2015: 167f). Die Entscheidung für ein bestimmtes Verfahren ist von verschiedenen Einflüssen abhängig, wobei Blanz (2015: 167f) u.a. die folgenden Faktoren nennt:

1. *Form der Hypothese:* In dieser Untersuchung werden für Unterschiedshypothesen andere Verfahren (z.B. t-Test) als für Zusammenhangshypothesen (z.B. Korrelation) angewandt.
2. *Anzahl der Stichproben:* Alle Unterschiedshypothesen beziehen sich auf Mittelwertsunterschiede bei unabhängigen Stichproben. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen Variablen mit zwei (z.B. Fachperson mit/ohne Schweizerische Nationalität → t-Test) und Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen (z.B. vier unterschiedliche Hierarchieebenen → ANOVA).
3. *Anzahl der Untersuchungsvariablen:* Die vorliegende Studie untersucht alle unabhängigen Variablen einzeln auf ihren Einfluss auf die abhängige Variable. D.h. es werden keine multivariaten oder mehrfaktoriellen Analysen durchgeführt.

<sup>37</sup> Eine Übersicht über die unterschiedlichen Herangehensweisen bei Zusammenhangs- und Unterschiedshypothesen gibt Blanz (2015: 167, 169ff & 200ff).

4. *Skalenniveau*: Gewisse Berechnungen setzen ein bestimmtes Skalenniveau voraus. So verlangt zum Beispiel die Korrelationsanalyse nach Pearson zwei intervallskalierte Variablen. Auch der t-Test oder die ANOVA setzen voraus, dass die abhängige Variable intervallskaliert ist. Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, sind nichtparametrische Verfahren anzuwenden.
5. Parametrische Verfahren setzen eine *Normalverteilung* der untersuchten Merkmale in der Grundgesamtheit voraus. In der vorliegenden Untersuchung präsentiert sich die politische Aktivität der Befragten leicht linkssteil. Dennoch werden – insofern die restlichen Voraussetzungen erfüllt sind – parametrische Verfahren angewandt. Diese Vorgehensweise steht in Übereinstimmung mit den Empfehlungen von Bortz und Schuster (2010: 122, 162 & 214), die den t-Test, die Korrelationsanalyse nach Pearson oder die ANOVA als robust gegenüber leichten Verletzungen der Normalverteilungsvoraussetzung beschreiben. Diese Robustheit zeigt sich insbesondere bei einem Stichprobenumfang von  $n \geq 30$  (Döring & Bortz 2016: 640f; Universität Zürich o.J.).
6. *Stichprobe*: Wie in Kapitel 5.2 dargelegt, basiert diese Arbeit nicht auf einer Zufallsstichprobe. Diekmann (2017: 720f) weist diesbezüglich darauf hin, dass die Berechnung von Signifikanztests streng genommen auf der Zufallsauswahl einer Stichprobe beruht. Seiner Einschätzung nach kann ein Signifikanztest darüber hinaus jedoch auch bei Nichtzufallsstichproben eine wichtige Entscheidungshilfe bieten. Ganz im Sinne Diekmanns wurde für die Interpretation der Ergebnisse der jeweilige *p-Wert* (siehe Kapitel 5.6.2 bis 5.6.4) als Referenzpunkt berechnet.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Punkte erweisen sich für die Prüfung der formulierten Hypothesen insbesondere sechs statistische Testverfahren als zweckmässig. In Tabelle 10 werden die in der vorliegenden Studie angewandten Methoden dargestellt und im Folgenden genauer beschrieben.

*Tabelle 10. Auswertungsmethoden*

Gegenstand	Parametrisch	Nichtparametrisch
Unterschiedshypothese: 2 Gruppen	t-Test	Mann-Whitney-U Test
Unterschiedshypothese: > 2 Gruppen	ANOVA	Kruskal-Wallis Test
Zusammenhangshypothese: 2 Variablen	Korrelation: Pearson	Korrelation: Spearman

### 5.6.2 T-TEST UND MANN-WHITNEY-U TEST

Der t-Test sowie sein nichtparametrisches Pendant, der Mann-Whitney-U Test, dienen dem Vergleich zweier unabhängiger Stichproben hinsichtlich ihrer Mittelwerte und somit der Prüfung von Unterschiedshypothesen (Bortz & Schuster 2010: 120 & 130). So kann zum Beispiel der Mittelwert der politischen Aktivität von Mitgliedern des Berufsverbandes und Nichtmitgliedern verglichen werden. Die Nullhypothese  $H_0$  besagt, dass zwischen den Mittelwerten der beiden Gruppen kein signifikanter Unterschied besteht. Die Alternativhypothese  $H_A$  geht von einem signifikanten Unterschied aus. Als Ergebnis werden folgende Werte berichtet:

- ▶ Der *p-Wert* bezeichnet «die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des beobachteten oder eines extremeren Stichprobenergebnisses unter der Annahme, dass die Nullhypothese gilt» (ebd.: 107). Anders ausgedrückt: Der p-Wert quantifiziert die Wahrscheinlichkeit für einen  $\alpha$ -Fehler, also denjenigen Fehler, den man begeht, wenn man sich irrtümlicherweise für  $H_A$  entscheidet, obwohl in der Population  $H_0$  gilt. Ein Ergebnis von  $p \leq .05$  wird als signifikant, ein Ergebnis mit einem  $\alpha$ -Fehler  $\leq .01$  als hoch signifikant und ein Effekt mit einem p-Wert  $\leq .001$  als höchst signifikant bezeichnet (Blanz 2015: 156).
- ▶ *Arithmetische Mittelwerte (M)* der Gruppe 1 und der Gruppe 2
- ▶ *Standardabweichungen (SD)* der Gruppe 1 und der Gruppe 2
- ▶ *Anzahl (n)* Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Gruppe 1 und der Gruppe 2

Beispiel: Die Mitglieder des Berufsverbandes AvenirSocial sind politisch aktiver ( $M=1.4$ ,  $SD=0.55$ ,  $n=631$ ) als Nichtmitglieder ( $M=1.11$ ,  $SD=0.51$ ,  $n=1184$ ) ( $p < .001$ ).

### 5.6.3 ANOVA UND KRUSKAL-WALLIS TEST

Die einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA) sowie ihr nichtparametrisches Pendant, der Kruskal-Wallis Test, ähneln dem t- sowie dem Mann-Whitney-U Test, dienen jedoch dem Vergleich von *mehr als zwei Gruppen* hinsichtlich ihrer Mittelwerte (Blanz 2015: 211f & 216-220). Als Ergebnis werden dieselben Werte wie bei t- oder Mann-Whitney-U Tests berichtet, mit der einzigen Ergänzung, dass die Werte nicht für zwei, sondern für Unterschiede zwischen mehreren Gruppen angegeben werden. Zur Berechnung der paarweisen Unterschiede werden Post-hoc-Tests durchgeführt (Bortz & Schuster 2010: 232–236).

Beispiel: Organisationsleiter\*innen sind politisch aktiver ( $M=1.44$ ,  $SD=0.53$ ,  $n=157$ ) als Teamleiter\*innen ( $M=1.26$ ,  $SD=0.54$ ,  $n=261$ ) ( $p=.004$ ) und als Teammitglieder ohne Leitungsfunktion ( $M=1.18$ ,  $SD=0.53$ ,  $n=1097$ ) ( $p < .001$ ).

#### 5.6.4 KORRELATIONSANALYSE NACH PEARSON UND SPEARMAN

Die Korrelation beschreibt Richtung und Stärke des Zusammenhangs von zwei Variablen und dient damit der Überprüfung von Zusammenhangshypothesen. Die Korrelationsanalyse nach Pearson verlangt intervallskalierte und normalverteilte Variablen, während das nichtparametrische Spearman-Verfahren mindestens ordinalskalierte Variablen voraussetzt (Bortz & Schuster 2010: 156-162 & 178f). Mit einer Korrelationsanalyse kann zum Beispiel der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischer Aktivität geprüft werden. Die Nullhypothese  $H_0$  besagt, dass zwischen den beiden Variablen kein signifikanter Zusammenhang besteht. Die Alternativhypothese  $H_A$  geht von einem signifikanten Zusammenhang aus. Bei der Interpretation der Korrelation ist Vorsicht geboten: Korrelation ist nicht als Kausalität zu interpretieren. Vielmehr gibt es vier verschiedene Möglichkeiten, wie zwei Variablen zusammenhängen: (1) x beeinflusst y, (2) y beeinflusst x, (3) x und y werden von z beeinflusst, (4) x und y beeinflussen sich wechselseitig (ebd.: 159). Für die vorliegende Untersuchung bedeutet dies, dass die Ergebnisse nicht im Sinne von Kausalzusammenhängen interpretiert werden können. Als Ergebnis werden folgende Werte berichtet:

- ▶ Der *p-Wert* kann wie bei Unterschiedshypothesen interpretiert werden. Er drückt aus, ob die Korrelation der beiden analysierten Variablen signifikant ist oder ob ein Zusammenhang zufällig auftritt.
- ▶ Ist eine Korrelation signifikant, stellt sich als nächstes die Frage, ob der Zusammenhang auch inhaltlich bedeutsam ist: Richtung und Stärke eines Zusammenhangs werden durch den *Korrelationskoeffizienten* ( $r$ ) (*Spearman*= $r_s$ ) ausgedrückt. Dieser bewegt sich zwischen -1 (perfekt negativer Zusammenhang = je mehr von x, desto weniger von y) und +1 (perfekt positiver Zusammenhang = je mehr von x, desto mehr von y) (Blanz 2015: 170f). Nach Cohen (1988: 79f) können Korrelationskoeffizienten  $\geq .10$  als schwach, Effekte  $\geq .30$  als mittel und Effekte  $\geq .50$  als stark bezeichnet werden.
- ▶ *Anzahl* ( $n$ ) der Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die in die Analyse aufgenommen wurden.

Beispiel: Es zeigt sich ein starker positiver Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischer Aktivität ( $r_s = .625$ ,  $p < .001$ ,  $n = 1815$ ).

## 6 ERGEBNISSE

In den folgenden Unterkapiteln werden alle relevanten Ergebnisse der Untersuchung dargestellt. Kapitel 6.1 beinhaltet zunächst deskriptive Beschreibungen, bevor in Kapitel 6.2 die hypothesentestenden Ergebnisse dargestellt werden. Das Kapitel ermöglicht eine Übersicht über die generierten Ergebnisse. Für einen umfassenden Einblick in *alle* Berechnungen, Diagramme und Häufigkeitsverteilungen sei auf die Anhänge 8 und 9 verwiesen.

### 6.1 DESKRIPTIVE ERGEBNISSE

Die Kapitel 6.1.1 bis 6.1.4 stellen die Ergebnisse beschreibend dar. Kapitel 6.1.1 charakterisiert die Stichprobe entlang von demographischen und beruflichen Kennzahlen. In Kapitel 6.1.2 wird das Ausmass der politischen Aktivität der Befragten untersucht. Kapitel 6.1.3 befasst sich mit der politischen Involviertheit der Teilnehmenden und Kapitel 6.1.4 stellt dar, in welchen Mobilisationsnetzwerken die befragten Sozialarbeitenden aktiv sind. In Kapitel 6.1.5 werden die Einstellungen der Sozialarbeitenden zu einer politischen Sozialen Arbeit beleuchtet.

#### 6.1.1 BESCHREIBUNG DER STICHPROBE

Die Stichprobe setzt sich zusammen aus 1815 Fachpersonen der Sozialen Arbeit aus allen Kantonen der Schweiz. 1367 (75.3%) der Teilnehmenden haben den Fragebogen auf Deutsch, 411 (22.7%) auf Französisch und 37 (2%) auf Italienisch ausgefüllt. Das Durchschnittsalter beträgt 37 Jahre (SD=12), wobei die jüngste Person 19 Jahre und die älteste Person 76 Jahre alt sind. Die Gruppe der 26 bis 30-Jährigen ist mit 21.5% am stärksten vertreten. 1190 (65.6%) der Befragten ordnen sich dem weiblichen, 611 (33.7%) dem männlichen und 14 (0.8%) einem anderen Geschlecht zu. 853 (48.4%) der Teilnehmenden fühlen sich einer Religion zugehörig, 58 (3.2%) machten hierzu keine Angabe. Von den 1815 befragten Sozialarbeitenden besitzt mit 95.8% die überwiegende Mehrheit die Schweizerische Nationalität. 67.5% der Teilnehmenden verfügen über einen Abschluss in Sozialer Arbeit, 25% studieren derzeit Soziale Arbeit. Die genaue Aufschlüsselung der Ausbildungshintergründe kann Tabelle 11 entnommen werden.

Von den 453 Studierenden arbeiten 233 neben ihrem Studium in der Praxis der Sozialen Arbeit. Von den 1595 erwerbstätigen Teilnehmenden sind 162 (10.2%) zu weniger als 50 Stellenprozenten angestellt, 319 (20%) zu 51 bis 60 Prozent, 669 (41.9%) zu 61 bis 80 Prozent und 445 (27.9%) zu mehr als 81 Prozent. 1097 (68.9%) der Erwerbstätigen arbeiten als Mitglied eines Teams, 261 (16.4%) als Teamleitung und 157 (9.9%) als Organisationsleitung. 991 (62.2%) der in der Sozialen Arbeit Tätigen arbeiten «sehr oft» im direkten Kontakt mit Adressat\*innen, nur 47 (2.9%) der Befragten arbeiten «nie» mit Adressat\*innen.

Tabelle 11. Höchster erreichter Bildungsabschluss der Teilnehmenden

Frage	Häufigkeit	Prozent
Derzeit Student*in der Sozialen Arbeit	453	25%
Höhere Fachschule in Sozialer Arbeit	266	14.7%
Fachhochschule Bachelor in Sozialer Arbeit	711	39.2%
Fachhochschule Master in Sozialer Arbeit	132	7.3%
Universität Bachelor in Sozialer Arbeit	44	2.4%
Universität Master in Sozialer Arbeit	70	3.9%
Dissertation	16	0.9%
Habilitation	3	0.2%
Anderer Abschluss	119	6.6%
Keine Angabe	1	0.1%

436 (27.3%) der Teilnehmenden sind im Bereich der Sozialhilfe bzw. im Kindes- und Erwachsenenschutz tätig, 230 (14.4%) der Befragten arbeiten mit Menschen mit körperlicher, kognitiver und/oder psychischer Beeinträchtigung. Im Durchschnitt verfügen die befragten Sozialarbeitenden über 11 Jahre Berufserfahrung ( $SD=9.2$ ), wobei 647 Personen (40.6%) zwischen null und fünf Jahren Erfahrung angegeben haben.

### 6.1.2 POLITISCHE AKTIVITÄT

Das Ausmass der politischen Aktivität der Befragten wird auf der *politischen Aktivitäts-Skala (PAS)* abgebildet und in Ziffern mit zwei Nachkommastellen ausgedrückt. 0 bedeutet «nie aktiv», 1 bedeutet «selten aktiv», 2 bedeutet «manchmal aktiv», 3 bedeutet «oft aktiv» und 4 bedeutet «sehr oft aktiv». Tabelle 12 gibt einen Überblick über die Ergebniswerte aus der Umfrage.

Tabelle 12. Politische Aktivitätskategorien und ihre Häufigkeiten

PAS-Werte	Bezeichnung	Häufigkeit	Prozent
0.00 bis 0.80	Nie aktiv	388	21.4%
0.81 bis 1.60	Selten aktiv	1069	58.9%
1.61 bis 2.40	Manchmal aktiv	286	15.8%
2.41 bis 3.20	Oft aktiv	71	3.9%
3.21 bis 4.00	Sehr oft aktiv	1	0.1%

$M=1.21$ ,  $SD=0.54$ ,  $n=1815$

297 (16.4%) der Befragten haben in ihrem Leben schon einmal für ein politisches Amt kandidiert. 207 (11.4%) davon haben dann tatsächlich auch ein solches ausgeübt oder üben es zurzeit noch aus, wobei 89.9% der politischen Ämter auf kommunaler, 21.3% auf kantonaler und 3.4% auf nationaler Ebene angesiedelt sind (Mehrfachnennungen möglich).

Bei der Betrachtung von einzelnen politischen Aktivitäten fällt auf, dass gewisse Aktivitäten im Durchschnitt öfter ausgeübt werden als andere. Abbildung 7 gibt hierzu einen Einblick. Für eine Übersicht über die Mittelwerte *aller* Aktivitäten siehe Anhang 10.

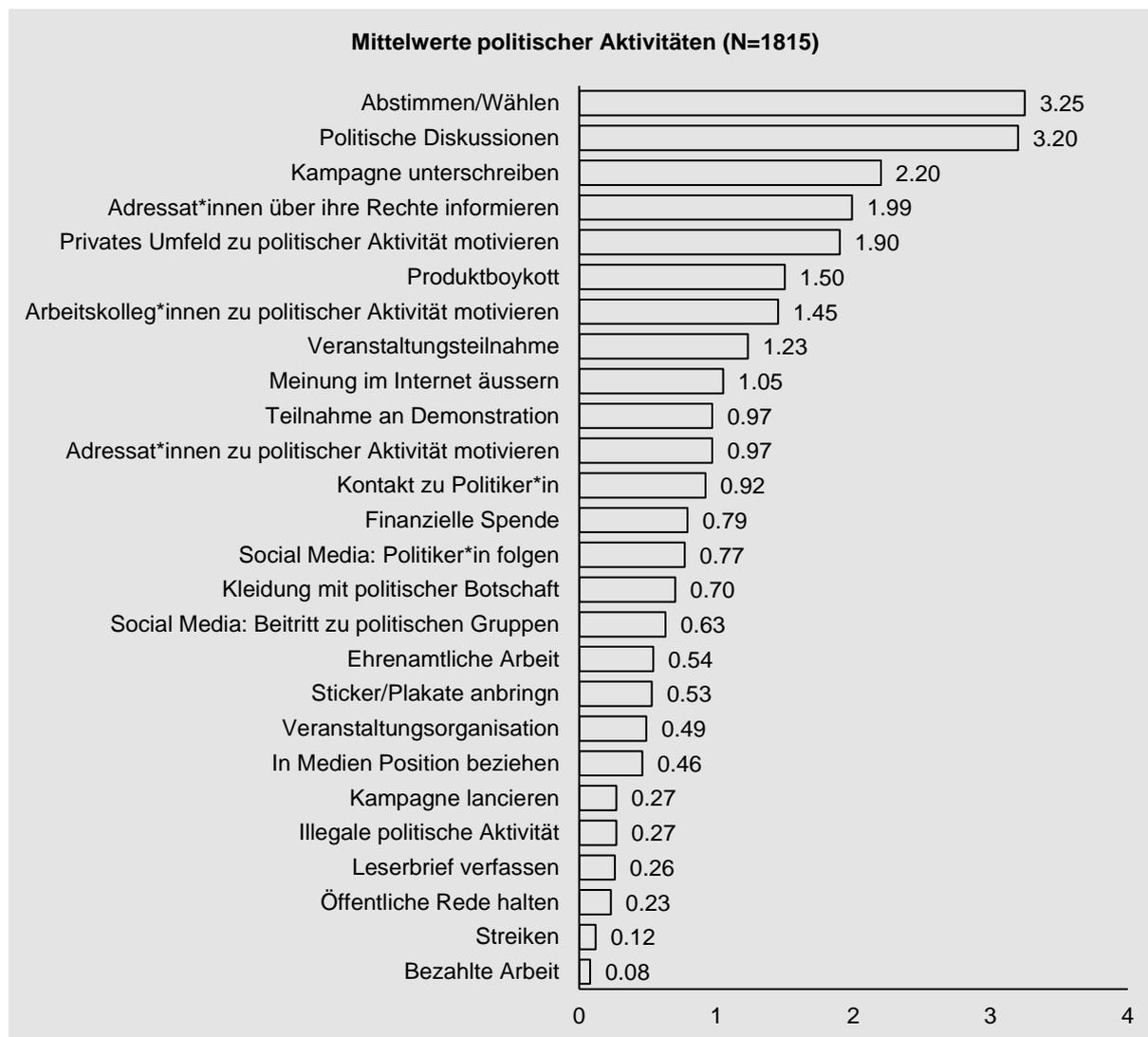


Abbildung 7. Mittelwerte politischer Aktivitäten (Auszug)

### 6.1.3 POLITISCHE INVOLVIERTHEIT

542 (29.9%) der Befragten gaben an, politisch sehr interessiert zu sein, 1001 (55.2%) sind ziemlich, 255 (14%) kaum und 17 (0.9%) überhaupt nicht politisch interessiert. Abbildung 8 kann entnommen werden, für welche Ebenen des politischen Geschehens sich die Befragten interessieren. Auf der Links-Rechts-Skala von 0 (=links) bis 10 (=rechts) ordneten sich 55.6% der Teilnehmenden zwischen null und zwei, 76.7% zwischen null und drei und 94% zwischen null und fünf ein. Die genaue Verteilung kann Abbildung 9 entnommen werden.

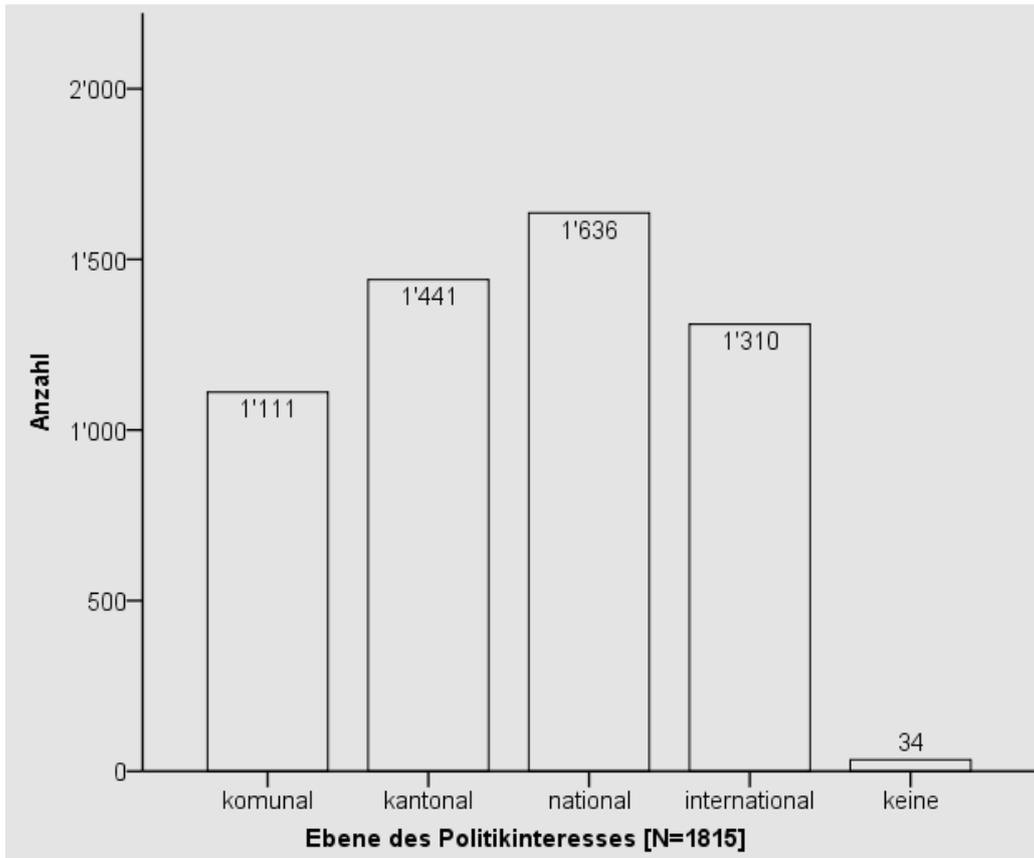


Abbildung 8. Ebenen des politischen Interesses

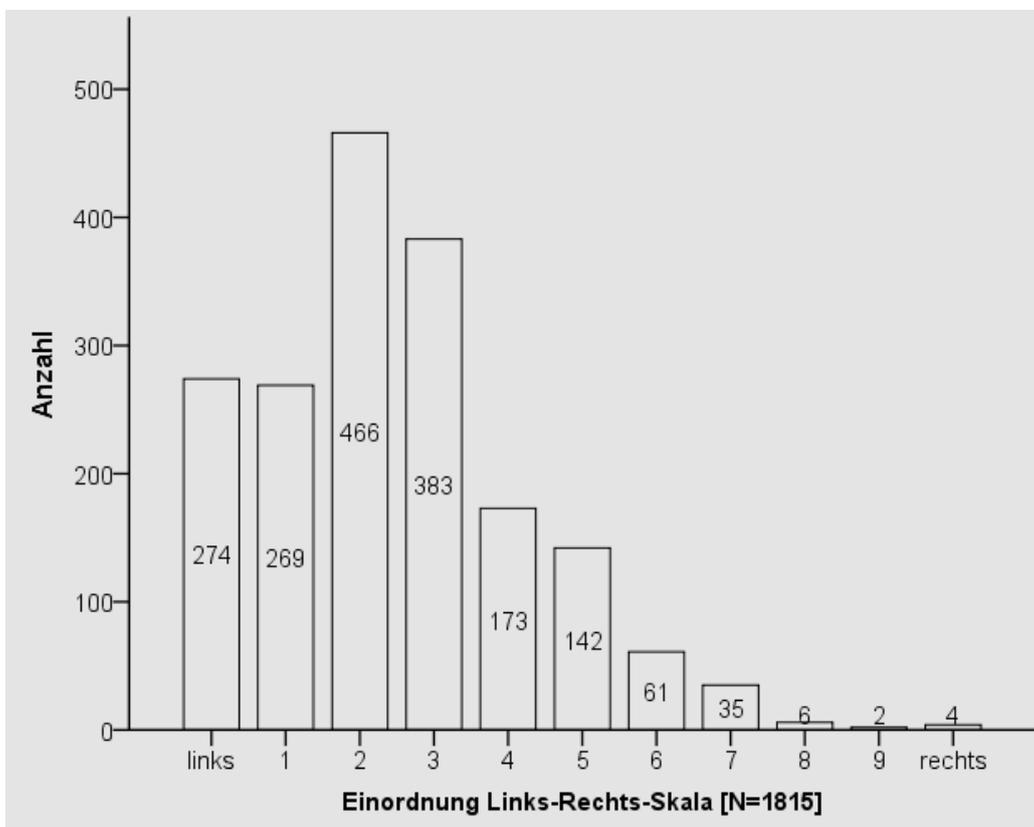


Abbildung 9. Verteilung auf der Links-Rechts-Skala

### 6.1.4 MOBILISATIONSNETZWERKE

Die Befragten sind in unterschiedliche Mobilisationsnetzwerke eingebunden: 781 (43%) sind Mitglied einer Gruppierung der Sozialen Arbeit. 585 (32.2%) sind Mitglied einer politischen Organisation ohne direkten Bezug zur Sozialen Arbeit. 325 (17.9%) der Teilnehmenden sind gewerkschaftlich organisiert. 290 (16%) sind Mitglied einer Partei und 133 (7.3%) engagieren sich in einem politischen Gremium. 674 Personen gehören keinem Mobilisationsnetzwerk an, 529 sind Mitglied in einer Organisation, 345 sind Teil von zwei Mobilisationsnetzwerken gleichzeitig, 187 betätigen sich in drei, 67 Befragte in vier und 13 Teilnehmende in fünf Gruppierungen gleichzeitig. Tabelle 13 gibt einen Überblick über die meistgenannten Mitgliedschaften.

Tabelle 13. Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken

Mobilisationsnetzwerk	Häufigkeit
<i>Gruppierung der Sozialen Arbeit</i>	781
AvenirSocial	631
Kriso	110
SGSA	63
SVBB	29
SSAV	24
Sages	17
Soziokultur Schweiz	10
<i>Gewerkschaft</i>	325
VPOD	200
Unia	61
SIT	16
Kommunaler Personalverband	15
<i>Parteien</i>	290
SP	176
Die Grünen	34
Juso	18
CVP	16
EVP	9

### 6.1.5 BEFÜRWORDUNG EINER POLITISCHEN SOZIALEN ARBEIT

Frage 46 erhob entlang von acht Aussagen die Einstellung der Befragten zu einer politischen Sozialen Arbeit. Die Sozialarbeitenden sollten jeweils angeben, ob sie der entsprechenden Aussage zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen. Tabelle 14 stellt die Ergebnisse dar, wobei die Kategorien «stimme zu» und «stimme eher zu» als «ja» und die Kategorien «stimme nicht zu» und «stimme eher nicht zu» als «nein» zusammengefasst wurden.

Tabelle 14. Aussagen zu einer politischen Sozialen Arbeit

Aussage	Ja	Nein
Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag.	94%	7%
Soziale Arbeit muss sozialpolitische Interventionen initiieren.	92%	8%
Politische Aktivität widerspricht den ethischen Werten der Sozialen Arbeit.	19%	81%
Sozialarbeitende sollten die Einlösung der Menschen- und Sozialrechte einfordern.	95%	5%
Sozialarbeitende sollten während ihrer Arbeitszeit politisch aktiv sein.	50%	50%
Sozialarbeitende sollten während ihrer Freizeit politisch aktiv sein.	59%	41%
Politik zu verstehen, ist für Sozialarbeitende und ihre professionelle Arbeit wichtig.	95%	5%
Eine zentrale Aufgabe von Sozialarbeitenden ist es, auf struktureller Ebene soziale Ungleichheit zu bekämpfen.	90%	10%

Was sich bereits in Tabelle 14 deutlich zeigt, wird bei der Berechnung der *Skala einer politischen Sozialen Arbeit* noch offensichtlicher. Deren Werte können theoretisch zwischen 0 (=keine Befürwortung) und 24 (=volle Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit) variieren (zur Operationalisierung siehe Kapitel 5.1.4). Abbildung 10 kann entnommen werden, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten eine politische Soziale Arbeit befürwortet: Ab 16 Punkten haben die Teilnehmenden durchschnittlich allen Aussagen «eher zugestimmt», Personen mit 24 Punkten haben ausnahmslos allen Aussagen zugestimmt (Aussage 3 umgepolt).

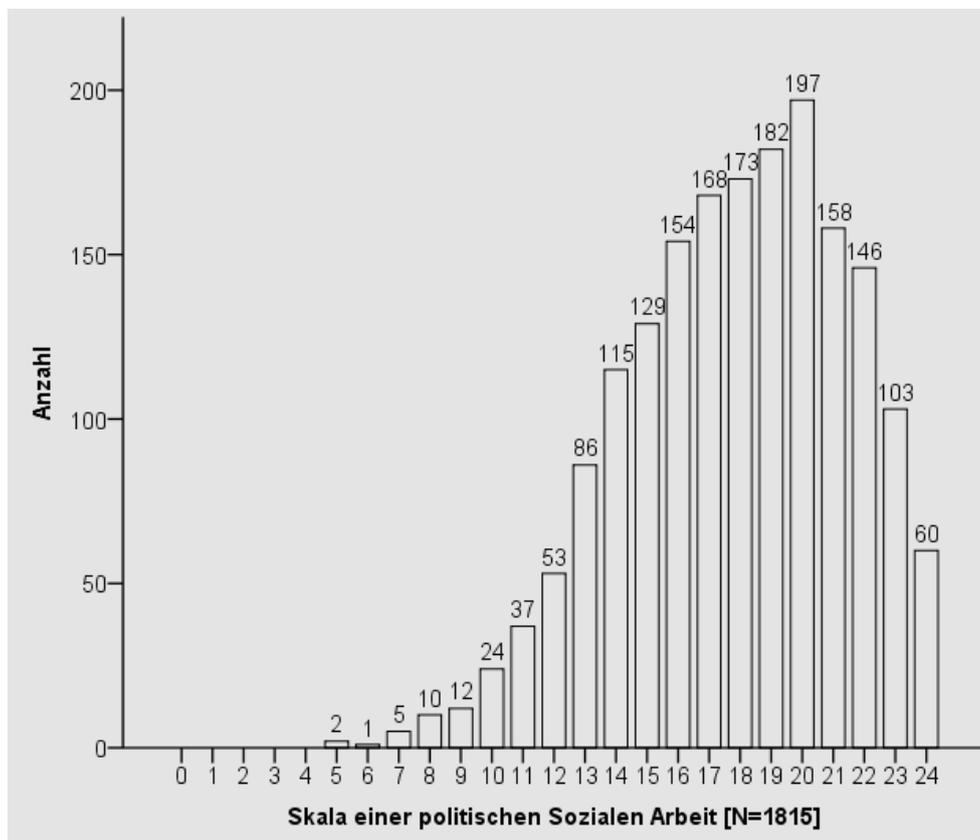


Abbildung 10. Verteilung auf der Skala einer politischen Sozialen Arbeit

## 6.2 HYPOTHESENPRÜFENDE ERGEBNISSE

«Welche Faktoren fördern die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz?» Zur Beantwortung dieser zweiten Hauptfragestellung werden in diesem Kapitel alle 28 Hypothesen<sup>38</sup> auf ihre Gültigkeit überprüft. Tabelle 15 liefert hierzu einen Überblick, indem sie Korrelationen zwischen den jeweils benannten unabhängigen Variablen (Einflussfaktoren) und politischer Aktivität bzw. Mittelwertsunterschiede auf der politischen Aktivitäts-Skala zwischen verschiedenen Gruppen darstellt. Ist eine Hypothese als «bedingt bestätigt» ausgewiesen, bedeutet dies entweder, dass ein Ergebnis zwar signifikant aber nicht bedeutsam ist oder, dass signifikante und bedeutsame Unterschiede nur zwischen einzelnen der untersuchten Gruppen identifiziert werden können. Die Kapitel 6.2.1 bis 6.2.13 geben einen detaillierten Einblick in ausgewählte bedeutsame Zusammenhänge. Berechnungen, Diagramme und Häufigkeitsverteilungen für *alle* Hypothesen können Anhang 8 entnommen werden.

### 6.2.1 ALTER UND BERUFSERFAHRUNG

Das Alter ( $r=.145$ ,  $p<0.001$ ,  $n=1810$ ) sowie die Berufserfahrung in Jahren ( $r=.17$ ,  $p<.001$ ,  $n=1594$ ) korrelieren in der untersuchten Stichprobe positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität. Abbildung 11 zeigt auf, wie die politische Aktivität bis in das Alter zwischen 31 und 35 zunimmt, dann wieder abflacht und im Alter von 56 bis 60 Jahren ihren Höhepunkt erreicht.

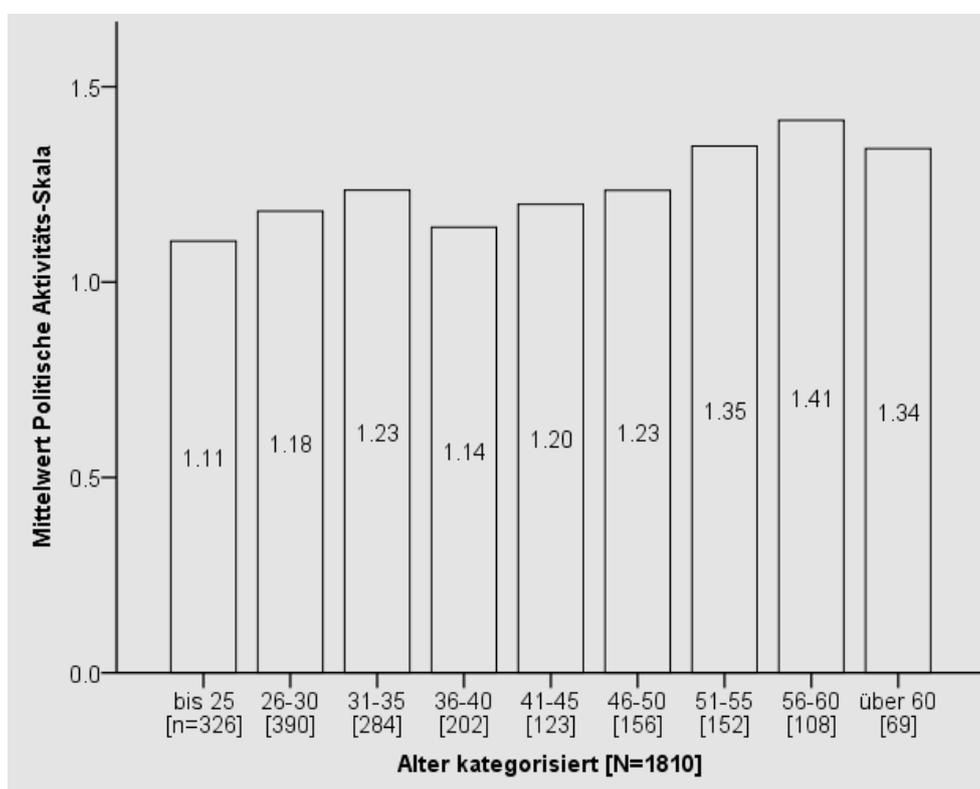


Abbildung 11. Alter X politische Aktivität

<sup>38</sup> Die Hypothesen können Anhang 11 und Kapitel 5.1 entnommen werden.

Bei der Berufserfahrung hingegen ist der Anstieg der politischen Aktivität stetig. Dabei ist die Gruppe der befragten Fachpersonen mit mehr als 30 Jahren Erfahrung am aktivsten ( $M=1.47$ ,  $SD=0.53$ ,  $n=64$ ) und damit beispielsweise politisch aktiver als die Gruppe der Personen mit null bis fünf Jahren Berufserfahrung ( $M=1.15$ ,  $SD=0.51$ ,  $n=647$ ) ( $p<.001$ ).

*Tabelle 15. Übersicht über die Korrelationen und Mittelwertsunterschiede hinsichtlich politischer Aktivität*

#	Unabhängige Variable	Hypothese	Statistik
1	Stärke des Politikinteresses	bestätigt	$r_s=.625$ , $p<.001$
2	Stärke der Links-Rechts-Einordnung	bestätigt	$r=.43$ , $p<.001$
3	Interne politische Wirksamkeit	bestätigt	$r=.584$ , $p<.001$
5	Stärke der Parteipräferenz	bestätigt	$r_s=.302$ , $p<.001$
6	Politisch aktive Bezugspersonen	bestätigt	$r=.21$ , $p<.001$
7	Politische Diskussionen im Jugendhaushalt	bestätigt	$r_s=.26$ , $p<.001$
10	Befürwortung politischer Sozialer Arbeit	bestätigt	$r=.528$ , $p<.001$
11	Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken	bestätigt	$r=.617$ , $p<.001$
13	Ermutigung im Studium	bestätigt	$r_s=.118$ , $p<.001$
15	Berufserfahrung	bestätigt	$r=.17$ , $p<.001$
18	Verfügbare Zeit	bestätigt	$r_s=.283$ , $p<.001$
22	Hierarchieebene	bestätigt	$r_s=.147$ , $p<.001$
26	Alter	bestätigt	$r=.145$ , $p<.001$
12	Bildungsabschluss	bedingt bestätigt	$F(8,1805)=11.504$ , $p<.001$
19	Kinder unter 18 Jahren im Haushalt	bedingt bestätigt	$M_1=1.16$ , $M_2=1.23$ , $p=.016$
21	Tätigkeitsbereich	bedingt bestätigt	$F(13,1581)=5.637$ , $p<.001$
23	Organisationsart	bedingt bestätigt	$F(6,1586)=3.456$ , $p=.002$
27	Geschlecht	bedingt bestätigt	$F(2,1812)=9.255$ , $p<.001$
4	Externe politische Wirksamkeit	nicht bestätigt	$r=.085$ , $p<.001$
8	Bildungsabschluss Mutter	nicht bestätigt	$r_s=.034$ , $p=.151$
9	Bildungsabschluss Vater	nicht bestätigt	$r_s=.065$ , $p=.006$
14	Unterstützung durch Vorgesetzte*n	nicht bestätigt	$F(4,1080)=11.229$ , $p<.001$
16	Schweizerische Nationalität	nicht bestätigt	$M_1=0.7$ , $M_2=0.82$ , $p=.06$
17	Einkommen	nicht bestätigt	$r=.046$ , $p=.098$
20	Höhe der Arbeitsprozent	nicht bestätigt	$r_s=-.035$ , $p=.162$
24	Arbeitskanton	nicht bestätigt	siehe Anhang 8
25	Kontakt mit Adressat*innen	nicht bestätigt	siehe Anhang 8
28	Konfessionszugehörigkeit	nicht bestätigt	siehe Anhang 8

## 6.2.2 GESCHLECHT

Das Ausmass politischer Aktivität unterscheidet sich in der untersuchten Stichprobe nach Geschlecht. Befragte, die sich einem dritten Geschlecht zugehörig fühlen sind politisch aktiver ( $M=1.72$ ,  $SD=0.55$ ,  $n=14$ ) als Teilnehmer, die sich dem männlichen Geschlecht zuordnen ( $M=1.25$ ,  $SD=0.53$ ,  $n=611$ ) ( $p=.005$ ). Die befragten Männer wiederum sind politisch aktiver als die befragten Frauen ( $M=1.19$ ,  $SD=0.55$ ,  $n=1190$ ) ( $p=.038$ ).

## 6.2.3 VERFÜGBARE ZEIT

Die subjektive Einschätzung von verfügbarer Zeit für politische Aktivität korreliert in der Stichprobe positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität ( $r_s=.283$ ,  $p<.001$ ,  $n=1815$ ). Abbildung 12 zeigt, dass Personen, die gemäss eigener Einschätzung über mehr Zeit für politische Aktivität verfügen auch tatsächlich politisch aktiver sind als Personen, die über weniger Zeit verfügen.

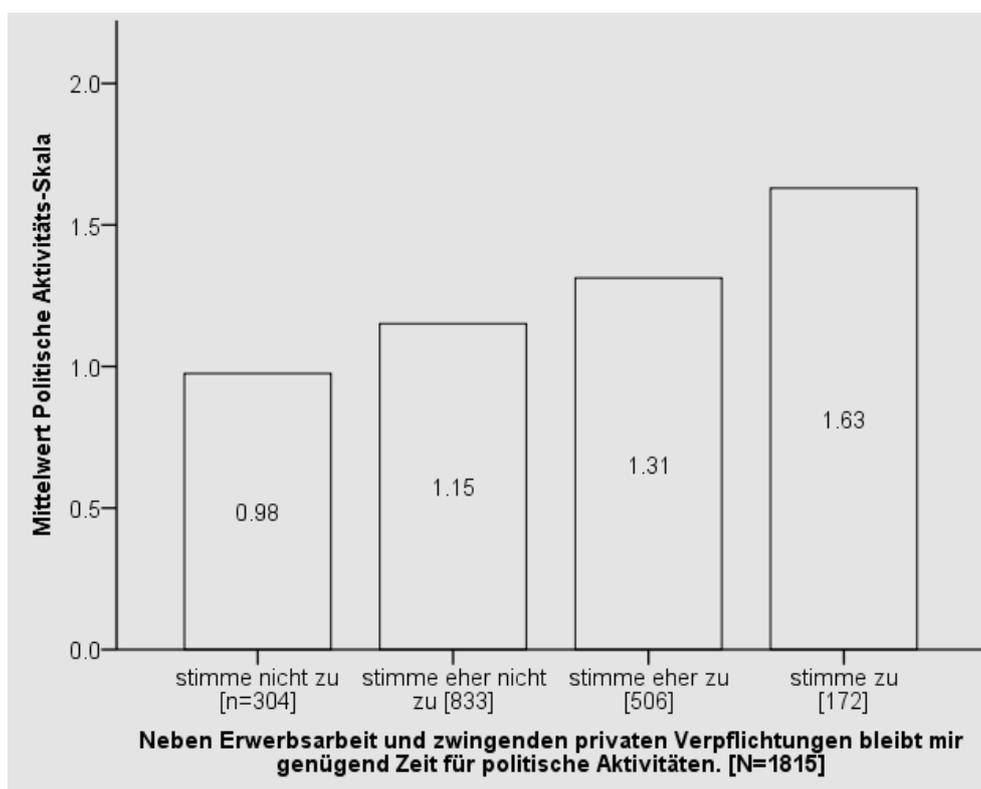


Abbildung 12. Subjektive Einschätzung verfügbarer Zeit X politische Aktivität

## 6.2.4 POLITIKINTERESSE

Zwischen der Stärke des Politikinteresses und dem Ausmass politischer Aktivität besteht in der untersuchten Stichprobe ein starker Zusammenhang ( $r_s=.625$ ,  $p<.001$ ,  $n=1815$ ). Abbildung 13 zeigt, dass sich beispielsweise politisch sehr interessierte Befragte ( $M=1.7$ ,  $SD=0.54$ ,  $n=542$ ) von überhaupt nicht politisch interessierten Befragten ( $M=0.48$ ,  $SD=0.54$ ,  $n=17$ ) hinsichtlich ihrer politischen Aktivität unterscheiden ( $p<.001$ ).

### **6.2.5 STÄRKE DER LINKS-RECHTS-EINORDNUNG**

Zwischen der Stärke der Links-Rechts-Einordnung und dem Ausmass politischer Aktivität besteht in der untersuchten Stichprobe ein starker Zusammenhang ( $r=.43$ ,  $p<.001$ ,  $n=1815$ ). Je extremer die Positionierung auf der Skala von 0 (=links) bis 10 (=rechts), desto höher die politische Aktivität. Während teilnehmende Sozialarbeitende mit der mittleren Antwort 5 ( $n=142$ ) im Durchschnitt einen Wert von 0.88 ( $SD=0.53$ ) auf der politischen Aktivitäts-Skala erreichen, liegt der Mittelwert bei Personen, die 0 ( $n=274$ ) oder 10 ( $n=4$ ) wählten bei 1.64 ( $SD=0.61$ ).

### **6.2.6 INTERNE POLITISCHE WIRKSAMKEIT**

Zwischen der Ausprägung der internen politischen Wirksamkeit und dem Ausmass politischer Aktivität besteht in der untersuchten Stichprobe ein starker Zusammenhang ( $r=.584$ ,  $p<.001$ ,  $n=1815$ ). Je wirksamer sich die befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit fühlen, desto höher ihre politische Aktivität. So erreichen Teilnehmende mit einer maximalen politischen Wirksamkeit von 20 Punkten ( $n=70$ ) im Durchschnitt einen Wert von 2.12 ( $SD=0.63$ ) auf der politischen Aktivitäts-Skala, während Befragte mit einer minimalen politischen Wirksamkeit von null Punkten ( $n=15$ ) im Mittel einen Wert von 0.56 ( $SD=0.35$ ) erhalten.

### **6.2.7 PARTEIPRÄFERENZ**

Die Stärke der Parteipräferenz korreliert in der untersuchten Stichprobe positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität ( $r_s=.302$ ,  $p<.001$ ,  $n=1581$ ). Je stärker die Präferenz für eine Partei bei Wahlen und Abstimmungen, desto höher die politische Aktivität.

### **6.2.8 POLITISCH AKTIVE BEZUGSPERSONEN**

Die Anzahl politisch aktiver Bezugspersonen im Jugendhaushalt korreliert in der untersuchten Stichprobe positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität ( $r=.21$ ,  $p<.001$ ,  $n=1815$ ). Eine ein-faktorielle Varianzanalyse zeigt, dass alle Unterschiede zwischen den in Abbildung 14 dargestellten Gruppen signifikant sind. Einzig der Unterschied zwischen einer und zwei politisch aktiven Personen im Jugendhaushalt erweist sich als nicht signifikant.

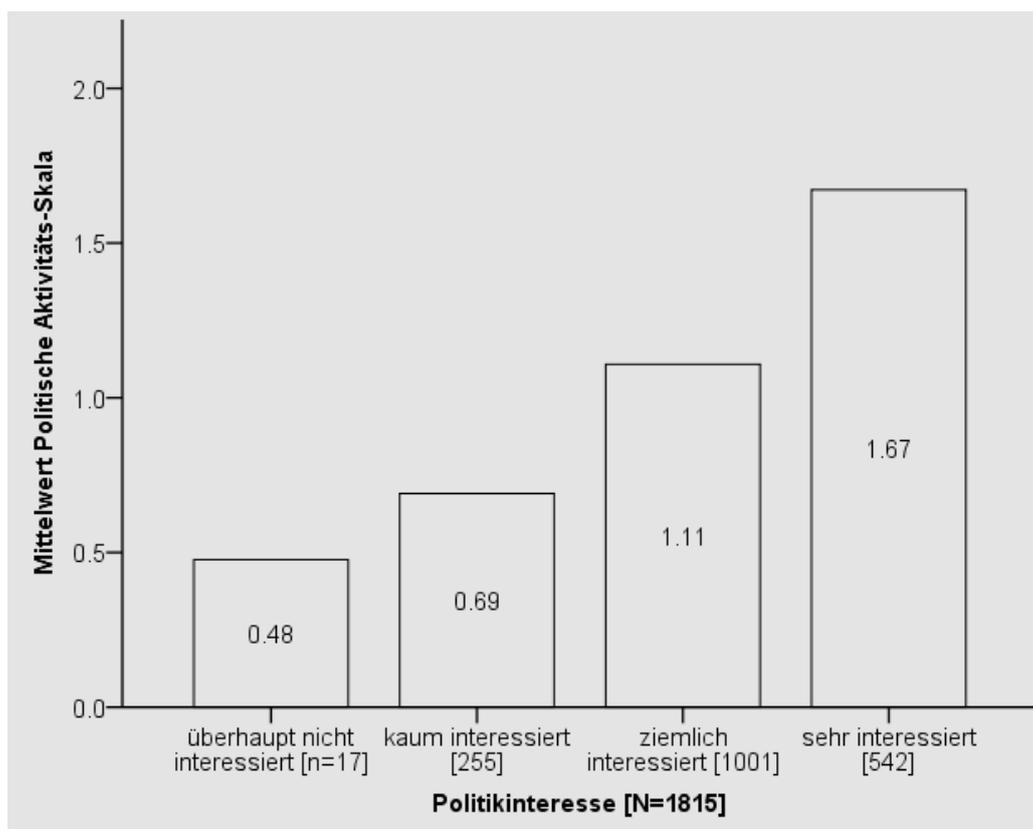


Abbildung 13. Politikinteresse X politische Aktivität

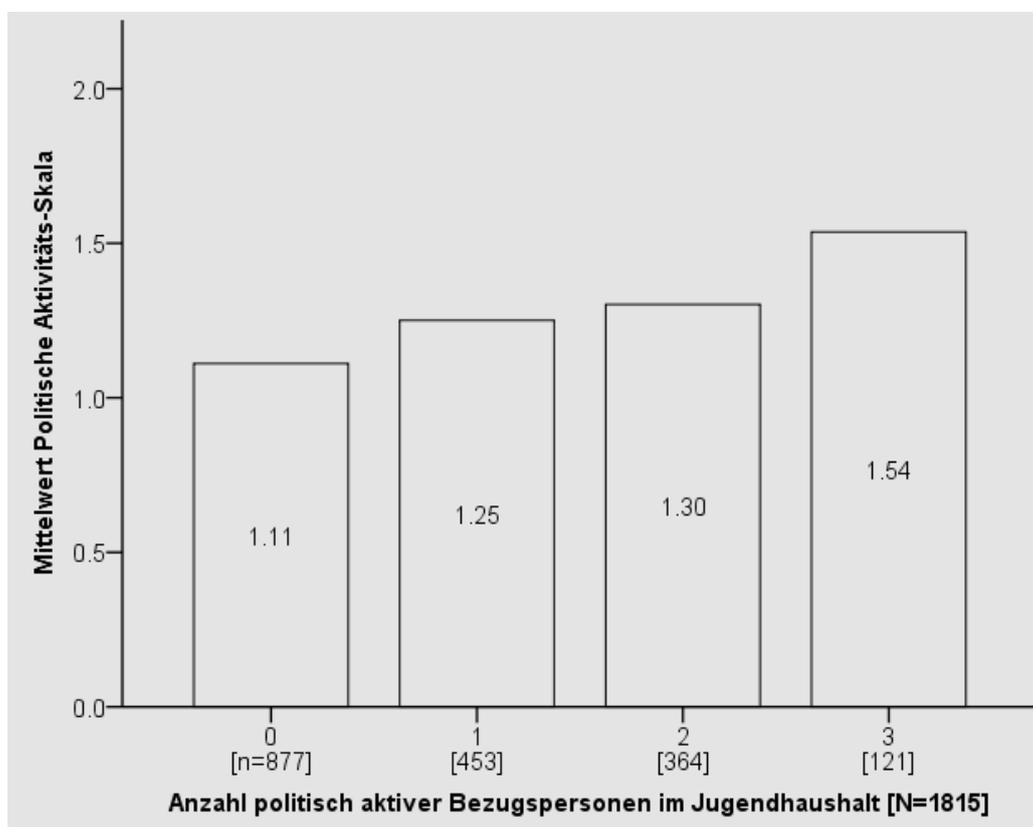


Abbildung 14. Politisch aktive Bezugspersonen X politische Aktivität

### 6.2.9 MOBILISATIONSNETZWERKE

Zwischen der Anzahl der Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken und dem Ausmass politischer Aktivität besteht in der untersuchten Stichprobe ein starker Zusammenhang ( $r=.617$ ,  $p<.001$ ,  $n=1815$ ). Je grösser die Anzahl der Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken, desto ausgeprägter die politische Aktivität. Abbildung 15 zeigt, dass sich beispielsweise Befragte mit fünf Mitgliedschaften ( $M=2.39$ ,  $SD=0.48$ ,  $n=13$ ) hinsichtlich ihrer politischen Aktivität von Befragten mit keiner Mitgliedschaft ( $M=0.9$ ,  $SD=0.38$ ,  $n=674$ ) unterscheiden ( $p<.001$ ).

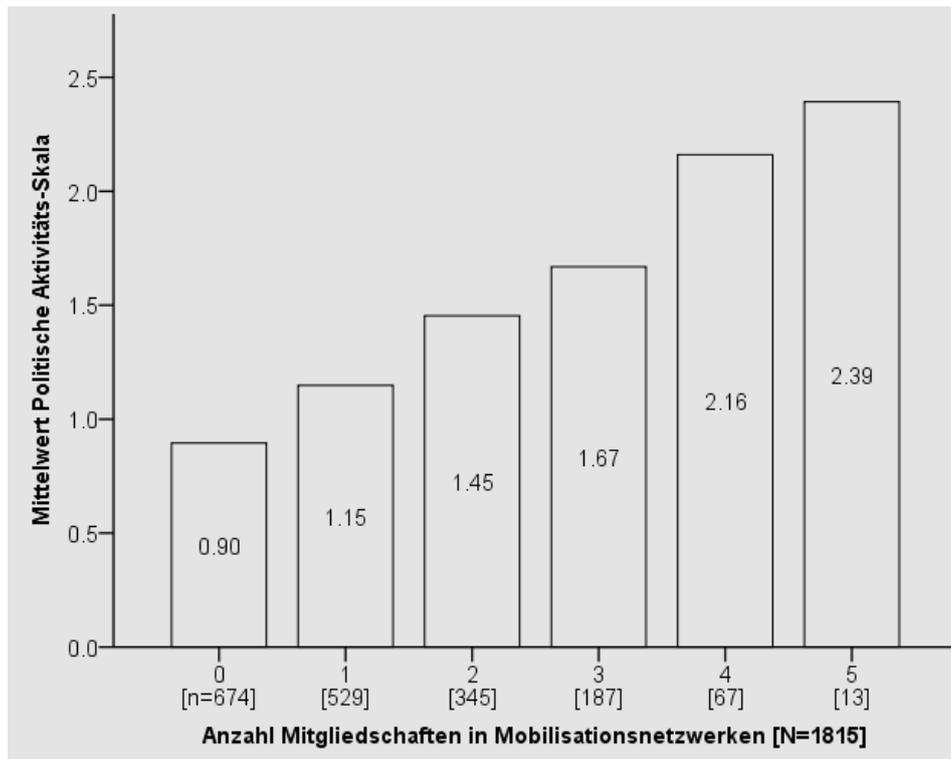


Abbildung 15. Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken X politische Aktivität

### 6.2.10 ERMUTIGUNG IM STUDIUM

Die Ermutigung zu politischer Aktivität im Studium korreliert in der untersuchten Stichprobe positiv mit dem Ausmass politischer Aktivität ( $r_s=.118$ ,  $p<.001$ ,  $n=1815$ ). D.h., je eher eine teilnehmende Person im Rahmen ihres Studiums zu politischer Aktivität ermutigt worden ist bzw. ermutigt wird, desto höher fällt die politische Aktivität aus. Während Befragte, die eine Ermutigung zu politischer Aktivität im Rahmen ihres Studiums erlebten ( $n=327$ ), im Durchschnitt einen Wert von 1.33 ( $SD=0.59$ ) auf der politischen Aktivitäts-Skala erreichen, liegt der Mittelwerte bei Personen, die eine solcher Ermutigung nicht erfuhren ( $n=152$ ), bei 1.12 ( $SD=0.57$ ).

### 6.2.11 BILDUNGSABSCHLUSS

Der höchste erreichte Bildungsabschluss korreliert in der untersuchten Stichprobe nicht mit dem Ausmass politischer Aktivität. Zwischen den Ausbildungsgruppen bestehen jedoch Unterschiede. Untersucht wurden die in Abbildung 16 dargestellten Unterschiede zwischen aktuell

Studierenden, HF-Absolvent\*innen, Uni- und FH-Absolvent\*innen mit Bachelorabschluss, Uni- und FH-Absolvent\*innen mit Masterabschluss, sowie Fachpersonen der Sozialen Arbeit mit Doktor\*in- oder Professor\*in-Titel.

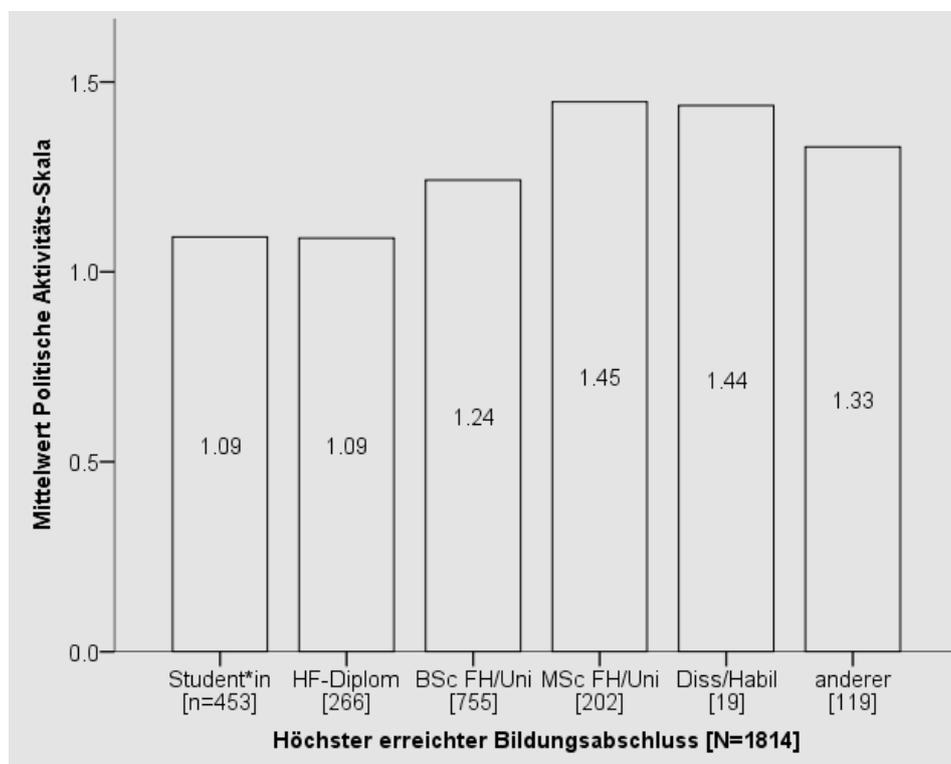


Abbildung 16. Bildungabschluss X politische Aktivität

Die Ergebnisse aus Abbildung 16 legen eine Einteilung in drei Gruppen nahe: (1) Sozialarbeitende mit Masterabschluss und Doktor\*in- oder Professor\*in-Titel sind politisch am aktivsten, (2) gefolgt von Sozialarbeitenden mit Bachelorabschluss sowie (3) Studierenden und Sozialarbeitenden mit HF-Diplom. Wie Tabelle 16 entnommen werden kann, unterscheiden sich diese Gruppen tatsächlich auch signifikant. Einzig die Kategorie «Diss./Habil.» erzeugt keine signifikanten Unterschiede, da die Gruppe mit 19 Teilnehmenden zu klein ist.

Tabelle 16. Bildungabschluss X politische Aktivität: Mittelwertsunterschiede und Signifikanzen

	Studierende	HF	Bachelor	Master	Diss./Habil.
Studierende		0* p=1.000**	<i>0.15</i> <i>p&lt;.001</i>	<i>0.36</i> <i>p&lt;.001</i>	0.35 p=.083
HF	0 p=1.000		<i>0.15</i> <i>p=.001</i>	<i>0.36</i> <i>p&lt;.001</i>	0.35 p=.087
Bachelor	<i>0.15</i> <i>p&lt;.001</i>	<i>0.15</i> <i>p=.001</i>		<i>0.21</i> <i>p&lt;.001</i>	0.2 p=1.000
Master	<i>0.36</i> <i>p&lt;.001</i>	<i>0.36</i> <i>p&lt;.001</i>	<i>0.21</i> <i>p&lt;.001</i>		0.01 p=1.000
Diss./Habil.	0.35 p<.083	0.35 p=.087	0.2 p=1.000	0.01 p=1.000	

\*erste Zeile=Unterschied auf der PAS-Skala zwischen benannten Kategorien / \*\*zweite Zeile=p-Wert zur Bestimmung der Signifikanz des Unterschieds / **fett und kursiv=ein signifikanter Unterschied liegt vor**

### 6.2.12 HIERARCHIEEBENE

In der untersuchten Stichprobe unterscheidet sich das Ausmass politischer Aktivität nach Hierarchieebene. Untersucht wurden Unterschiede zwischen Organisationsleitung (M=1.44, SD=0.53, n=157), Teamleitung (M=1.26, SD=0.54, n=261), Teammitgliedern (M=1.18, SD=0.53, n=1097) sowie Praktikant\*innen und Sozialarbeitenden in Ausbildung (M=1.06, SD=0.36, n=40). Dabei erwiesen sich ausschliesslich die Unterschiede zwischen Organisationsleitung und den jeweils anderen Ebenen als signifikant ( $p < .005$ ).

### 6.2.13 BEFÜRWORDUNG EINER POLITISCHEN SOZIALEN ARBEIT

Abbildung 17 zeigt, dass zwischen der Befürwordung einer politischen Sozialen Arbeit und dem Ausmass politischer Aktivität in der untersuchten Stichprobe ein starker Zusammenhang besteht ( $r = .528$ ,  $p < .001$ ,  $n = 1815$ ). Je ausgeprägter die Befürwordung einer politischen Sozialen Arbeit, desto höher die politische Aktivität. So erreichen Teilnehmende mit einer vollen Befürwordung ( $n = 60$ ) im Durchschnitt einen Wert von 1.81 (SD=0.55) auf der politischen Aktivitäts-Skala, während Befragte mit null bis zehn Punkten auf der Skala einer politischen Sozialen Arbeit ( $n = 54$ ) im Mittel einen Wert von 0.73 (SD=0.34) erhalten.

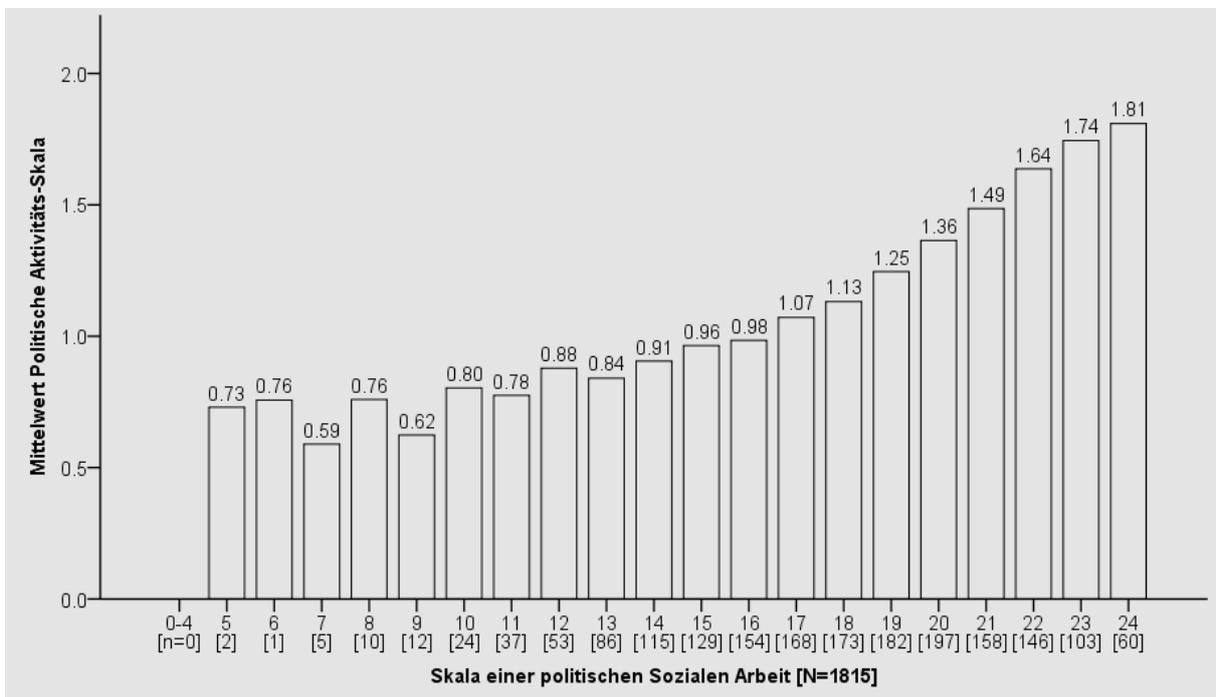


Abbildung 17. Skala einer politischen Sozialen Arbeit X politische Aktivität

### 6.3 ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

*Deskriptiv:* Die Stichprobe setzt sich zusammen aus 1815 Fachpersonen der Sozialen Arbeit aus allen Kantonen der Schweiz. Das Durchschnittsalter beträgt 37 Jahre. 65.6% der Befragten ordnen sich dem weiblichen, 33.7% dem männlichen und 0.8% einem anderen Geschlecht zu. Von den insgesamt 1595 im Feld der Sozialen Arbeit Beschäftigten sind 27.3% im Bereich der Sozialhilfe bzw. im Kindes- und Erwachsenenschutz tätig und 14.4% arbeiten mit Menschen mit körperlicher, kognitiver und/oder psychischer Beeinträchtigung. Im Durchschnitt verfügen die befragten arbeitstätigen Sozialarbeitenden über 11 Jahre Berufserfahrung.

58.9% der Teilnehmenden können als «selten politisch» aktiv beschrieben werden. Auf der politischen Aktivitäts-Skala von 0 (=nie aktiv) bis 4 (=sehr oft aktiv) beträgt der Mittelwert der Stichprobe 1.2, was etwas mehr als «seltener politischer Aktivität» entspricht. Bei der Betrachtung von einzelnen politischen Aktivitäten fällt auf, dass gewisse Aktivitäten im Durchschnitt öfter ausgeübt werden als andere. Beispielsweise erreicht «Wählen und Abstimmen» im Schnitt einen Wert von 3.25, «Streiken» einen Wert von 0.12.

85.1% der Befragten gaben an, politisch sehr oder ziemlich interessiert zu sein. 14% sind kaum und 0.9% überhaupt nicht politisch interessiert. 90.1% der teilnehmenden Sozialarbeitenden interessieren sich für die nationale, 72.2% für die internationale, 79.4% für die kantonale und 61.2% für die kommunale Ebene des politischen Geschehens. Auf der Links-Rechts-Skala von null bis zehn ordneten sich 94% zwischen 0 (=links) und 5 (=Mitte) ein.

94% der Teilnehmenden stimmten einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zu. 95% empfinden es als wichtig für Sozialarbeitende und ihre professionelle Arbeit, Politik zu verstehen und 95% der Befragten sehen es als Aufgabe von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die Einlösung der Menschen- und Sozialrechte einzufordern. 50% sind der Ansicht, dass Sozialarbeitende während ihrer *Arbeitszeit* politisch aktiv sein sollten, 50% widersprechen. 59% sind der Ansicht, dass Sozialarbeitende während ihrer *Freizeit* politisch aktiv sein sollten, 41% widersprechen. Insgesamt zeigt sich auf der 8-Item *Skala einer politischen Sozialen Arbeit* eine überwiegende Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit.

Eingebunden in mindestens ein Mobilisationsnetzwerk sind 62.9% der Befragten. 631 Fachpersonen der Sozialen Arbeit aus der Stichprobe sind Mitglied im Berufsverband AvenirSocial, 200 sind Mitglied bei der Gewerkschaft VPOD, 176 sind Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Schweiz, 110 engagieren sich im Forum für kritische Soziale Arbeit Kriso, 63 gehören der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit an und 61 sind Mitglied bei der Gewerkschaft Unia.

*Hypothesenprüfung:* Die vorliegende Studie zeigt für die untersuchte Stichprobe, dass die Stärke des Politikinteresses, die Anzahl Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken, die interne politische Wirksamkeit sowie die Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit stark mit der politischen Aktivität zusammenhängen. Ein mittlerer Effekt besteht zwischen politischer Aktivität und der Stärke der Links-Rechts-Einordnung. Weitere signifikante Korrelationen bestehen zwischen politischer Aktivität und der verfügbaren Zeit, der Häufigkeit politischer Diskussionen und der Anzahl politisch aktiver Bezugspersonen im Jugendhaushalt, der Berufserfahrung und dem Alter, der Hierarchieebene sowie der Ermutigung zu politischer Aktivität im Rahmen des Studiums.

Bedingte Zusammenhänge bestehen zwischen politischer Aktivität und dem Bildungsabschluss (siehe Kapitel 6.2.11), der Betreuung von Kindern unter 18 Jahren, dem Tätigkeitsbereich, der Organisationsart sowie dem Geschlecht. Beispielsweise unterscheidet sich die mittlere politische Aktivität von in der Gemeinwesenarbeit Tätigen ( $M=1.52$ ,  $SD=0.62$ ,  $n=29$ ) signifikant von Sozialarbeitenden, die in der stationären Kinder- und Jugendhilfe arbeiten ( $M=1.00$ ,  $SD=0.45$ ,  $n=57$ ), nicht aber von Kolleg\*innen, die im Sucht-, Migrations- oder Altersbereich tätig sind.

Bei den 1815 befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit konnten keine signifikanten Zusammenhänge gefunden werden zwischen politischer Aktivität und der externen politischen Wirksamkeit, dem Bildungsabschluss der Eltern, der Unterstützung politischer Aktivität durch die vorgesetzte Person, dem Besitz der Schweizerischen Nationalität, dem Einkommen, der Höhe der Arbeitsprozent, dem Arbeitskanton, der Regelmässigkeit des Kontakts mit Adressat\*innen der Sozialen Arbeit oder der Konfessionszugehörigkeit.

## 7 DISKUSSION

In den folgenden Unterkapiteln werden die Ergebnisse aus Kapitel 6 mit Befunden aus anderen Untersuchungen verglichen und hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit diskutiert. Kapitel 7.1 diskutiert die deskriptiven und Kapitel 7.2 die hypothesenprüfenden Ergebnisse. Kapitel 7.3 zeigt methodische Grenzen der Studie auf und Kapitel 7.4 fasst die Diskussion zusammen.

### 7.1 DISKUSSION DER DESKRIPTIVEN ERGEBNISSE

In diesem Teil der Diskussion werden zunächst Ausmass und Verteilung der politischen Aktivität mit den Daten des European Social Survey verglichen. Darauf folgen Diskussionen zu den deskriptiven Ergebnissen der politischen Involviertheit sowie der Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit.

#### 7.1.1 POLITISCHE AKTIVITÄT

Die politische Aktivität wird auf der *politischen Aktivitäts-Skala* von null bis vier gemessen und liegt für die hier untersuchte Stichprobe im Durchschnitt bei 1.2. Dieser Wert entspricht seltener politischer Aktivität und stützt somit auf den ersten Blick z.B. die Einschätzung von Seithe, die der gegenwärtigen Sozialen Arbeit und den in ihren Feldern tätigen Kolleg\*innen politische Apathie unterstellt (siehe Kapitel 1). Dieser Befund steht in Kontrast zu den Ergebnissen z.B. von Ezell (1993: 85), der 85.7% seiner Teilnehmenden als aktiv oder sehr aktiv kategorisiert. Anders sieht das Ergebnis aus, wenn es mit den Zahlen aus der ESS-Runde 8 (Ernst Stähli et al. 2016) verglichen wird. Dort wurden neun politische Aktivitäten zur Auswahl gestellt und die Teilnehmenden sollten angeben, ob sie diese in den letzten zwölf Monaten ausgeübt haben oder nicht. Tabelle 17 zeigt die Daten aus der vorliegenden und der ESS-Studie in der Übersicht. Dabei wird deutlich, dass die hier untersuchte Stichprobe im Vergleich mit der Schweizer Gesamtbevölkerung keinesfalls unterdurchschnittlich politisch aktiv ist. Es kann festgehalten werden: Die befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit sind nicht «politisch apathisch» (Seithe 2014b: 109), es sei denn die gesamte Schweizer Bevölkerung wird entsprechend bezeichnet. Gleichzeitig scheint es im Hinblick auf die Ergebnisse des ESS aber auch vermessen, Sozialarbeitende als überdurchschnittlich politisch aktiv oder gar als «Gladiators» (Wolk 1981: 284) in der politischen Arena zu bezeichnen.

*Tabelle 17. Politische Aktivitätskategorien und ihre Häufigkeiten im Vergleich zur ESS-Runde 8 (Ernst Stähli et al. 2016)*

<b>PAS-Werte</b>	<b>ESS-Aktivitäten</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Vorliegend</b>	<b>ESS 8</b>
0.00 bis 0.80	0 oder 1	Nie aktiv	21.4%	50%
0.81 bis 1.60	2 oder 3	Selten aktiv	58.9%	32.5%
1.61 bis 2.40	4 oder 5	Manchmal aktiv	15.8%	14%
2.41 bis 3.20	6 oder 7	Oft aktiv	3.9%	3%
3.21 bis 4.00	8 oder 9	Sehr oft aktiv	0.1%	0.5%

Auffällig ist, dass die Befragten gewisse Aktivitäten bedeutend öfter ausüben als andere. Besonders oft wird gewählt, abgestimmt oder im Freundeskreis über politische Themen diskutiert. Seltener werden öffentliche Reden, Streiks oder ehrenamtliche politische Arbeiten als Form des politischen Engagements gewählt (siehe Kapitel 6.1.2). Dieses Ergebnis stimmt mit den Befunden aus anderen Studien (Roth & Yollu-Tok 2017: 160f; Ostrander 2016: 44–48; Ernst Stähli et al. 2014; Rome et al. 2010; Dickinson 2004; Mary 2001; Dietz Domanski 1998; Hamilton 1998; Reeser & Epstein 1987; Epstein 1968) sowie den theoretischen Annahmen aus dem Civic Voluntarism Modell überein: Menschen präferieren in ihrem politischen Engagement «kostengünstige» Aktivitäten, die eher wenig Ressourcen in Form von Zeit, Geld und öffentlicher Präsenz erfordern. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in der untersuchten Stichprobe trotz des vergleichsweise tiefen Durchschnittsalters von 37 Jahren das Posten von politischen Inhalten ( $M=0.63$ ) oder das Liken von Politiker\*innen in den Sozialen Medien ( $M=0.77$ ) wenig Relevanz besitzen.

## 7.1.2 POLITISCHE INVOLVIERTHEIT

In der untersuchten Stichprobe sind 85.1% der Sozialarbeitenden sehr oder ziemlich politisch interessiert (siehe Tabelle 18, Spalte 2). Dies scheint zunächst im Vergleich zu den 58.8% der Schweizer Gesamtbevölkerung relativ hoch (siehe Tabelle 18, Spalte 4). Wenn aber in den Berechnungen des ESS nur Personen mit tertiärer Ausbildung berücksichtigt werden, gleichen sich die Werte an (siehe Tabelle 18, Spalte 3).

*Tabelle 18. Politisches Interesse im Vergleich zur ESS-Runde 8 (Ernst Stähli et al. 2016)*

Politisches Interesse	Vorliegend	ESS 8 (Bildung=tertiär)	ESS 8
Sehr interessiert	29.9%	29.6%	17.6%
Ziemlich interessiert	55.2%	45.1%	41.2%
Kaum interessiert	14%	21.9%	30.3%
Überhaupt nicht interessiert	0.9%	3.2%	10.9%

85.1% der Befragten in der vorliegenden Studie bezeichnen sich als politisch interessiert. Dieser Wert liegt nicht nur über den Befunden des ESS, sondern auch über den Ergebnissen von Wetzel (2015: 47), Schmidt (2017: 47) und Kulke (2018: 9), in deren Untersuchungen zwischen 45.8% und 72.6% der Teilnehmenden angaben, politisch interessiert zu sein. Dieser hohe Wert lässt sich u.a. durch die selektive Stichprobe erklären. Es ist anzunehmen, dass tendenziell eher politisch interessierte Personen an einer Umfrage zur politischen Aktivität teilnehmen. Spannend ist, neben dem allgemeinen politischen Interesse, der Fokus dieses Interesses. In der Auswertung zeigt sich, dass 90.1% am nationalen, 79.4% am kantonalen, 72.2% am internationalen und 61.2% am kommunalen politischen Geschehen interessiert sind. Dieses Ergebnis ist insofern interessant, als dass ein Grossteil der sozialpolitischen Regelungen auch auf kommunaler Ebene verhandelt werden, für die in der vorliegenden Untersuchung das geringste Interesse gezeigt wird.

Auf der Links-Rechts-Skala von 0 (=links) bis 10 (=rechts) ordneten sich 86.2% der Teilnehmenden zwischen null und vier ein, die Mitte wurde von 7.8% gewählt und 6% positionierten sich zwischen sechs und zehn. Ein äusserst vergleichbares Resultat berichtet Kulke (2018: 11): In seiner Stichprobe ordnen sich 93.2% der befragten Studierenden der Sozialen Arbeit links und 6.7% rechts ein, eine Mitte ist nicht vorgesehen. In der Schweizer Stichprobe des ESS 8 ist die Verteilung ausgeglichener: 30% der Teilnehmenden positionieren sich links, 33.5% genau in der Mitte und 36.5% rechts (Ernst Stähli et al. 2016). Abbildung 18 stellt die

drei beschriebenen Verteilungen graphisch dar. Auf der Basis dieser Resultate kann die begründete Hypothese aufgestellt werden, dass die Grundgesamtheit aller Sozialarbeitenden in der Schweiz tendenziell eher links eingestellt ist. Es ist unwahrscheinlich, dass die ausgeprägte Linksorientierung im vorliegenden Sample einzig auf Verzerrungen in der Stichprobe zurückgeführt werden kann.

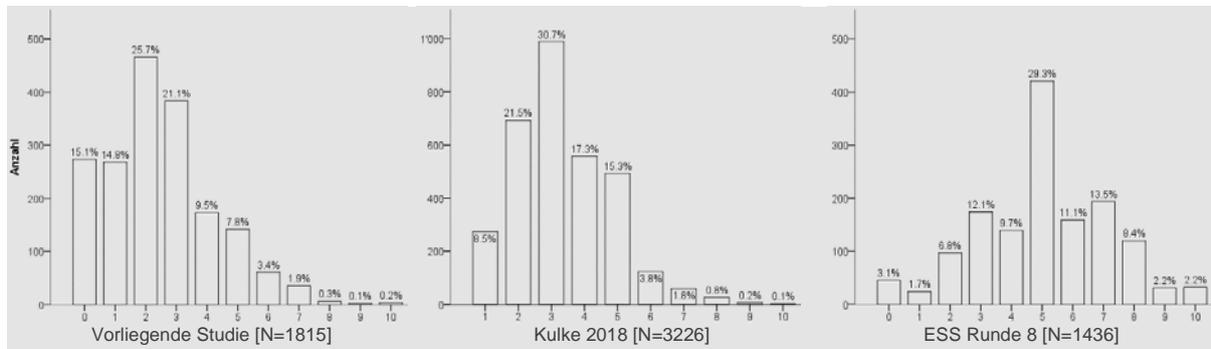


Abbildung 18. Links-Rechts-Skala von drei Studien im Vergleich (Kulke 2018 und Ernst Stähli et al. 2016)

Auf der internen politischen Wirksamkeitsskala von 0 (=keine) bis 20 (=maximale interne Wirksamkeit)<sup>39</sup> erreicht mehr als die Hälfte der befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit einen Wert zwischen 11 und 20. Der Mittelwert für die gesamte Stichprobe liegt bei 11. Im Vergleich zu der Gruppe der tertiär ausgebildeten Befragten aus der Schweizer ESS-Runde 7 ist dieser Wert eher gering. Tabelle 19 ermöglicht hierzu einen vergleichenden Überblick.

Tabelle 19. Interne politische Wirksamkeit im Vergleich zur ESS-Runde 7 (Ernst Stähli et al. 2014)

Interne politische Wirksamkeit	Vorliegend	ESS 7 (Bildung=tertiär)
0-10	46.2%	25.7%
11-20	53.8%	74.3%
18-20	9.4%	13.1%
Mittelwert	11 (SD=4.8)	13 (SD=4.6)

Während sich die befragten Sozialarbeitenden im Vergleich mit der Schweizer Bevölkerung durchschnittlich stark politisch engagieren und interessieren, fühlen sie sich, wie Tabelle 19 zeigt, eher unterdurchschnittlich politisch wirksam.<sup>40</sup>

<sup>39</sup> Für Details zur Operationalisierung und Konstruktion der internen politischen Wirksamkeitsskala siehe Kapitel 5.1.2

<sup>40</sup> Der Mittelwertsunterschied zwischen der tertiär ausgebildeten Stichprobe des ESS 7 und der vorliegenden Stichprobe ist signifikant,  $t(2127)=-6.821$ ,  $p<.001$ .

### 7.1.3 BEFÜRWORDUNG EINER POLITISCHEN SOZIALEN ARBEIT

Die befragten Sozialarbeitenden stimmen zu 94% einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zu. Dieses Ergebnis steht in Übereinstimmung mit vorangehenden Untersuchungen. Bei Wetzel (2015: 65) bejahen 96.8%, bei Schmidt (2017: 55) 86.8% und bei Kulke (2018: 17) 90.1% einen politischen Auftrag der Profession. In der vorliegenden Studie sind zudem jeweils 95% der Teilnehmenden der Meinung, dass ein Politikverständnis für die professionelle Soziale Arbeit wichtig sei und dass es zur Aufgabe von Sozialarbeitenden gehöre, die Einlösung der Menschen- und Sozialrechte einzufordern. Spannend wird es in der konkreten (Nicht-)Umsetzung: 50% der Befragten sind der Ansicht, dass Sozialarbeitende während ihrer *Arbeitszeit* politisch aktiv sein sollten, 50% widersprechen. 59% sind der Ansicht, dass Sozialarbeitende während ihrer *Freizeit* politisch aktiv sein sollten, 41% widersprechen. Interessant ist, dass die teilnehmenden Fachpersonen der Sozialen Arbeit politische Aktivität, wenn überhaupt, eher dem Bereich der Freizeit zuordnen. Für ein solches Freizeitengagement bietet der Berufskodex von AvenirSocial (2010) eine Grundlage, indem er von Sozialarbeitenden fordert, dass sie «ihre Aufmerksamkeit . . . auch ausserhalb ihres Arbeitszusammenhangs den Menschen [widmen], die sich in prekären sozialen Lagen befinden» (11). Es kann festgehalten werden: Die Teilnehmenden befürworteten grossmehrheitlich eine sich politisch verstehende Soziale Arbeit. Soziale Arbeit hat nach der Meinung der befragten Sozialarbeitenden einen politischen Auftrag. Aber wer führt ihn aus? Und wann?

## 7.2 DISKUSSION DER HYPOTHESENPRÜFENDEN ERGEBNISSE

In diesem Kapitel werden die Zusammenhänge zwischen den untersuchten Einflussfaktoren und politischer Aktivität hinsichtlich ihrer Bedeutsamkeit und mit Verweis auf bereits bestehende Forschungen diskutiert. In Kapitel 7.2.1 geht es dabei um sechs Haupteinflussfaktoren mit Korrelationskoeffizienten<sup>41</sup>  $r > .3$ . Kapitel 7.2.2 diskutiert weitere acht Einflussfaktoren mit Korrelationskoeffizienten zwischen  $r = .145$  und  $r = .283$  und in Kapitel 7.2.3 wird ein Blick auf Variablen gerichtet, die in keinem direkten Zusammenhang mit politischer Aktivität stehen.

### 7.2.1 HAUPTINFLUSSFAKTOREN

Die Untersuchung identifiziert die folgenden sechs Haupteinflussfaktoren auf politische Aktivität: (1) Politikinteresse, (2) Anzahl Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken, (3) interne politische Wirksamkeit, (4) Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit sowie (5) Stärke der Parteipräferenz und (6) Stärke der Links-Rechts-Einordnung.

<sup>41</sup> Nach Cohen (1988: 79f) können Korrelationskoeffizienten  $\geq .10$  als schwach, Effekte  $\geq .30$  als mittel und Effekte  $\geq .50$  als stark bezeichnet werden.

*Politikinteresse* und politische Aktivität hängen stark zusammen ( $r_s=.625$ ,  $p<.001$ ). Dieser Zusammenhang wurde auch von Hamilton (1998) und Ritter (2008) für die Gruppe von Sozialarbeitenden und im Rahmen des European Social Survey (Ernst Stähli et al. 2016) für die Schweizer Bevölkerung gefunden.

Ezell (1993), Hamilton (1998) und Ritter (2008) konnten in ihren Studien aufzeigen, dass Mitglieder der NASW politisch aktiver sind als Nichtmitglieder. Dieser Unterschied zeigt sich auch in der vorliegenden Studie zwischen Mitgliedern des Berufsverbandes AvenirSocial und Nichtmitgliedern. Darüber hinaus beeinflussen auch die Mitgliedschaften in weiteren Mobilisationsnetzwerken, wie Parteien, Gewerkschaften, politischen Gruppierungen und politischen Gremien, die politische Aktivität. In der Analyse zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der *Anzahl Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken* und der politischen Aktivität ( $r=.617$ ,  $p<.001$ ). Die Anzahl Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken korreliert zudem auch positiv mit der internen politischen Wirksamkeit ( $r=.449$ ,  $p<.001$ ). Das bedeutet: Eine Person mit Mitgliedschaft in fünf Mobilisationsnetzwerken fühlt sich im Durchschnitt politisch wirksamer als eine Person mit einer, zwei, drei oder vier Mitgliedschaften. Es kann also einerseits interpretiert werden, dass Mobilisationsnetzwerke das interne Wirksamkeitsempfinden ihrer Angehörigen stärken, indem sie sie zum Beispiel beim Erwerb von Kompetenzen oder Wissen unterstützen. Andererseits kann vermutet werden, dass es den abgefragten Mobilisationsnetzwerken auch tatsächlich gelingt, ihre Angehörigen für politische Aktivitäten zu mobilisieren.

Die *interne politische Wirksamkeit* wiederum hängt – im Gegensatz zur externen politischen Wirksamkeit – stark mit politischer Aktivität zusammen ( $r=.584$ ,  $p<.001$ ). Dieser Zusammenhang wurde für die Gruppe von Sozialarbeitenden in den USA bereits von Bowers Andrews (1998), Hamilton (1998) und Ritter (2008) belegt und kann durch die vorliegende Studie für Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz bestätigt werden. Interessant ist hier die Diskrepanz zwischen interner und externer politischer Wirksamkeit: Während die interne Wirksamkeit eine Voraussetzung zu sein scheint, zeigen auch Befragte mit sehr geringer externer Wirksamkeit hohe politische Aktivität. Eine mögliche Erklärung wäre, dass es sich hierbei um «Jetzt-erst-recht-Aktivist\*innen» handelt, die gerade deswegen politisch aktiv werden, weil sie sich zu wenig gehört fühlen.

In der bisherigen Forschung wurde nicht untersucht, inwiefern die *Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit* mit der tatsächlichen politischen Aktivität zusammenhängt. Zwischen diesen beiden Variablen besteht in der vorliegenden Untersuchung ein starker Zusammenhang

( $r=.528$ ,  $p<.001$ ). Schmidt (2017) hat in ihrer Studie einen ähnlichen Zusammenhang untersucht, jedoch keine signifikante Korrelation zwischen der Zustimmung zu einem politischen Auftrag und politischem Interesse entdeckt.

Hamilton (1998) sowie Rome et al. (2010) stellen in ihren Ergebnissen dar, dass zwar nicht eine gewisse Parteipräferenz, dafür aber sehr wohl die Stärke der Identifizierung mit einer Partei die politische Aktivität wesentlich bestimmt. Diese Erkenntnis lässt sich auch mit den Daten des ESS 8 nachrechnen und erfährt in der vorliegenden Studie eine Bestätigung: In der untersuchten Stichprobe besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der *Stärke der Parteipräferenz* und der politischen Aktivität ( $r_s=.302$ ,  $p<.001$ ).

Ein ähnliches Resultat zeigt sich bei der Analyse der Links-Rechts-Skala. Während zwischen links und rechts keine signifikanten Unterschiede identifiziert werden können, besteht zwischen der *Stärke der Links-Rechts-Einordnung* und der politischen Aktivität ein positiver Zusammenhang ( $r=.43$ ,  $p<.001$ ).

### 7.2.2 WEITERE EINFLUSSFAKTOREN

Neben den sechs Haupteinflussfaktoren können die folgenden acht weiteren Faktoren identifiziert werden, die etwas weniger stark, aber immer noch signifikant mit politischer Aktivität zusammenhängen: (1) politisch aktive Bezugspersonen im Jugendhaushalt, (2) Alter, (3) Berufserfahrung, (4) verfügbare Zeit, (5) Hierarchieebene, (6) Ermutigung im Studium, (7) Bildungsabschluss und (8) Geschlecht.

In ihrer qualitativ angelegten Studie identifizierte Amann (2017) eine politische Sozialisation als wesentlichen Einflussfaktor auf aktives politisches Engagement. Diese Erkenntnis kann durch die Ergebnisse der vorliegenden Studie quantitativ untermauert werden: Die *Anzahl politisch aktiver Bezugspersonen im Jugendhaushalt* korreliert positiv mit politischer Aktivität ( $r=.21$ ,  $p<.001$ ).

Hamilton (1998) sowie Rome und Hoehstetter (2010) identifizieren in ihren Studien Alter und Berufserfahrung als Einflussfaktoren auf politische Aktivität. Mary (2001) fand zwischen Alter und politischer Aktivität keine signifikante Korrelation. In der vorliegenden Studie hängt sowohl Alter ( $r=.145$ ,  $p<.001$ ) als auch Berufserfahrung ( $r=.17$ ,  $p<.001$ ) positiv mit politischer Aktivität zusammen. Die Fachpersonen der Sozialen Arbeit mit mehr als 30 Jahren *Berufserfahrung* sind in der untersuchten Stichprobe politisch am aktivsten, Sozialarbeitende mit null bis 5 Jahren Berufserfahrung am wenigsten aktiv. Beim *Alter* lässt sich mit Abbildung 19 bei den befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit eine zweigipflige Aktivitätstreppe beobachten. Im Alter von 31 bis 35 Jahren erreicht die politische Aktivität der Teilnehmenden

einen ersten Gipfelwert. In der nächsten Kategorie sinkt dieser Wert ab, um dann bis zur Kategorie der 56 bis 60-jährigen auf den zweiten Gipfelwert von 1.41 anzusteigen. Die unten dargestellten Kategorien unterscheiden sich in ihren Werten nicht alle signifikant voneinander. Dennoch könnte das Bild zumindest dahingehend interpretiert werden, dass unterschiedliche Lebensphasen unterschiedliche politische Aktivitätsniveaus mit sich bringen.

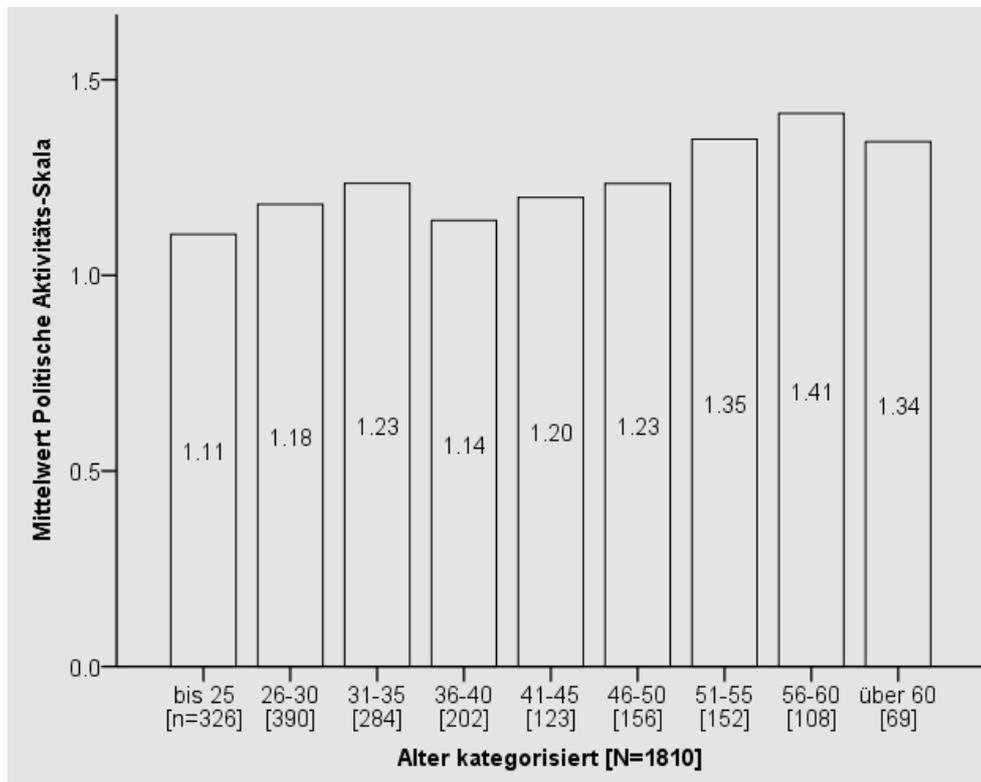


Abbildung 19. Alter X politische Aktivität

Vielleicht haben 36 bis 50-jährige gerade aufgrund anderweitiger Verpflichtungen weniger Zeit für politisches Engagement? Dickinson (2004) fragte ihre Teilnehmenden nach Hinderungsgründen für politische Aktivität und identifizierte mangelnde Zeit als wichtigsten Grund. Auch in der vorliegenden Studie hängen *verfügbare Zeit* und politische Aktivität positiv zusammen ( $r_s = .283$ ,  $p < .001$ ).

Zwischen den unterschiedlichen *Hierarchieebenen*, in denen die befragten Sozialarbeitenden tätig sind, können zwar Unterschiede ausgemacht werden, signifikant fallen jedoch nur die Unterschiede zwischen Organisationsleitenden und den jeweils anderen Fachpersonen der Sozialen Arbeit aus. Auch Praktikant\*innen oder Sozialarbeitende in Ausbildung sind somit nicht signifikant weniger politisch aktiv als ausgebildete Fachpersonen der Sozialen Arbeit und/oder Teamleitungen.

Die *Ermütigung zu politischer Aktivität im Rahmen des Studiums* wurde von Wegmüller (2015) und Schmidt (2017) als wesentlicher Einflussfaktor beschrieben. Die vorliegenden Ergebnisse

bestätigen einen Zusammenhang zwischen der Ermutigung im Studium und tatsächlicher politischer Aktivität ( $r_s=.118$ ,  $p<.001$ ) zwar prinzipiell, der Einfluss ist jedoch, wie Abbildung 20 entnommen werden kann, äusserst gering und damit wenig bedeutsam.

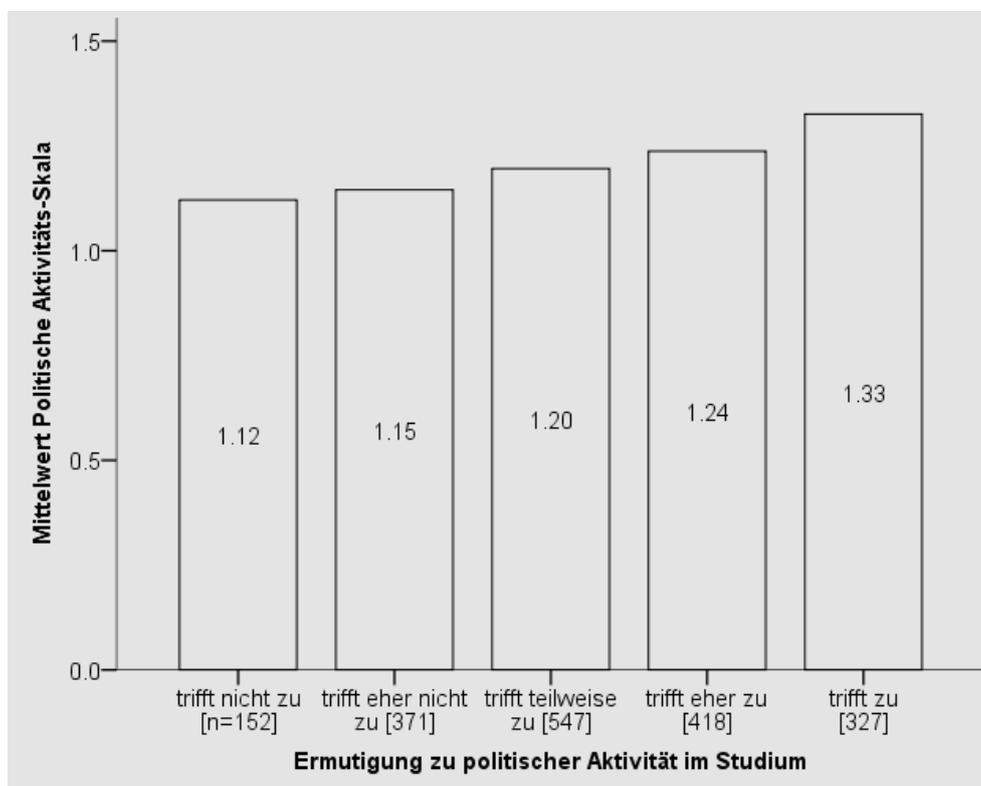


Abbildung 20. Ermutigung zu politischer Aktivität im Studium X politische Aktivität

In den Studien von Parker und Sherraden (1991) sowie Rome und Hoechstetter (2010) standen der Bildungsabschluss und politische Aktivität in keinem signifikanten Verhältnis. In der Befragung von Kulke (2018) gaben 83% der Master- und 70% der Bachelorstudierenden an, politisch interessiert zu sein, was auf einen Effekt des Bildungsabschlusses zumindest hinsichtlich politischen Interessens hinweist. In der vorliegenden Untersuchung können drei Gruppen von *Bildungsabschlüssen* identifiziert werden, die sich signifikant voneinander unterscheiden: (1) Sozialarbeitende mit Masterabschluss und Doktor\*in- oder Professor\*in-Titel sind mit einem Mittelwert von 1.45 politisch am aktivsten, (2) gefolgt von Sozialarbeitenden mit Bachelorabschluss ( $M=1.24$ ) sowie (3) Studierenden und Sozialarbeitenden mit HF-Diplom ( $M=1.09$ ). Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass die fachliche Auseinandersetzung in akademischen Bildungseinrichtungen die politische Aktivität befördert.

In der Untersuchung von Parker und Sherraden (1991) unterscheiden sich die Geschlechter hinsichtlich ihrer politischen Aktivität nicht signifikant. Im Studierendensample von Kulke (2018) hingegen interessieren sich 88% der Männer und der Personen mit anderen Geschlechtsidentität für Politik, während nur 68% der Frauen Interesse an Politik angeben. In

dieser Studie unterscheiden sich alle drei Geschlechtergruppen in Bezug auf ihre politische Aktivität voneinander. Personen mit weiblicher *Geschlechtsidentität* erreichen im Durchschnitt einen Wert von 1.19 auf der politischen Aktivitätsskala. Personen mit männlicher Geschlechtsidentität erreichen einen Mittelwert von 1.25 und Personen mit anderer Geschlechtsidentität einen Mittelwert von 1.72. Auch wenn sich Männer und Frauen somit signifikant unterscheiden, kann bei dem gefundenen Unterschied von 0.06 Punkten nur von einem höchst unbedeutenden Unterschied gesprochen werden. Hingegen ist der Unterschied zwischen Sozialarbeitenden mit männlicher oder weiblicher Geschlechtszugehörigkeit und Berufskolleg\*innen mit anderer Geschlechtszugehörigkeit signifikant sowie bedeutsam zugleich.

### 7.2.3 «KEINFLUSSFAKTOREN»

In der Schweizer Stichprobe der achten Runde des European Social Surveys (Ernst Stähli et al. 2016) korrelieren die höchste Ausbildung des Vaters ( $r_s=.199$ ,  $p<.001$ ,  $n=1420$ ), die höchste Ausbildung der Mutter ( $r_s=.18$ ,  $p<.001$ ,  $n=1451$ ) sowie das gesamt Netto-Haushaltseinkommen ( $r_s=.123$ ,  $p<.001$ ,  $n=1251$ ) positiv mit politischer Aktivität. Parker und Sherraden (1991), Hamilton (1998) sowie Ritter (2008) hingegen konnten in ihren Untersuchungen keinen Zusammenhang zwischen Einkommen und politischer Aktivität finden. In der vorliegenden Arbeit besteht weder zwischen der *Bildung der Eltern* noch zwischen *Einkommen* und politischer Aktivität eine Korrelation. Parker und Sherraden (1991: 25) bieten hierfür eine Erklärung, indem sie davon ausgehen, dass der Sozialarbeitendenstatus gewisse Variablen, wie zum Beispiel das Einkommen nivelliert. Diese Annahme ist insofern für die Schweiz zutreffend, als dass alle Sozialarbeitenden mindestens über einen Tertiärabschluss verfügen oder einen solchen anstreben. Ein weiterer «Keinflussfaktor» stellen Kinder dar. Während Hamilton (1998) in seiner Untersuchung wesentliche Unterschiede in der politischen Aktivität zwischen Personen mit und ohne Kinder im selben Haushalt fand, konnte ein solcher Unterschied in der vorliegenden Studie nicht identifiziert werden.

## 7.3 GRENZEN DER STUDIE

Das gewählte Forschungsdesign ermöglicht einen *breiten* Überblick über die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz. Ein *vertiefender* Einblick in gewisse Fragestellungen, die sich teilweise auch aus dem vorliegenden Material ergeben, ist mittels einer quantitativen Herangehensweise nur beschränkt möglich. Die vorliegende Arbeit geht von einem bestimmten Politikverständnis aus. Die Operationalisierung politischer Aktivität erfolgte, darauf basierend, theoriegeleitet und orientiert sich an vorangehenden sozialarbeits-

und politikwissenschaftlichen Studien. Andere Untersuchungen können ein anderes Politikverständnis heranziehen oder aber sogar mit demselben Verständnis eine alternative Operationalisierung wählen. Es ist dann wahrscheinlich, dass sich die Verteilung von politischer Aktivität und gewisse Korrelationen anders präsentieren als hier dargestellt. So gesehen ist auch der Vergleich der politischen Aktivität zwischen den hier und den im European Social Survey Befragten mit Vorsicht zu interpretieren. Die Operationalisierung erfolgt anders, z.B. fragt der ESS nur, ob jemand die entsprechende Aktivität in den letzten 12 Monaten ausgeübt hat oder nicht: Die Befragten können entweder mit «ja» oder «nein» antworten. Als Datenbasis für diese Studie dienen die Antworten von nicht zufällig ausgewählten Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Auch wenn die Teilnehmendenzahl vergleichsweise gross ist, bedeutet dies, dass die Ergebnisse nicht über die Stichprobe hinaus verallgemeinert werden dürfen.

#### **7.4 ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION**

Die vorliegende Arbeit hat u.a. den Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einer politischen Sozialen Arbeit und politischer Aktivität untersucht und bestätigt. Dabei zeigt sich der Widerspruch, dass die Befragten zwar zu 94% einem politischen Auftrag der Profession zustimmen, gleichzeitig aber nur zu 50% bzw. 54% der Meinung sind, dass Sozialarbeitende im Rahmen ihrer Arbeits- bzw. Freizeit politisch aktiv sein sollten. Wer, wenn nicht die Sozialarbeitenden sollten einen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit bearbeiten? In den USA kommen viele Sozialarbeitswissenschaftler\*innen zum empirischen (Fehl-)Schluss, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit politisch aktiver seien als die durchschnittliche Bevölkerung (Wolk 1981; Reeser 1988; Parker & Sherraden 1991; Ezell 1993; Hamilton 1998; Mary 2001). Es ist davon auszugehen, dass die Forschenden bei ihren Vergleichen Variablen wie z.B. den Bildungsstand nicht kontrolliert haben und die Vergleiche somit unbrauchbar sind. Im deutschsprachigen Raum wird die Diskussion aus einer anderen Richtung geführt: Erstens gibt es bislang kaum empirische Forschung zur politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit und zweitens wird Sozialarbeitenden tendenziell eher ein zu geringes politisches Interesse und politisches Engagement vorgehalten (z.B. Seithe 2014a). Die vorliegenden Ergebnisse liefern Hinweise dafür, dass sowohl die US-amerikanischen als auch die deutschsprachigen Extremdiagnosen nicht zutreffen. Die befragten 1815 Fachpersonen der Sozialen Arbeit zeigen im Vergleich zur Schweizer Bevölkerung durchschnittliche Werte in Bezug auf die politische Aktivität oder das politische Interesse. Insofern sollten Sozialarbeitende weder als Gladiator\*innen, noch als apathische «Politiktrötel», sondern viel eher als fachlich fundierte Expert\*innen in einem Berufsfeld, welches vielfältige Berührungspunkte mit verschiedenen Politikfeldern aufweist, verstanden werden.

## 8 FAZIT

In diesem Kapitel werden die der Arbeit zugrundeliegenden Fragestellungen beantwortet. Daran anschliessend werden erste Empfehlungen für Akteur\*innen der Sozialen Arbeit diskutiert und weiterführende Forschungsideen präsentiert. Das Kapitel schliesst mit einem Plädoyer.

### 8.1 ANTWORTEN

Immer wieder beklagen Autor\*innen und Berufskolleg\*innen das angeblich fehlende politische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, ohne dafür stichhaltige Beweise vorzulegen. Ein Ziel dieser Arbeit ist es, für solche Diskussionen eine empirische Grundlage zu schaffen. In einem ersten Schritt wurde deshalb die folgende Fragestellung untersucht:

(1) *In welchem Ausmass sind  
Fachpersonen der Sozialen Arbeit  
in der Schweiz politisch aktiv?*

Im Ergebnis zeigt sich, wie Abbildung 21 entnommen werden kann, dass 96% der befragten Sozialarbeitenden im Durchschnitt «nie» bis «manchmal» politisch aktiv sind. Nur 4% sind oft oder sehr oft politisch aktiv. Auf der Skala von null bis vier liegt der Mittelwert für die untersuchte Stichprobe bei 1.2, also knapp über «seltener» politischer Aktivität. Im Vergleich mit der Schweizer Bevölkerung liegen diese Werte im Durchschnitt.

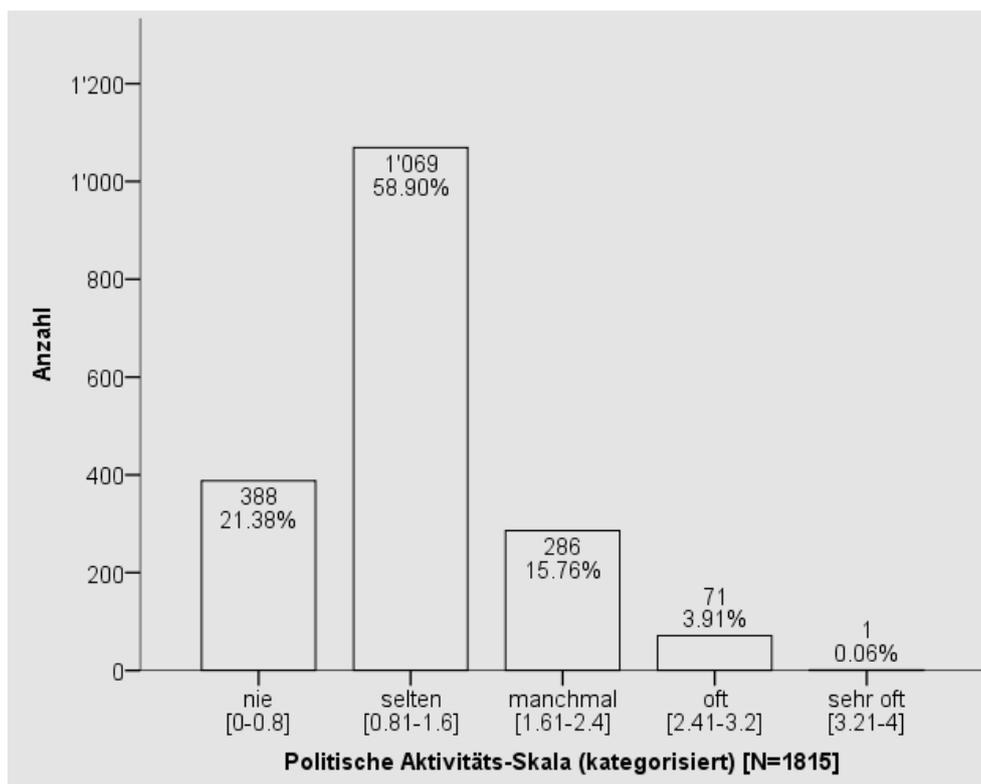


Abbildung 21. Balkendiagramm der politischen Aktivitäts-Skala

In der zweiten Fragestellung interessiert, was es braucht, damit Fachpersonen der Sozialen Arbeit sich politisch einbringen (können). Es wurde nach Einflussfaktoren oder besser gesagt, nach Zusammenhängen zwischen den untersuchten Variablen und politischer Aktivität geforscht. Die zweite Fragestellung lautet:

*(2) Welche Faktoren fördern die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz?*

Im Rahmen der statistischen Analyse wurden signifikante Zusammenhänge zwischen 18 der 28 untersuchten Variablen und politischer Aktivität gefunden (siehe Kapitel 6.2 und Tabelle 20), wobei in der Diskussion insbesondere sechs Variablen als Haupteinflussfaktoren in den Blick genommen werden (siehe Kapitel 7.2.1). Diese korrelieren nicht nur signifikant, sondern scheinen auch bedeutsam und entscheidend mit politischer Aktivität verknüpft. In Tabelle 20 sind die sechs Haupteinflussfaktoren kursiv hervorgehoben.

*Tabelle 20. Einflussfaktoren auf politische Aktivität*

<b>Einflussfaktoren auf politische Aktivität</b>	
Alter	<i>Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken</i>
<i>Befürwortung einer politischen Sozialer Arbeit</i>	Organisationsart
Berufserfahrung	<i>Politikinteresse</i>
Bildungsabschluss	Politisch aktive Bezugspersonen
Ermutigung zu politischer Aktivität im Studium	Politische Diskussionen im Jugendhaushalt
Geschlecht	<i>Stärke der Links-Rechts-Einordnung</i>
Hierarchieebene	<i>Stärke der Parteipräferenz</i>
<i>Interne politische Wirksamkeit</i>	Tätigkeitsbereich
Kinder unter 18 Jahren im Haushalt	Verfügbare Zeit

Zur Beantwortung der zweiten Hauptfragestellung kann festgehalten werden: (1) Je ausgeprägter die Befürwortung einer politischen Sozialen Arbeit, (2) je grösser die interne politische Wirksamkeit, (3) je mehr Mitgliedschaften in Mobilisationsnetzwerken, (4) je grösser das Politikinteresse, (5) je stärker die Links-Rechts-Einordnung und (6) die Parteipräferenz, desto höher das Ausmass politischer Aktivität.

## 8.2 EMPFEHLUNGEN

Die vorliegende Arbeit verfolgt in erster Linie das Ziel, Grundlagen für eine verstärkt empirisch gestützte Diskussion zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden zu schaffen. In diesem Sinne ist es nicht Hauptanliegen der Thesis, Empfehlungen zu erarbeiten. Dennoch sollen hier vier Gedanken, die sich aus den vorangehenden Kapiteln ergeben, festgehalten werden.

Viele Vertreter\*innen der Sozialen Arbeit fordern mit Nachdruck eine stärkere Einmischung von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in politische Aushandlungsprozesse (z.B. Stark 2007; Rieger 2007; Chassé 2014; Seithe 2014a). Die vorliegende Arbeit identifiziert Faktoren, die politische Aktivität fördern. *Wenn* also das politische Engagement von Sozialarbeitenden gestärkt werden soll, können z.B. Massnahmen im Rahmen des Studiums oder Weiterbildungsangebote etabliert werden, um die interne politische Wirksamkeit von Berufskolleg\*innen zu steigern. Kapitel 7.1.2 zeigt, dass die Wirksamkeit von Sozialarbeitenden in der Schweiz im Vergleich zur Wirksamkeit der tertiär ausgebildeten Gesamtbevölkerung eher niedrig ausfällt.

Kapitel 7.2.2 kann entnommen werden, dass die Ermutigung zu politischer Aktivität im Rahmen des Studiums zwar etwas bewirkt, allerdings nur sehr eingeschränkt. Politische Aktivität kann Studierenden der Sozialen Arbeit also nicht (ausschliesslich) über das Studium «eingetrichtert» werden. Dieses Ergebnis soll Vertreter\*innen von Ausbildungsinstanzen dazu anregen, sich Gedanken zu ihren politischen Lehrinhalten zu machen: Geht es darum, angehende Sozialarbeitende zu politisieren, zu sensibilisieren, zu sozialisieren? Wann ist es im Rahmen der Lehre angebracht und produktiv, die eigene Position transparent zu machen? Welcher Effekt wird erhofft bzw. erwartet?

46.2% der befragten Sozialarbeitenden fühlen sich wenig bis mittelmässig politisch wirksam (siehe Kapitel 7.1.2). Diesen Fachpersonen der Sozialen Arbeit sei empfohlen, sich einem oder mehreren Mobilisationsnetzwerken, beispielsweise dem Berufsverband AvenirSocial, anzuschliessen. Denn wie in Kapitel 7.2.1 dargestellt, besteht zwischen der Mitgliedschaft in solchen Netzwerken und der internen politischen Wirksamkeit ein starker Zusammenhang.

Wie in der Einleitung erwähnt, wird in der Sozialen Arbeit viel über das Verhältnis der eigenen Profession und Politik geredet und geschrieben. Dabei bleiben Diskussionen oftmals abstrakt und selten auf die praktische Umsetzung bezogen. Die vorliegende Arbeit möchte eine fokussiertere, vermehrt auch empirische Diskussionskultur anregen: Wie ist der aktuelle Stand? Wer ist wo aktiv? Wo will sich die Profession perspektivisch stärker engagieren? Mit welchen Mitteln und Methoden kann dies geschehen? Weitere Forschungsvorhaben würden einen Beitrag dazu leisten, diese und weitere Fragestellungen zu klären.

### 8.3 FORSCHUNGSIDEEN

In dieser Arbeit konnten einige Fragen beantwortet und zugleich viele neue Fragen aufgeworfen werden. Die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit ist bislang kaum erforscht und so lohnt es sich, auf die vorliegende Thesis weitere Untersuchungen folgen zu lassen. Dieses Kapitel gibt Anregungen, wie dies geschehen könnte.

Diese Studie hat die Unterschiede zwischen deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Teilnehmenden nicht analysiert, da der Rücklauf aus den drei Sprachregionen äusserst ungleich ausfiel. Zukünftige Untersuchungen könnten sich zum Beispiel die Viersprachigkeit der Schweiz zunutze machen und unterschiedliche politische Traditionen in den verschiedenen Sprachregionen erforschen. Erste Anhaltspunkte können den Daten der vorliegenden Studie entnommen werden. In ähnlicher Weise könnten auch international vergleichende Designs gewählt werden. Spannend wäre beispielsweise die Durchführung und Analyse einer Umfrage mit identischen Items in der Schweiz, in Deutschland und den USA.

Anschliessend an die vorliegende Studie wäre es zudem interessant, unterschiedliche «Aktivitätsprofile» von Sozialarbeitenden herauszuarbeiten. Existieren beispielsweise Berufskolleg\*innen, die bevorzugt demonstrieren, streiken etc. und weniger formalpolitisch aktiv sind? Gibt es auch unter den Fachpersonen der Sozialen Arbeit die «braven Staatsbürger\*innen», die ausschliesslich wählen, abstimmen und unterschreiben?

Um die politische Aktivität von Sozialarbeitenden besser zu verstehen, wäre es wichtig, nach den Motiven und Zielen für und von politischer Aktivität zu fragen. Zu welchem Zweck und mit Hinblick auf welches Ziel engagieren sich Fachpersonen der Sozialen Arbeit politisch? Dabei sind unterschiedliche Antworten denkbar: Es gibt Sozialarbeitende, die sich berufspolitisch für einen Titelschutz, eine qualitativ hochstehende Ausbildung, mehr Lohn oder bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Es gibt Sozialarbeitende, die sich mit Adressat\*innen solidarisieren und gemeinsam mit ihnen für eine solidarische, sozial gerechte Gesellschaft und gegen unwürdige, unfaire Strukturen kämpfen. Es gibt Sozialarbeitende, die sich fürsorglich, um nicht zu sagen paternalistisch, für Adressat\*innen und deren vermeintliche Bedürfnisse einsetzen. Was bezwecken sie? Und welche Methoden setzten sie ein?

Die vorliegende Thesis hat einige Fragen und Diskrepanzen aufgeworfen, die in weiterführenden Arbeiten untersucht werden könnten. So wäre es beispielsweise spannend herauszufinden, weshalb sich die Befragten viel stärker für die nationale oder internationale als für die kantonale oder kommunale Politik interessieren.

Während sich die teilnehmenden Sozialarbeitenden im Vergleich mit der Schweizer Bevölkerung durchschnittlich politisch engagieren und interessieren, fühlen sie sich eher unterdurchschnittlich politisch wirksam. In einem nächsten Schritt könnte nach Gründen hierfür geforscht werden. Fühlen sich Fachpersonen der Sozialen Arbeit weniger politisch wirksam, weil sie schlechte Erfahrungen mit politischer Arbeit gemacht haben? Oder haben sie schlicht zu wenig Erfahrung in politischer Beteiligung und fühlen sich deshalb weniger wirksam?

Eine weitere Diskrepanz, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung zutage tritt, betrifft die Einstellung zu politischer Aktivität. Während 94% der Befragten einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zustimmen, sind nur 50% bzw. 41% der Ansicht, dass Sozialarbeitende während ihrer Arbeits- bzw. Freizeit politisch aktiv sein sollten. Was bedeutet das? Wer ist diese «Soziale Arbeit», die einen politischen Auftrag haben soll? Kommen nicht nur die Sozialarbeitenden selber in Frage, wenn es darum geht, diesem Auftrag nachzukommen? Oder kann der politische Auftrag allenfalls bearbeitet werden, ohne jedoch als Fachperson politisch aktiv werden zu müssen?

Interessant scheint auch das Verhältnis von interner und externer politischer Wirksamkeit. Während befragte Personen mit tiefer interner politischer Wirksamkeit in geringem Ausmass politisch aktiv sind, hängt die externe politische Wirksamkeit kaum mit politischer Aktivität zusammen. Eine detailliertere Untersuchung dieses Phänomens könnte für eine politisch interessierte und ambitionierte Soziale Arbeit lohnenswert sein.

Die Zugehörigkeit zu Mobilisationsnetzwerken hängt stark mit politischer Aktivität zusammen. Die meisten der hier untersuchten Mobilisationsnetzwerke verfolgen dabei selbst politische und/oder gesellschaftliche Ziele und sind interessiert an politisch aktiven Mitgliedern. Hier könnte eine vertiefende Forschung ansetzen, um nach gelingenden Methoden der Mitgliederwerbung und -pflege zu fragen oder um zu untersuchen, wie und unter welchen Umständen die bereits vorhandenen Mitglieder für politische Aktivitäten mobilisiert werden können.

Zur Untersuchung der hier nur ansatzweise skizzierten Fragestellungen empfehlen sich teils qualitative, teils quantitative Forschungsdesigns. Oft können auch gemischte Vorgehensweisen zielführend sein. Da im deutschsprachigen Raum bislang kaum quantitative Forschung zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden existiert, sind anschliessende verifizierende oder falsifizierende Arbeiten in dieser Form wünschenswert. Ebenso wünschenswert sind qualitative Studien, welche die hier generierten breiten Erkenntnisse vertiefend untersuchen. Zwei Vorschläge hierzu: (1) Beim Ausfüllen des Fragebogens wurden mehr als 1600 qualitative Antworten gegeben. D.h., dass beispielsweise 883 Teilnehmende in einem offenen Textfeld begründet

haben, weshalb Soziale Arbeit ihrer Meinung nach einen politischen Auftrag hat. Alle diese gehaltvollen Antworten wurden für die vorliegende Arbeit nicht analysiert und warten vorfreudig auf die Auswertung in einem nächsten Projekt. (2) Nach Abschluss der Umfrage konnten die Teilnehmenden ihre Kontaktdaten angeben. Insgesamt haben 260 Personen Angaben gemacht und damit ihre Bereitschaft zur Teilnahme an vertiefenden Interviews erklärt.

#### **8.4 SCHLUSSPLÄDOYER**

Wenn «Politikmachen» mit Rieger (2013: 58) als eine Interventionsform der Sozialen Arbeit verstanden wird, dann muss sich eine um Professionalisierung bemühte Soziale Arbeit auch um eine Professionalisierung ihrer politischen Aktivität, ihres politischen Verhaltens, ihres politischen Auftretens, ihres politischen Wissens, ihrer politischen Kompetenz und ihrer politischen Vernetzung kümmern. Dazu muss geklärt werden, wer sich auf welchen Ebenen, mit welchen Methoden, mit welchen Zielen und in wessen Namen politisch einsetzt und wer die politische Arbeit (zumindest teilweise) anderen überlässt. Die Professionalisierung des «Politikmachens» setzt explizit nicht voraus, dass *alle* Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Vollzeitpensum und darüber hinaus politisch aktiv sind. Eine Auseinandersetzung mit den oben genannten Fragestellungen dürfte aber von allen Ausbildungseinrichtungen, Verbänden und Trägern sowie von allen Sozialarbeitenden, denen eine professionelle und wirkungsvolle Soziale Arbeit am Herzen liegt, verlangt werden. Idealerweise entsteht so eine gemeinsame, einheitliche oder zumindest ähnliche Positionierung innerhalb der Profession, mit der Soziale Arbeit erfolgreich gegen aussen treten kann.

Für einen Austausch zum spannenden Thema der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, für Rückfragen, Anregungen und Kritik stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung und freue mich auf Ihre Nachricht unter [tobiaskindler@icloud.com](mailto:tobiaskindler@icloud.com).

## 9 DANKE

Die folgenden Personen haben mich auf meiner Forschungsreise ins Land der politischen Aktivität auf verschiedenen Etappen begleitet, unterstützt, kritisch herausgefordert, angeregt, weitergebracht und in den richtigen Momenten konstruktiv angestupst.<sup>42</sup> Ganz herzlichen Dank! Neben Einzelpersonen haben auch Arbeitgeber\*innen, Fach- und Berufsverbände, Fachhochschulen und Höhere Fachschulen sowie andere Organisationen wesentlich zur Verbreitung meiner Untersuchung beigetragen. Ihnen sei ebenfalls ganz herzlich gedankt. Die Namen der unterstützenden Organisationen finden sich in Anhang 7. Ein wichtiges Dankeschön gebührt auch der Schweizerischen Studienstiftung, die mit einer finanziellen Unterstützung die Übersetzung des Fragebogens ins Französische und Italienische ermöglicht hat.

Andrea Dischler	Lea Sgier
Beat Schmocker	Michel Mina
Christian Reutlinger	Michela Nussio
Christine Scheidegger	Michelle Beyeler
Corina Bieri	Sandro Villiger
Cornelia Compagnoni	Simone Gremminger
Corsin Camenisch	Stéphane Beuchat
Daniel Kappeler	Thomas Michel
Dieter Kulke	Thomas Schmid
Emile Graff	Tim Tausendfreund
Esther Kindler	Ulrike Armbruster Elatifi
Flurina Meisen	Urs Kindler
Gesine Fuchs	Véréna Keller
Ivo Kaelin	Alle Berufskolleg*innen, die den
Jason A. Ostrander	Fragebogen über ihr berufliches
Julia M. Gramlich	und privates Netzwerk verbreitet
Kathrin Amann	haben ♥♥♥

<sup>42</sup> Ich habe über die Anzahl Stunden, Kontakte oder Hinweise keine Statistik geführt. Die Aufzählung erfolgt alphabetisch und darf deshalb nicht hierarchisch gelesen werden.

## 10 EIGENSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG

### Student

Tobias Kindler

### Masterthesis Titel

Sozialarbeitspolitik. Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz

### Abgegeben

Am 3. Januar 2019 an der BFH in Bern

### Fachbegleitung

Prof. Dr. phil. habil. Christian Reutlinger

### Erklärung

Ich habe die vorliegende Masterthesis selbständig verfasst. Wo ich in der Masterthesis aus Literatur oder Dokumenten *zitiere*, habe ich dies als Zitat kenntlich gemacht. Wo ich von anderen Autor\*innen verfassten Text *referiere*, habe ich dies regelkonform angegeben. Beim Zitieren und Referieren habe ich mich an den Bestimmungen der American Psychological Association (2010) orientiert.

### Unterschrift



St.Gallen, 3. Januar 2019

## 11 ANHANGSVERZEICHNIS

Alle Anhänge stehen unter [www.sozialarbeitspolitik.ch/anhang](http://www.sozialarbeitspolitik.ch/anhang) zum Herunterladen zur Verfügung. Wenn Sie diese Arbeit bereits elektronisch lesen, gelangen Sie per Klick auf die unten aufgeführten Anhänge zum jeweiligen Dokument.

- Anhang 1. Literaturliste zum Thema «Soziale Arbeit und Politik»
- Anhang 2. Forschungsstand
- Anhang 3. Studierendenzahlen in der Schweiz
- Anhang 4. Originalfragebogen
- Anhang 5. Kategorisierung von Frage 60
- Anhang 6. Kategorisierung von Frage 60 Excel
- Anhang 7. Stichprobenplan
- Anhang 8. SPSS-Berechnungen und Tabellen
- Anhang 9. Demographische und berufliche Daten
- Anhang 10. Mittelwerte politischer Aktivitäten
- Anhang 11. Hypothesensammlung

## 12 LITERATURVERZEICHNIS

- Amann, Kathrin (2017): *Sozialarbeitende in der Politik. Eine qualitative Untersuchung der Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren* (Masterthesis). St.Gallen: FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- American Psychological Association (2010): *Publication manual of the American Psychological Association*. 6. Auflage. Washington, DC: American Psychological Association.
- Angstenberger, Benedikt (2018): *Politisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Eine qualitative Studie* (Masterthesis). Berlin: Alice Salomon Hochschule.
- AvenirSocial (o.J.): *Wir machen uns stark für die Soziale Arbeit*. Online verfügbar unter [http://www.avenirsocial.ch/cm\\_data/AS\\_Wir-machen-uns-stark\\_d\\_def.pdf](http://www.avenirsocial.ch/cm_data/AS_Wir-machen-uns-stark_d_def.pdf), zuletzt geprüft am 17.06.2018.
- AvenirSocial (2010): *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz*. Bern: AvenirSocial.
- AvenirSocial (2011a): *Beschäftigung und Ausbildung im Bereich der Sozialen Arbeit in der Schweiz. Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Bern: AvenirSocial.
- AvenirSocial (2011b): *Wir haben die Soziale Arbeit geprägt*. Bern: Haupt.
- Bandura, Albert (1977): Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. *Psychological Review*, 84:2, 191–215.
- Baumann, Sarah & Schüpbach-Keller, Daniela (2005): *Sozialpolitisches Engagement gestern und heute* (Diplomarbeit). Bern: Berner Fachhochschule.
- Beimers, David (2015): NASW Involvement in Legislative Advocacy. *Journal of Policy Practice*, 14:3-4, 256–274.
- Benz, Benjamin (2010). Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In: Benjamin Benz, Jürgen Boeckh & Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.), *Soziale Politik - Soziale Lage - Soziale Arbeit* (317–336). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benz, Benjamin (2013). Politische Interessenvertretung in der Sozialen Arbeit. In: Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (70–84). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Benz, Benjamin (2018): *Zur (politischen) Professionalität von Fachkräften Sozialer Arbeit*. Referat am 5. Berufskongress für Soziale Arbeit. Evangelisches Johannesstift Berlin: 19.10.2018.
- Benz, Benjamin & Rieger, Günter (2015): *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

- Benz, Benjamin; Rieger, Günter; Schönig, Werner & Többe-Schukalla, Monika (2013). Die Politik Sozialer Arbeit - Umriss, Gegenstände und Positionen. In: Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (8–29). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Bernklau Halvor, Christie Dianne (2016): Increasing Social Work Students' Political Interest and Efficacy. *Journal of Policy Practice*, 15:4, 289–313.
- Blanz, Matthias (2015): *Forschungsmethoden und Statistik für die Soziale Arbeit. Grundlagen und Anwendungen*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bortz, Jürgen & Schuster, Christof (2010): *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. 7. Auflage. Berlin und Heidelberg: Springer-Verlag.
- Bowers Andrews, Arlene (1998): An Exploratory Study of Political Attitudes and Acts among Child and Family Services Workers. *Children and Youth Services Review*, 20:5, 435–461.
- Bundesamt für Statistik [BFS] (2018a). Mailverkehr mit Anne-Laure Paroz am 22. März 2018. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik [BFS] (2018b): *Erwerbstätige von 15 und mehr Jahren nach ausgeübtem Beruf (Nomenklatur: SBN 2000), Geschlecht und Nationalität, 2016*. Online verfügbar unter <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/erwerbstaetige/beruf-berufliche-stellung.assetdetail.4362784.html>, zuletzt geprüft am 16.06.2018.
- Bundesamt für Statistik [BFS] (2018c): *Strukturerhebung 2016: Klassifikation der Berufsgruppe 831*. Auszug auf Anfrage vom 13. März 2018. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Burri, Katrin & Wandeler, Dorothe (2005): *Sozialpolitisches Engagement von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Einflussmöglichkeiten auf institutioneller Ebene* (Diplomarbeit). Bern: Berner Fachhochschule.
- Butler, Sandra S. & Coleman, Patty A. (1997): Raising Our Voices: A Macro Practice Assignment. *Journal of Teaching in Social Work*, 15:1-2, 63–80.
- Chassé, Karl August (2014). Re-Politisierung der Sozialen Arbeit. In: Birgit Bütow, Karl August Chassé & Werner Lindner (Hrsg.), *Das Politische im Sozialen. Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit* (83–108). Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Cohen, Jacob (1988): *Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences*. New York: Lawrence Erlbaum Associates.

- DBSH (2014): *Kommentar zur «Global Definition of Social Work»*. Deutsche Übersetzung des DBSH - Stand 2014. Online verfügbar unter [https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/2014\\_DBSH\\_Dt\\_%C3%9Cbersetzung\\_Kommentar\\_Def\\_SozArbeit\\_02.pdf](https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/2014_DBSH_Dt_%C3%9Cbersetzung_Kommentar_Def_SozArbeit_02.pdf), zuletzt geprüft am 18.10.2018.
- Dickinson, Janet C. (2004): The Views of NASW Members in One State Toward Social Action. *Professional Development: The International Journal of Continuing Social Work Education*, 7:2, 12–26.
- Diekmann, Andreas (2017): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 11. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Dietz Domanski, Margaret (1998): Prototypes of Social Work Political Participation. An Empirical Model. *Social Work*, 43:2, 156–167.
- Dischler, Andrea (2014). «Das Soziale ist politisch.» Politischer Auftrag in der Lehre Sozialer Arbeit. In: Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (106–120). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Döring, Nicola & Bortz, Jürgen (2016): *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. Berlin: Springer.
- Engemann, Thomas; Fischer, Jörg; Müller, Reinhard & Volkmer, Wolfgang (2007). Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes. In: Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (133–148). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Epple, Ruedi & Schär, Eva (2015): *Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900-2000*. Zürich: Seismo.
- Epstein, Irwin (1968): Social Workers and Social Action: Attitudes Toward Social Action Strategies. *Social Work*, 13:2, 101–108.
- Ernst Stähli, Michèle; Joye, Dominique; Pollien, Alexandre; Ochsner, Michael; Sapin, Marlène; Nisple, Karin & Van den Hende, Anthe (2014). European Social Survey 2014 (Round 7) [Dataset]. FORS - Centre de compétences suisse en sciences sociales. Distributed by FORS, Lausanne.
- Ernst Stähli, Michèle; Joye, Dominique; Pollien, Alexandre; Ochsner, Michael; Sapin, Marlène; Nisple, Karin & Van den Hende, Anthe (2016). European Social Survey 2016 (Round 8) [Dataset]. FORS - Centre de compétences suisse en sciences sociales. Distributed by FORS, Lausanne.

- European Social Survey [ESS] (o.J.): *Der ESS*. Online verfügbar unter <http://www.europeansocialsurvey.org/about/country/switzerland/german/index.html>, zuletzt geprüft am 03.08.2018.
- European Social Survey [ESS] (2016): *ESS 2016 Questionnaire Switzerland*. Online verfügbar unter [https://forscenter.ch/wp-content/uploads/2018/10/ess\\_2016\\_questionnaire\\_english\\_french\\_german\\_italian\\_internet.pdf](https://forscenter.ch/wp-content/uploads/2018/10/ess_2016_questionnaire_english_french_german_italian_internet.pdf), zuletzt geprüft am 04.11.2018.
- Ezell, Mark (1993): The Political Activity of Social Workers: A Post Reagan Update. *The Journal of Sociology & Social Welfare*, 20:4, 81–97.
- Felderhoff, Brandi Jean; Hoefler, Richard & Watson, Larry Dan (2016): Living Up to the Code's Exhortations? Social Workers' Political Knowledge Sources, Expectations, and Behaviours. *Social Work*, 61:1, 29–35.
- Field, Andy (2018): *Discovering Statistics using IBM SPSS Statistics*. 5<sup>th</sup> Edition. London: Sage Publications.
- FORS (o.J.): *European Social Survey*. Online verfügbar unter <https://forscenter.ch/projekte/european-social-survey/?lang=de>, zuletzt geprüft am 04.11.2018.
- Frey, Miriam; Braun, Nils & Waeber, Philipp (2009): *Fachkräftesituation im Sozialbereich. Auswertungen anhand des Indikatorensystems Fachkräftemangel. Schlussbericht*. Olten und Basel: Savoirsocial und B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG.
- Gabriel, Oscar W. (2013). Politische Partizipation. In: Jan W. van Deth & Markus Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen* (381–411). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Grunwald, Klaus & Thiersch, Hans (2004): *Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit*. Weinheim und München: Juventa.
- Hamilton, David & Fauri, David (2001): Social Workers' Political Participation: Strengthening the Political Confidence of Social Work Students. *Journal of Social Work Education*, 37:2, 321–332.
- Hamilton, David Henry (1998): *Factors Affecting Social Workers' Political Participation: Resources, Professional Associations and Perceived Efficacy* (Doctoral Dissertation). Richmond: Virginia Commonwealth University.
- Hansen, Emanuel (2009): *Politische Partizipation in Europa. Erklärungsfaktoren und ihr Zusammenwirken*. Marburg: Tectum.
- Hartnett, Helen; Harding, Scott & Scanlon, Edward (2005): NASW Chapters: Directors' Perception of Factors Which Impede and Encourage Active Member Participation. *Journal of Community Practice*, 13:4, 69–83.

- Helfer, Franziska & Saxer, Stéfanie (2014): *Die politische Funktion der Sozialen Arbeit. Ein Vergleich des Verständnisses und der Umsetzung in der Praxis der Berufsfelder der Sozialen Arbeit* (Bachelorthesis). Luzern: Hochschule Luzern - Soziale Arbeit.
- Hollinger, Brigitte (2013): *Interessenartikulation und Interessenaggregation im politischen Kontext. Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit* (Bachelorthesis). Olten: Hochschule für Soziale Arbeit FHNW.
- Hylton, Mary E. (2015): Civic Engagement and Civic Literacy Among Social Work Students: Where Do We Stand? *Journal of Policy Practice*, 14:3-4, 292-207.
- IFSW (2014): *Global Definition of the Social Work Profession*. Online verfügbar unter <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work/>, zuletzt geprüft am 18.10.2018.
- Kaase, Max (1996). Politische Partizipation. In: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik* (521–527). München: Piper.
- Kachel, Matthias (2016): *Soziale Arbeit – ein politischer Beruf?! (Berufs)politische Haltungen und Meinungen angehender und praktizierender Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter* (Masterthesis). München: Katholische Stiftungsfachhochschule München.
- Keller, Véréna (2017): *Die nationale Kampagne von AvenirSocial: Eine Ausbildung in Sozialer Arbeit bürgt für Qualität. Grundlagendokument*. Bern: AvenirSocial.
- Kreft, Dieter (2001). Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Oder: Was müsste wohl Inhalt eines hippokratischen Eides für die Professionellen der Sozialen Arbeit sein? In: Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (153–158). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kulke, Dieter (2018): *Einstellungen Studierender zu Politik und zum politischen Auftrag Sozialer Arbeit*. Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit, Panel 2.3. Hamburg: 28.04.2018.
- Kull, Sarah (2017): *Das politische Mandat der Sozialen Arbeit in ihrem Handlungsbereich Menschen mit Fluchterfahrung* (Bachelorthesis). Esslingen: Hochschule Esslingen.
- Kusche, Christoph & Krüger, Rolf (2001). Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen! In: Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (15–25). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lane, Shannon Rae (2011): Political Content in Social Work Education as reported by elected Social Workers. *Journal of Social Work Education*, 47:1, 53–72.

- Lane, Shannon Rae & Humphreys, Nancy A. (2011): Social Workers in Politics. A National Survey of Social Work Candidates and Elected Officials. *Journal of Policy Practice*, 10:3, 225–244.
- Lane, Shannon Rae; Ostrander, Jason A. & Smith, Tanya Rhodes (2018): Politics is social work with power: training social workers for elected office. *Social Work Education*, 37:1, 1–16.
- Langer, Andreas (2009): Sozialarbeitspolitik und Sozialwissenschaften. *standpunkt : sozial*, 20:1, 7–13.
- Lanz, Anna (2013): *Politische Soziale Arbeit* (Bachelorthesis). Bern: Berner Fachhochschule.
- Lauwers, Leo (2001). Politische Verantwortung braucht Fleißarbeit, nicht Marktgeschrei! In: Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (131–143). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lindner, Werner (2014). Repolitisierung der Sozialen Arbeit - pragmatische Zugänge und Suchstrategien in Politikgestaltung, Politikberatung und Lobbyarbeit. In: Birgit Bütow, Karl August Chassé & Werner Lindner (Hrsg.), *Das Politische im Sozialen. Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit* (193–205). Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Lüssi, Peter (2008): *Systemische Sozialarbeit. Praktisches Lehrbuch der Sozialberatung*. Bern: Haupt.
- Lütke-Harmann, Martina & Kessler, Fabian (2013). Paradoxien der Ent-/Politisierung. Überlegungen zum politischen Potenzial Sozialer Arbeit in der (Post)Demokratie. In: Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (133–149). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Mary, Nancy L. (2001): Political Activism of Social Work Educators. *Journal of Community Practice*, 9:4, 1–20.
- Maus, Friedrich (2016). Soziale Arbeit ist (k)ein Instrument neoliberaler Politik. In: Carsten Müller, Eric Mührel & Bernd Birgmeier (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle?* (79–93). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Merten, Roland (Hrsg.) (2001a): *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?* Positionen zu einem strittigen Thema. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merten, Roland (2001b). Politisches Mandat als (Selbst-)Missverständnis des professionellen Auftrags Sozialer Arbeit. In: Roland Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (89–100). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Mizrahi, Terry & Dodd, Sarah-Jane (2013): MSW Students' Perspectives on Social Work Goals and Social Activism Before and After Completing Graduate Education. *Journal of Social Work Education*, 49:4, 580–600.
- NASW (2017): *Code of Ethics of the National Association of Social Workers*. Online verfügbar unter [https://www.socialworkers.org/LinkClick.aspx?fileticket=ms\\_ArtLqzeI%3d&portalid=0](https://www.socialworkers.org/LinkClick.aspx?fileticket=ms_ArtLqzeI%3d&portalid=0), zuletzt geprüft am 08.01.2018.
- NASWNY (2010): *Issue Paper on Social Work Licensing in New York State: Requirements for Obtaining the LCSW: A Need for Modification*. Online verfügbar unter <http://www.naswnyc.org/page/115>, zuletzt geprüft am 10.01.2018.
- Niemi, Richard G.; Craig, Stephen C. & Mattei, Franco (1991): Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study. *The American Political Science Review*, 85:4, 1407–1413.
- Ostrander, Jason A. (2016): *To Participate or Not to Participate, that is the Question: A Critical Phenomenological Study of Clinical Social Workers and their Political Participation* (Doctoral Dissertation). Storrs: University of Connecticut.
- Ostrander, Jason A.; Bryan, Janelle; Sandler, Addie; Nieman, Paula; Clark, Maureen; Loveland, Emily & Smith, Tanya Rhodes (2018): The political participation of first year social work students: Does practice specialization matter? *Journal of Sociology & Social Welfare*, 45:3, 39–59.
- Ostrander, Jason A.; Lane, Shannon Rae; McClendon, Jennifer; Hayes, Crystal & Smith, Tanya Rodes (2017): Collective Power to Create Political Change: Increasing the Political Efficacy and Engagement of Social Workers. *Journal of Policy Practice*, 16:3, 261–275.
- Parker, Michael D. & Sherraden, Michael (1991): Electoral participation of social workers. *New England Journal of Human Services*, 11:3, 23–28.
- Pawlak, Edward J. & Flynn, John P. (1990): Executive Directors' Political Activities. *Social Work*, 35:4, 307–312.
- Pickel, Susanne (2012). Das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger - ein Blick auf die Empirie. In: Georg Weißeno & Hubertus Buchstein (Hrsg.), *Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (39–57). Opladen, Berlin & Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Pritzker, Suzanne & Burwell, Christianna (2016): Promoting Election-Related Policy Practice Among Social Work Students. *Journal of Social Work Education*, 52:4, 434–447.
- Pritzker, Suzanne & Lane, Shannon Rae (2014): Field Note - Integrating Policy and Political Content in BSW and MSW Field Placements. *Journal of Social Work Education*, 50:4, 730–739.

- Reeser, Linda Cherrey (1988): Specialization, Professionalization, and Social Activism. *Journal of Independent Social Work*, 2:4, 43–58.
- Reeser, Linda Cherrey & Epstein, Irwin (1987): Social Workers' Attitudes toward Poverty and Social Action: 1968-1984. *Social Service Review*, 61:4, 610–622.
- Reeser, Linda Cherrey & Epstein, Irwin (1990): *Professionalization and Activism in Social Work. The Sixties, the Eighties, and the Future*. New York: Columbia University Press.
- Rieger, Günter (2007). Politisierung als professionelle Herausforderung. In: Manfred Lallinger & Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (85–108). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Rieger, Günter (2010): Das Mandat für eine angewandte Sozialpolitik. *SozialAktuell*, 10:7/8, 10–14.
- Rieger, Günter (2013). Das Politikfeld Sozialarbeitspolitik. In: Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (54–69). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Rieger, Günter (2014). Soziallobbying und Politikberatung. In: Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (329–350). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Ritter, Jessica Anne (2006): *An Empirical Study Evaluating the Political Participation of Licensed Social Workers in the United States: A Multi-State Study* (Dissertation). Austin: University of Texas.
- Ritter, Jessica Anne (2007): Evaluating the Political Participation of Licensed Social Workers in the New Millenium. *Journal of Policy Practice*, 6:4, 61–78.
- Ritter, Jessica Anne (2008): A National Study Predicting Licensed Social Workers' Levels of Political Participation: The Role of Resources, Psychological Engagement, and Recruitment Networks. *Social Work*, 53:4, 347–357.
- Rocha, Cynthia; Poe, Bethanie & Thomas, Veliska (2010): Political Activities of Social Workers: Adressing Barriers to Political Participation. *Social Work*, 55:4, 317–325.
- Rocha, Cynthia J. (2000): Evaluating Experiential Teaching Methods in a Policy Practice Course: The Case for Service Learning to Increase Political Participation. *Journal of Social Work Education*, 36:1, 53–63.
- Rome, Sunny Harris & Hoechstetter, Susan (2010): Social Work and Civic Engagement: The Political Participation of Professional Social Workers. *The Journal of Sociology & Social Welfare*, 37:3, 107–129.

- Rome, Sunny Harris; Hoechstetter, Susan & Wolf-Branigin, Michael (2010): Pushing the Envelope: Empowering Clients for Political Action. *Journal of Policy Practice*, 9:3-4, 201–219.
- Roth, Günter & Yollu-Tok, Aysel (2017): Politische Einstellungen bei Studierenden im Bereich Sozialwesen (Soziale Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik). *neue praxis*, 47:2, 155–172.
- Salcido, Ramon M. & Seck, Essie Tramel (1992): Political Participation among Social Work Chapters. *Social Work*, 37:6, 563/564.
- Scanlon, Edward; Hartnett, Helen & Harding, Scott (2006): An Analysis of the Political Activities of NASW State Chapters. *Journal of Policy Practice*, 5:4, 41–54.
- Schmidt, Johanne (2017): *Einstellungen zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit von Fachkräften in der Praxis. Eine empirische Studie* (Masterthesis). Schweinfurt: Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg.
- Schönig, Werner (2013). Soziale Arbeit als Intervention und Modus der Sozialpolitik. In: Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schönig & Monika Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (32–53). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Seithe, Mechthild (2012a): *Schwarzbuch Soziale Arbeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seithe, Mechthild (2012b): Was muss passieren, damit unsere Profession sich (re)politisiert? *standpunkt : sozial*, 23:1+2, 15–21.
- Seithe, Mechthild (2014a). Repolitisierung und sozialpolitische Einmischung Sozialer Arbeit. In: Marion Panitzsch-Wiebe, Bjarne Becker & Timm Kunstreich (Hrsg.), *Politik der Sozialen Arbeit - Politik des Sozialen* (39–50). Opladen, Berlin & Toronto, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Seithe, Mechthild (2014b). Zur Begründung einer Re-Politisierung Sozialer Arbeit. In: Birgit Bütow, Karl August Chassé & Werner Lindner (Hrsg.), *Das Politische im Sozialen. Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit* (109–132). Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Sherraden, Margaret; Guo, Baorong & Umbertino, Christine (2015): Solving Current Social Challenges: Engaging Undergraduates in Policy Practice. *Journal of Policy Practice*, 14:3-4, 308–332.
- SOSA (2016): *Statuten der SOSA*. Online verfügbar unter <http://sosa.sg/wp-content/uploads/2016/03/SOSA-Statuten.pdf>, zuletzt geprüft am 18.10.2018.
- Stark, Christian (2007). Politisches Engagement in der Sozialarbeit - Ist die politische Sozialarbeit tot? Plädoyer für eine Re-Politisierung der Sozialarbeit. In: Manfred Lallinger &

- Günter Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell* (69–82). Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart.
- Staub-Bernasconi, Silvia (1998). Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. In: Armin Wöhrle (Hrsg.), *Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit* (305–332). Pfaffenweiler: Centaurus.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft*. Bern: Haupt.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2012). Soziale Arbeit und soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung. In: Werner Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch* (267–282). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strzoda, Susanne (2011): *Wer nicht handelt, wird behandelt - Ein Beitrag zur Verwirklichung des politischen Auftrags Sozialer Arbeit* (Masterthesis). München: Katholische Stiftungsfachhochschule München.
- Swank, Eric W. (2012): Predictors of Political Activism among Social Work Students. *Journal of Social Work Education*, 48:2, 245–266.
- Thiersch, Hans (2000). Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit - als radikalisiertes Programm. Eine Skizze. In: Sigfried Müller, Heinz Sünker, Thomas Olk & Karin Böllert (Hrsg.), *Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven* (529–545). Neuwied: Luchterhand.
- Universität Zürich (o.J.): *Einfaktorielle Varianzanalyse (ohne Messwiederholung)*. Online verfügbar unter [https://www.methodenberatung.uzh.ch/de/datenanalyse\\_spss/unterschiede/zentral/evarianz.html#7](https://www.methodenberatung.uzh.ch/de/datenanalyse_spss/unterschiede/zentral/evarianz.html#7), zuletzt geprüft am 23.08.2018.
- Universität Zürich (2018): *Geschlechtergerecht in Text und Bild. Leitfaden*. Online verfügbar unter [https://www.gleichstellung.uzh.ch/dam/jcr:2623fbc1-471e-47da-9f68-7d1e6e254d2a/180529\\_Geschlechtergerecht%20in%20Text%20und%20Bild\\_online.pdf](https://www.gleichstellung.uzh.ch/dam/jcr:2623fbc1-471e-47da-9f68-7d1e6e254d2a/180529_Geschlechtergerecht%20in%20Text%20und%20Bild_online.pdf), zuletzt geprüft am 09.10.2018.
- van Deth, Jan W. (2016). Partizipation in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer & Gert Pickel (Hrsg.), *Handbuch vergleichende Politikwissenschaft* (169–180). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Verba, Sidney; Scholzman, Kay Lehman & Brady, Henry E. (1995): *Voice and equality*. Civic voluntarism in American politics. 4. printing. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Vetter, Angelika & Remer-Bollow, Uwe (2017): *Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Walther, Bjoern (o.J.): *Statistik am PC*. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/channel/UCK1rZmGakkss0bvxspzgz3g>, zuletzt geprüft am 03.08.2018.

- Wegmüller, Andrea (2015): *Politisches Handeln der Sozialen Arbeit. Eine qualitative Untersuchung der Haltung von Sozialarbeitenden zu politischem Handeln der Sozialen Arbeit* (Bachelorthesis). Bern: Berner Fachhochschule.
- Werwein, Alexander (2008): *Das politische Mandat Sozialer Arbeit. Eine positionierte Annäherung* (Bachelorthesis). Esslingen: Hochschule Esslingen.
- Wetzel, Jana (2015): *Politisches Interesse und politische Beteiligung von Studierenden unter Einbezug des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit* (Masterthesis). Würzburg-Schweinfurt: Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg.
- Widmer, Regula (2010): *Schnittstellen zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik* (Masterthesis). Wien: Wirtschaftsuniversität Wien.
- Wolk, James; Pray, Jackie; Weismiller, Toby & Dempsey, David (1996): Political Practica: Educating Social Work Students for Policymaking. *Journal of Social Work Education*, 32:1, 91–100.
- Wolk, James L. (1981): Are social workers politically active? *Social Work*, 26:4, 283–288.
- Woodward, Julian L. & Roper, Elmo (1950): Political Activity of American Citizens. *The American Political Science Review*, 44:4, 872–885.
- Zamonien (o.J.): *Zyklop*. Online verfügbar unter <http://de.zamonien.wikia.com/wiki/Zyklop>, zuletzt geprüft am 03.08.2018.

# **Sozial arbeits politik**